

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum
Gewaltprävention**

**Häusliche Gewalt
gegen Migrantinnen**

Dokumentation einer Fachtagung
in Kooperation mit der Friedrich - Ebert - Stiftung
am 22. Februar 2006

Nr.25

Impressum:

**Berliner Forum
Gewaltprävention**

Das BFG erscheint unregelmäßig.

Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Herausgeberin:

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt
c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Beuthstr.6-8,
10117 Berlin-Mitte
Telefon: (030) 9026 -5253
Telefax: (030) 9026 - 5003
E-Mail:

Manuela.Bohlemann@
SenBJS.Verwalt-
Berlin.de

Internet:

www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:

Dr. Dagmar Ohl,
Stephan Voß

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge übernimmt der Herausgeber keine Verantwortung.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:

Stephan Voß

Nr. 25

2006, 7. Jahrgang

Druckauflage: 2000

Exemplare

Druck:

Schmohl & Partner



Inhaltsverzeichnis	2
Dr. Christine Bergmann Ulrich Freise	
Begrüßung	3
Renate Augstein	
Eröffnung	7
Dr. Monika Schröttle	
Gewalt gegen Migrant/innen und Nicht-Migrant/innen in Deutschland: Mythos und Realität kultureller Unterschiede	11
Nadja Lehmann	
Biographische Perspektiven und Bewältigungsstrategien gewaltbetroffener Migrantinnen – Schlussfolgerungen und Überlegungen für Theorie und Praxis	30
Irma Leisle	
Anforderungen an die Interventions- und Präventionsarbeit aus der Perspektive der BIG Hotline gegen häusliche Gewalt an Frauen in Berlin	40
Rada Grubic-Schölzel	
Ausgangssituation für eine bedarfsorientierte Interventions- und Präventionsarbeit mit gewaltbetroffenen Migrantinnen	45
Ergün Arslan, Gül Anna Minci, Klaus Eggerding	
Täterarbeit mit türkischsprachigen Männern	49
Podiumsdiskussion	54
Susanne Ahlers, Izabela Ebertowska, Azize Tank, Günter Piening	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	68
Bestellcoupon	70



Dr. Christine Bergmann

Grußwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a.D.

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende,

im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung möchte ich Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung begrüßen, die in bewährter Partnerschaft mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt durchgeführt wird.

Das Thema „Gewalt gegen Migrantinnen“ verknüpft zwei Schwerpunktthemen des Forums Frauen- und Genderpolitik im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, zum einen das Thema Gewalt bzw. häusliche Gewalt gegen Frauen und zum anderen die Situation von Migrantinnen.

Diese Themen standen schon häufig auf der Tagesordnung von Konferenzen und Podiumsdiskussionen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich will einige Beispiele der letzten Jahre nennen:

- Juni 2000: „In Würde leben – Neue Wege der Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Mädchen und Frauen“ (mit der Bundesministerin Ulla Schmidt und dem Berliner Interventionsprojekt gegen Gewalt),
- Juni 2001: Internationale Konferenz zum Schutz für Mädchen und junge Frauen aus dem islamischen Kulturkreis vor familiärer Gewalt (mit Erfahrungsberichten aus der Türkei, Österreich, Großbritannien, Niederlande Schweden und Frankreich)
- November 2002: Präsentation der Studie von Dr. Marion Leuze-Mohr zu „Häusliche Gewalt gegen Frauen – eine straffreie Zone“
- Mai 2002: „Tatort Familie – Neues vom Kampf gegen häusliche Gewalt“
- Mai 2003: Workshop für Polizisten zu „Häuslicher Gewalt“ (mit dem Innensenator von Berlin Dr. Ehrhart Körting)
- Oktober 2004: Konferenz zu „Gewaltfreiheit in der Familie – ein europäisches Anliegen“ (u.a. Kinder als Opfer der häuslichen Gewalt)
- März 2005: „Verbrechen im Namen der Ehre“
- Juni 2005: Deutsch-schwedisches Dialogforum zu „In Würde leben. Nein zur Gewalt gegen Frauen“
- Oktober 2005: Podiumsdiskussion zu Gewalt gegen Lesben
- November 2005: Fachtagung zur Zwangsehe.

Die vielen Beispiele zeigen: das Thema ist uns nicht fremd. Wir haben einen mühevollen Weg vom 1. Frauenhaus bis zum Gewaltschutzgesetz zurückgelegt, dabei Kooperationen aufgebaut mit den unterschiedlichen Bereichen von der Polizei bis zum Jugendamt. Wir haben Hilfsangebote für Frauen entwickelt und Täterarbeit initiiert, wenn auch noch mit unzureichendem Erfolg. Runde Tische sind an vielen Orten entstanden und bringen die Akteure zusammen.

Um Hilfe für Betroffene geht es bei der Arbeit, aber auch um Prävention. Eine breite gesellschaftliche Ächtung von häuslicher Gewalt ist Voraussetzung für den Erfolg der Arbeit.

Und Ächtung häuslicher Gewalt setzt natürlich die Anerkennung der Menschenwürde der einzelnen Menschen, unabhängig vom Geschlecht voraus.

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Er gehört an den Anfang allen Handelns.

Häusliche Gewalt ist auch ein Thema in Familien mit Migrationshintergrund und darf nicht tabuisiert werden. Die Fragen sind: Welche Ausprägung hat Gewalt in diesen Familien? Wie können wir Beratungsarbeit, Täterarbeit und Prävention auf diese besondere „Zielgruppe“ zuschneiden? Dabei geht es nicht nur um türkische Familien, sondern auch um osteuropäische, südeuropäische, asiatische, lateinamerikanische Familien.

Lange Zeit hatten wir wenig Daten zur Häufigkeit und Ausprägung häuslicher Gewalt, die Dunkelziffer ist sehr groß. Die Daten, die uns jetzt auf Grund umfangreicher Befragungen vorliegen, bestätigen unsere geschätzten Werte.

Danach gaben 37% der Frauen an, körperliche Übergriffe seit dem 16. Lebensjahr erlebt zu haben, 13% erlitten sexualisierte Gewalt.

25% der befragten Frauen berichteten über körperliche oder sexuelle Übergriffe durch Beziehungspartner. 58% hatten Erfahrungen mit Formen sexueller Belästigung.

Die Gewaltprävalenz war bei türkischen Migrantinnen höher.

40 – 50% der Frauen sprechen mit niemanden über ihre Situation. Kenntnisse über Hilfsangebote sind in einem Drittel der Fälle nicht bekannt.

Diese Zahlen zeigen, wie bitter notwendig nach wie vor auch die öffentliche Diskussion zum Thema häusliche Gewalt ist.

Wir werden heute die Ergebnisse aktueller Studien vorgestellt bekommen und die Erfahrungen aus der Praxis mit der besonderen Herausforderung für die Beratungsarbeit mit Migrantinnen.

Von Kofi Anan stammt der Ausspruch: „Gewalt gegen Frauen kennt keine Grenzen, weder geographische, noch kulturelle, noch im Hinblick auf materiellen Wohlstand. Solange sie anhält, können wir nicht behaupten, dass wir wirkliche Fortschritte in Richtung Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden machen.“ (New York 2000).

In diesem Sinne wünsche ich eine erfolgreiche Tagung, die uns ein Stück dem Fortschritt näher bringt.

Ich freue mich, dass die sachkundige Einführung ins Thema durch Frau Augstein, stellvertretende Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, erfolgen wird.

Die Moderation übernimmt Eren Ünsal von P.O.P. Consult. Frau Ünsal ist auch Sprecherin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg. Herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, an unserer Tagung mitzuwirken.

Mein Dank gilt allen Referentinnen und Referenten und natürlich den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Friedrich-Ebert-Stiftung insbesondere Anne Seyfferth, die in große Schuhe geschlüpft ist und mit viel Engagement und Kompetenz die Arbeit von Katja Meier fortsetzt, die das Büro in Shanghai übernommen hat. Auch da ist auf dem Gebiet der Gleichstellung noch einiges zu tun.

Ich übergebe jetzt an Herrn Staatssekretär Freise von der Innenverwaltung für sein Grußwort.

Ulrich Freise

Grußwort des Staatssekretärs der Senatsverwaltung für Inneres

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Dr. Bergmann, Frau Augstein,

ich begrüße Sie recht herzlich im Namen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, natürlich auch im Namen des Vorsitzenden, Herrn Staatssekretär Härtel, den ich heute hier vertreten darf.

Die Landeskommision lädt heute bereits zum wiederholten Male gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Veranstaltung ein. Mein persönlicher Dank gilt daher auch Frau Anne Seyfferth als Kooperationspartnerin und Gastgeberin.

Sie sind heute sehr zahlreich vertreten und ich freue mich über das große Interesse an dem Thema „*Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen*“. Bisher stand dieses Thema eher am Rande und nicht unbedingt im Mittelpunkt der Strategien und Aktionen gegen häusliche Gewalt. Das wollen wir jetzt ändern.

Die heutige Veranstaltung ist unter frauenpolitischen und integrationspolitischen Gesichtspunkten hochaktuell. Ich denke besonders an die in diesem Rahmen in der letzten Zeit heftig diskutierten angrenzenden Themenfelder, die so genannten Ehrenmorde oder die Zwangsverheiratung.

Die klare Abgrenzung und Zurückweisung gegenüber diesen Formen von schweren Menschenrechtsverletzungen spiegelt die Meinung einer großen Mehrheit in unserer Gesellschaft wider. Schnell werden Betroffenheit oder Abscheu über bekannt gewordene Vorkommnisse geäußert, eine Abstimmung über ein entschlossenes und zielgerichtetes Vorgehen fällt dann schon deutlich schwerer. Die Ächtung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder, aber auch die Prävention von häuslicher Gewalt sind – glücklicherweise – mittlerweile zu Schwerpunktthemen in der öffentlichen Wahrnehmung geworden. Die Diskussion darüber wird, und das ist besonders wichtig, zunehmend in den Kreisen der unmittelbar Betroffenen geführt.

Die Ergebnisse der ersten in der Bundesrepublik durchgeführten repräsentativen Untersuchung zur Gewalt gegen Frauen in Deutschland belegen, dass in Deutschland lebende *türkische* und *osteuropäische* Frauen häufiger körperlicher Gewalt ausgesetzt sind als *deutsche* Frauen.

Im Hinblick auf die *Schwere* der körperlichen Übergriffe und deren *Verletzungsfolgen* sind diese Frauen ebenfalls stärker betroffen. Wir wissen auch, dass Migrantinnen Frauenhäuser und Zufluchtseinrichtungen überproportional häufig in Anspruch nehmen müssen.

In Berlin können wir seit April 2005 erstmals mit Hilfe des neuen Polizeilichen Informationssystems POLIKS sehr genaue Recherchen zu Opfern häuslicher Gewalt, auch solchen mit Migrationshintergrund, führen. Danach waren im letzten Jahr knapp 30% der weiblichen Opfer häuslicher Gewalt *nichtdeutsch*. Dies entspricht bei weitem nicht ihrem deutlich niedrigeren Anteil von knapp 13% an der weiblichen Gesamtbevölkerung.

Im Mittelpunkt dieser Fachtagung stehen deshalb die Schlussfolgerungen, die aus den vorgestellten Studien für die soziale und politische Praxis und für das Hilfesystem zu ziehen sind.

Sprachliche und kulturelle sowie ausländerrechtliche Probleme dürfen nicht länger Hinderungsgründe sein, um Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen zu können.

Wir sind hierbei vor allem auf die Zusammenarbeit mit den Migrantinnenorganisationen angewiesen.

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt ist diesem Ansatz bereits gefolgt.

Wir haben in der Zusammenarbeit mit diesen Organisationen in der Arbeitsgruppe „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund“ in dieser Stadt gute Erfahrungen gemacht.

Alle sitzen an einem Tisch zusammen, jeder einzelne kann sein spezifisches Wissen einbringen. Die Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit landesweite Empfehlungen.

Sehr verehrte Damen und Herren, Sie sehen, das Thema gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Dies spiegelt sich auch in der Arbeit des Berliner Senats wieder.

Der Berliner Aktionsplan wurde in der letzten Sitzung des Runden Tisches einvernehmlich um zwei Jahre bis 2008 verlängert.

Trotz der guten Bilanz des Aktionsplans ist noch weiterer Handlungsbedarf gegeben.

Dies bezieht sich in erster Linie auf die Bereiche der

- Arbeit mit Tätern,
- Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Wohnheimen,
- und eben der Schutzmaßnahmen für Migrantinnen.

Die Senatsverwaltung für Inneres wird sich gemäß einer Beschlussvorlage des Runden Tisches dafür einsetzen, dass die Situation von Migrantinnen und Migranten, die von häuslicher Gewalt und / oder Zwangsverheiratung betroffen sind, in der *Anwendung* des Aufenthaltsgesetzes angemessene Berücksichtigung findet.

Wir alle können mit einigem Stolz auf die geleistete Arbeit zurückblicken und wissen, dass für die in den nächsten zwei Jahren zu leistende Arbeit weiterhin viel Engagement und Zielstrebigkeit erforderlich sind.

Ich wünsche Ihnen allen für die heutige Tagung ein gutes Gelingen!

Renate Augstein

Eröffnungsstatement

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat verschiedene Untersuchungen durchgeführt, bei denen der Fokus entweder

- auf der häuslichen Gewalt gegen Frauen allgemein lag und Migrantinnen lediglich als Teilpopulation abgebildet waren – so die repräsentative Untersuchung der Uni Bielefeld zu „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“,
- der Fokus auf den Migrantinnen lag und ihre Gewalterfahrungen nur am Rande eine Rolle spielten – so die repräsentative Untersuchung „Viele Welten leben – Lebenslagen von jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund“, sowie die qualitative Untersuchung „Lebenssituation älterer Migrantinnen“,
- der Fokus auf Gewalt in Familien türkischer Herkunft lag, hier aber insbesondere auf die Gewalterfahrungen der Kinder abstellt, so die entsprechende Untersuchung der Uni Magdeburg (noch nicht veröffentlicht).

Einige der Ergebnisse der Untersuchung „Gewalt in Familien türkischer Herkunft“ lauten¹ (1)

- Gewalt erzeugt häufig neue Gewalt. Wer Gewalt in der Herkunftsfamilie erlebt hat, ist in der Gefahr, später auch selbst Gewalt auszuüben. Die Magdeburger Untersuchung hat ergeben, dass dieses Risiko in Familien türkischer Herkunft besonders hoch ist. Über drei Generationen hinweg ist eine Art chronischer Gewalt zu beobachten, bei der die Gewaltraten relativ niedrig sind, aber die Stabilität erstaunlich hoch. Dies gilt besonders für die Gewalt der Mütter gegenüber ihren Kindern.
- Wenn die Eltern gut in die deutsche Gesellschaft integriert sind (die Untersuchung verwendet den Begriff „Akkulturation“), so vermindert dies die Transmission von Gewalt auf die nächste Generation. Eine hohe Assimilation hingegen erweist sich eher als Risikofaktor.
- Die Integration der Mütter beeinflusst diese Transmission deutlich, insbesondere ihre Sprachkompetenz.
- Insbesondere die Väter sind für die unterschiedliche Erziehung von Mädchen und Jungen verantwortlich, sie nehmen ihre Töchter stärker in die Pflicht als ihre Söhne und erwarten von ihnen größeren Gehorsam.² (2)
- Bei den befragten männlichen türkischen Jugendlichen gibt es eine eindeutig gewaltbefürwortende Einstellung.
- Die Gewalt, die türkische Kinder durch ihre Eltern erfahren, ist offenbar nicht höher als die Gewalt, die deutsche Kinder durch ihre Eltern erfahren, bei beiden nimmt diese im übrigen ab.
- Die miterlebte physische Partnergewalt ist in Familien türkischer Herkunft höher als in deutschen Familien, bei der psychischen Gewalt scheint es umgekehrt zu sein.

Im Rahmen der erwähnten repräsentativen Studie zu Gewalt gegen Frauen hat eine nicht repräsentative Zusatzbefragung von je 250 türkischen und osteuropäischen Migrantinnen eine besonders hohe Gewaltbetroffenheit dieser Gruppe ergeben. Die von häuslicher Gewalt betroffenen Migrantinnen nutzen im starken Maße Frauenhäuser, auffällig öfter als deutsche Frauen, denen offenbar noch Alternativen zum Frauenhaus offen stehen.

¹ Zum Teil widersprechen sich diese Ergebnisse mit denen der anderen Studien, auch sind sie noch nicht mit Experten und Expertinnen diskutiert worden, so dass ich sie hier nur unter Vorbehalt aufführe.

² In der Untersuchung „Viele Welten leben“ nahmen türkische Mädchen dies so nicht wahr, sie sahen sich auch nicht benachteiligt gegenüber ihren Brüdern.

Migrantinnen sind überdies durch aufsuchende Beratung besser zu erreichen als über sonstige Beratungsangebote. Einzelheiten zu diesen Ergebnissen wird Ihnen gleich Frau Dr. Schröttle vortragen, der ich hier nicht vorgreifen möchte.

In der Untersuchung zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund wurden die Gewalterfahrungen nicht besonders erhoben, dort geht es eher um das Thema der arrangierten Ehen, das aber heute nicht vertieft werden soll. In dieser Untersuchung gab es aber Hinweise darauf, dass Mädchen und junge Frauen bei familiären Problemen keine professionellen Hilfsangebote aufsuchen (wollen). Ihnen fehlte eine „kultursensible Beratung“.

Die qualitative Untersuchung zur Lebenssituation älterer alleinstehender Migrantinnen ergab, dass viele der Befragten deshalb allein leben, weil sie sich von ihrem Partner getrennt haben. Grund für die Trennung war sehr häufig häusliche Gewalt. Ehen scheiterten, weil sich die Ehemänner nicht auf ein neues partnerschaftliches Geschlechterarrangement einlassen wollten oder konnten. Nahezu jede vierte Geschiedene berichtete über körperliche und seelische Grausamkeit, die sie während der Ehe erdulden musste. Für mehrere Migrantinnen war der Weg ins Frauenhaus der letzte Ausweg, um sich und die Kinder vor körperlicher Misshandlung in Sicherheit zu bringen.

Es gibt also genügend Hinweise, dass häusliche Gewalt gegen Migrantinnen ein drängendes Thema ist.

Warum tun wir uns aber so schwer, dieses Problem offensiv anzugehen?

Ich glaube, ich brauche das hier nicht weiter auszuführen, uns allen ist bewusst, dass es ein gewisses Zögern gab und gibt, die Gewalt in Migrantenfamilien zu thematisieren, denn allzu schnell werden solche Missstände von interessierter Seite aufgegriffen, um Migranten insgesamt als problematisch und „gefährlich“ einzustufen. Oftmals mag auch dahinter gestanden haben, den Familien mehr Zeit für ihre Integration zu lassen und zu hoffen, dass sich die unerwünschten Verhaltensweisen mit der Zeit abschleifen werden. In manchen Bereichen gibt es auch eine wirkliche oder behauptete Schnittstelle mit der Religion, so dass oft nicht deutlich ist, was ggf. unter das religiöse Toleranzgebot fällt und was traditionelle Bräuche sind, die mit Religion gar nichts zu tun haben. (Wobei auch Religion gewalttätiges Verhalten nicht rechtfertigen kann – aber das ist ein weites Feld.)

Sie kennen diese unglückselige Gemengelage, die die öffentliche Diskussion bestimmt. Doch ich will hier klar und deutlich sagen: Gewalt ist nicht tolerierbar und auch nicht entschuldbar. Gewalt kann nicht hingegenommen werden, in Migrantenfamilien genauso wenig wie in deutschen Familien. Gewalt muss sichtbar gemacht werden, damit sie verhindert und bekämpft werden kann. Den Betroffenen muss wirksam und nachhaltig geholfen werden! Dies sind die Leitlinien, die die Politik des BMFSFJ bestimmen.

Was sind unsere Maßnahmen?

Als wichtigste opferunterstützende Maßnahme möchte ich das geplante bundesweite Hilfetelefon nennen, das Frauen, die von Gewalt jedweder Art betroffen sind, und ihr Umfeld rund um die Uhr beraten und ihnen Hilfe vermitteln soll. Wichtiges Element ist hierbei die muttersprachliche Beratung, die für die wichtigsten Sprachen vorgesehen werden soll. Mit einer solchen bundesweiten Telefonnummer stünde ein niedrigschwelliges Angebot zur Verfügung, das auch von gewaltbetroffenen oder bedrohten Migrantinnen und von deren Umfeld genutzt werden könnte. Die Konzeption für dieses Telefon wird zurzeit im BMFSFJ erarbeitet.

Das Hilfetelefon wird eine der wichtigsten Maßnahmen bei der anstehenden Fortschreibung des Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sein.

Wir werden sehen, ob wir noch weitere Maßnahmen speziell für die Zielgruppe der Migrantinnen aufnehmen können.

Die Situation von Migrantinnen, die Gewalt erfahren haben, spielt auch eine Rolle in der Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt gegen Frauen“. In dieser Arbeitsgruppe sind alle fachlich betroffenen Bundes- und Landesministerien sowie die Unterstützungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen vertreten.

Auch in den Interventionsprojekten, allen voran im Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt, und in ihren Kooperationsgremien wird die besondere Situation von Migrantinnen, die häusliche Gewalt erleben, behandelt.

Weitere Maßnahmen haben nicht ausschließlich gewaltbetroffene Frauen im Blick, sondern richten sich an Migrantinnen im allgemein, um ihnen entweder mehr Gehör zu verschaffen oder ihnen den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Die vielfältigen Maßnahmen zur Integration lasse ich außen vor, diese würden unsere Diskussion heute überfrachten.

Fangen wir mit dem Empowerment an: Hierzu gehört das Dialogforum, das zwischen

- dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
- der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung,
- den Vertreterinnen muslimischer Frauenorganisationen,
- der Frauenbeauftragten der islamischen Dachverbände und der überregionalen Zusammenschlüsse von Muslimen in Deutschland und
- der Muslimischen Akademie in Deutschland

nach einem ersten Gespräch im November letzten Jahres jetzt konstituiert wurde. Bei diesem Dialogforum geht es schwerpunktmäßig darum,

- die gleichstellungspolitische Arbeit aller Beteiligten darzustellen und sichtbar zu machen,
- die Verständigung über gleichstellungspolitische Themen von Frauen mit unterschiedlichem religiösen und kulturellen Hintergrund zu erleichtern
- und die gesellschaftliche Teilhabe von Musliminnen in der Gesellschaft zu verbessern,
- bildungs- und familienpolitisch relevante Fragestellungen zu diskutieren und
- den Forschungsstand zu Musliminnen in Deutschland zu analysieren.

Das Dialogforum soll dazu beitragen, dass muslimische Frauen in Deutschland ihre Religion frei von ungerechtfertigten Benachteiligungen leben und ihre Vertreterinnen in Gesellschaft und Politik mit eigener Stimme sprechen und gehört werden können.

Die Treffen finden jeweils zu einem thematischen Schwerpunkt statt.

Eine zweite Maßnahme zum „Empowerment“ betrifft die Entwicklung eines Programms der politischen Bildung für muslimische Frauen. Die Bildungsarbeit soll dabei von Migrantinnen für Migrantinnen erfolgen.

Bei dieser Maßnahme geht es um eine Stärkung der zunehmenden Selbstorganisation muslimischer Frauen, die zur eigenständigen Interessenvertretung und für ihren Einsatz als Multiplikatorinnen innerhalb ihrer Community geschult werden, wobei ihre Potenziale zur Integration genutzt werden.

Zwei weitere Projekte, die noch in der Planung sind, betreffen die Eingliederung von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt:

- Machbarkeitsstudie zur interkulturellen Kompetenz als Ressource für Berufswahlorientierung von jungen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund. Hierbei geht es darum auszuloten, ob und in welcher Weise interkulturelle Kompetenz als Teil des Qualifikationsprofils für die berufliche Orientierung und die Integration in den Arbeitsmarkt gezielt genutzt werden kann.
- Ferner soll ein Mentoringprogramm für Oberstufenschülerinnen und Studentinnen mit Migrationshintergrund entwickelt werden, um die interkulturellen Kompetenzen als spezifische Ressource für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu nutzen und die damit verbundenen Erfahrungen im Rahmen eines Netzwerkes für andere zur Verfügung zu stellen.

Diese Projekte mögen auf den ersten Blick nichts mit häuslicher Gewalt zu tun haben, aber die Erfahrungen haben gezeigt: starke Frauen, die für sich eintreten und die auch ihren Lebensunterhalt verdienen können, haben bessere Voraussetzungen, sich aus einer Gewaltbeziehung zu lösen als Frauen, die sich abhängig und isoliert fühlen. Netzwerke sind wichtig – nicht nur für deutsche Frauen, sondern auch für Migrantinnen!

Dr. Monika Schröttle

Gewalt gegen Migrant/innen und Nicht-Migrant/innen in Deutschland: Mythos und Realität kultureller Unterschiede

Zunächst möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen für die Einladung zu dieser Fachtagung bedanken und hoffe, mit meinen Forschungsergebnissen einen Beitrag zur Versachlichung und Differenzierung der Diskussion über Gewalt gegen Migrant/innen in Deutschland leisten zu können.

Diskussion zu häuslicher Gewalt gegen Migrant/innen in Deutschland

Die Diskussion zu häuslicher Gewalt gegen Migrant/innen in Deutschland ist geprägt durch ein stark polarisierendes und emotionalisiertes Spannungsfeld zwischen Skandalisierung / Pauschalierung auf der einen und Verharmlosung / Leugnung der Problematik auf der anderen Seite. Teile der Medien - und Politiklandschaft, die sich sonst kaum ernsthaft mit dem hohen Ausmaß von Gewalt gegen Frauen in Deutschland auseinandersetzen, instrumentalisieren die Problematik, um Vorurteile gegenüber Migrant/innen türkischer Herkunft zu transportieren und eine restriktivere Einwanderungspolitik zu rechtfertigen. In der Diskussion werden oft unangemessene Pauschalierungen und gefährliche Zerrbilder über „die“ vermeintliche Gewaltbereitschaft und Traditionalität „der“ türkischen Migranten vermittelt, die der Realität und Unterschiedlichkeit von in Deutschland lebenden Migrant/innen und Migranten nicht gerecht werden. Von der Gegenseite werden dann, um solchen Pauschalierungen und Diskriminierungen entgegenzuwirken, Probleme im Zusammenhang mit der erhöhten Gewaltbetroffenheit von Frauen türkischer Herkunft und damit zusammenhängende Aspekte von Dominanz und Frauenunterdrückung in Partnerschaften oft geleugnet oder ignoriert, was ebenfalls problematisch ist, wenn Betroffene allein gelassen und die Rechte von Migrant/innen türkischer Herkunft auf körperliche und seelische Unversehrtheit nicht ausreichend ernst genommen werden. Die derzeitige Diskussion ist dadurch geprägt, dass auf jedes polarisierende Argument über die hohe oder geringe Brisanz/Relevanz der Problematik von der einen sofort ein polarisierendes Gegenargument von der anderen Seite folgt; dabei bleibt oft zu wenig Raum für ausgewogene, vermittelnde und differenzierende Standpunkte, die sich an der Empirie und an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren.

Ziel des Vortrages ist, die Diskussion zu versachlichen helfen und sie mit empirischen Befunden aus einer Befragung von Frauen türkischer und deutscher Herkunft zu Gewalt- und Partnerschaftserfahrungen zu unterfüttern. Dabei sollen anhand der Aussagen von Betroffenen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb und zwischen den Bevölkerungsgruppen herausgearbeitet werden und Unterstützungsbedarfe gewaltbetroffener Frauen unterschiedlicher ethnischer Herkunft thematisiert werden. Wünschenswert wäre zudem – und vielleicht bietet diese Veranstaltung eine Gelegenheit dazu – den Diskurs *über* türkische Migrant/innen und Migranten durch einen Diskurs *mit* unseren Mitbürger/innen unterschiedlicher ethnischer Herkunft abzulösen, bei dem Problembestimmung und Ziele gemeinsam diskutiert und definiert werden. Voraussetzung, damit dies gelingen kann, ist allerdings die Einsicht, dass es sich bei den heute in Deutschland lebenden Frauen und Männern mit türkischem Migrationshintergrund nicht um eine homogene Gruppen handelt, sondern ebenso wie bei der Bevölkerung deutscher Herkunft um vielfältig zusammengesetzte Populationen, die unterschiedliche Generationen, Lebensweisen, soziale Situationen, Bildungsgrade und Einstellungen umfassen.

Ich werde im folgenden einige Ergebnisse aus einer repräsentativen Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen referieren, die in den letzten Jahren durch mich und mein Team an der Universität Bielefeld durchgeführt wurde und bei der unter anderem auch Migrant/innen türkischer Herkunft in deutscher und in türkischer Sprache befragt wurden.

Aufbau der Untersuchung und Einbindung der Migrant/innenbefragung in das Forschungsprojekt

Die Untersuchung „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ wurde von März 2002 bis September 2004 durch das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend und in Kooperation mit *infas* durchgeführt. Es handelte sich um die erste repräsentative Untersuchung, die Ausmaß, Ursachen und Hintergründe von Gewalt gegen Frauen in Deutschland vertiefend beleuchtete und die derzeit noch weiter ausgewertet wird.

Die Studie teilt sich auf in drei Untersuchungsteile (siehe Folie 1). In der Hauptuntersuchung, aus deren Ergebnissen ich hier überwiegend referieren werde, wurden aus einer repräsentativen Gemeindestichprobe Frauen deutscher und anderer ethnischer Herkunft befragt und zusätzliche Interviews in türkischer und russischer Sprache durchgeführt, um die größten in Deutschland lebenden Migrantinnengruppen – Frauen türkischer und osteuropäischer / russischer Herkunft – besser erfassen zu können.

Folie 1



Die Untersuchung thematisierte unter anderem Gewalterfahrungen im inner- und außerhäuslichen Bereich, das Sicherheitsgefühl und die psychosoziale und gesundheitliche Situation der befragten Frauen.

Es handelte sich um standardisierte Interviews, die in den Haushalten der Befragten, wahlweise auch an anderen Orten, durchgeführt werden konnten, etwa 60-90 Minuten dauerten und allein bzw. in Abwesenheit Dritter erfolgten, um eine ruhige, ungestörte und sichere Interviewsituation zu gewährleisten.

Eingesetzt wurden ausschließlich weibliche Interviewerinnen, die für die Aufgabe spezifisch geschult worden waren, sowie bei der türkisch-russischen Zusatzbefragung weitgehend muttersprachliche Interviewerinnen, die mit dem kulturellen Hintergrund der Befragten vertraut waren. Durch eine begleitende Telefonhotline, die Verteilung von Informationsmaterialien für gewaltbetroffene Frauen, sensible Interviewführung sowie Sicherheitsmaßnahmen durch die Interviewerin vor und während der Interviews wurde darauf hingewirkt, dass die Befragten durch die Teilnahme an den Interviews nicht psychisch / gesundheitlich beeinträchtigt oder gefährdet wurden.

Eine Erstausswertung der Ergebnisse der Studie erfolgte bis Ende 2004.¹ Eine vertiefende und vergleichende Auswertung der Daten zu Migrant/innen und Nicht - Migrant/innen wurde ab Herbst 2005 eingeleitet, zunächst mit einer 2-monatigen Sonderauswertung im Rahmen eines deutsch - französischen Kooperationsprojektes, bei dem die Daten der deutschen und der französischen nationalen Gewaltprävalenzstudie nach ähnlichen Kriterien ausgewertet wurden, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Gewaltbetroffenheit von Migrant/innen und Nicht - Migrant/innen in beiden Ländern zu prüfen. Weiter vertiefende Auswertungen sind für die nächsten Monate geplant. Ich möchte im Folgenden erste Ergebnisse aus den Auswertungen vorstellen, die sich auf die Daten des deutschen Datensatzes beziehen, und deren Basis 310 Interviews mit Frauen türkischer Herkunft, 380 Interviews mit Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR und 5.880 Interviews mit Frauen deutscher Herkunft bilden, die unter 60 Jahre alt sind und aktuell oder früher in einer festen Partnerschaft leb(t)en.² Die Herkunft der Frauen wurde am Geburtsland der Eltern festgemacht, sowie an der Staatsbürgerschaft als zweitrangigem Kriterium. Dadurch wurden Migrant/innen der ersten und zweiten Generation durchgängig erfasst, Migrant/innen der dritten Generation nur dann, wenn sie (noch) nicht die deutsche Staatsbürgerschaft inne hatten.

Ich werde im Folgenden zunächst auf die Angaben der Frauen zum Partnerschaftsstatus, zur Familiensituation, Erwerbssituation, Bildung und zum Migrationshintergrund eingehen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb und zwischen den Gruppen zu beschreiben, um dann einige Ergebnisse zu Gewalt, Dominanz und Diskriminierung in den Partnerschaften vorzustellen.

Partnerschaftsstatus und familiäre Situation

Wie die folgenden Daten zeigen, lebte der überwiegende Teil der befragten Frauen zum Interviewzeitpunkt in fester Partnerschaft und war verheiratet, wobei der Anteil der verheirateten Frauen bei den Migrant/innen türkischer Herkunft am höchsten war. Frauen türkischer Herkunft hatten zudem häufiger und mehr Kinder und sie wiesen geringere Scheidungsquoten im Vergleich zum Anteil der Eheschließungen auf. Die Anzahl von Partnerschaften im Lebensverlauf war bei den Frauen deutscher Herkunft und den Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR entsprechend höher (siehe Folie 2).

¹ Diese wurde im Internet in Kurz- und Langfassung dokumentiert unter:

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=20560.html>

² Anders als bei der Erstausswertung beschränkt sich diese Auswertung auf Frauen unter 60 Jahren, die in einer Partnerschaft leben oder gelebt haben, da die beschriebenen Populationen dann eine ähnlichere Altersstruktur aufweisen und besser vergleichbar sind. Zudem wurden aus dem Kreis der befragten Frauen osteuropäischer Herkunft nur Interviews mit Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR einbezogen, da es sich hierbei um klarer umgrenzte Populationen handelt (zumeist um Spätaussiedlerinnen). Differenzen zu den Ergebnissen der Erstausswertung der Untersuchungsdaten lassen sich auf diese Eingrenzungen zurückführen.

Folie 2

**Beschreibung der Befragungsgruppen:
1. Partnerschaft - Familie**

- Ca. 80-84% zum Zeitpunkt der Befragung in fester Partnerschaft (davon verheiratet: 71% der Frauen dt., 88% der Frauen türk. Herk., 75% der Frauen aus der ehem. UdSSR).
- Frauen in Partnerschaft mit Kindern: 76% der Frauen dt., 85% der Frauen türk. Herk., 77% der Frauen aus der ehem. UdSSR; Frauen türk. Herkunft häufiger 3 und mehr Kinder (33% vs. 16-18% bei den anderen Befragungsgruppen).
- 13% der Frauen deutscher, 12% der Frauen türkischer und 11% der Frauen „russischer“ Herkunft gaben an, geschieden zu sein oder vom Ehepartner getrennt zu leben (aber: im Vergleich zu Eheschließungen deutlich geringere Scheidungsquoten bei den Frauen türkischer Herkunft und geringere Anzahl von Partnerschaften im Lebensverlauf).

Migrationshintergrund

Wenn wir den Migrationshintergrund der Frauen türkischer Herkunft und der Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR betrachten, fällt zunächst auf, dass letztere – v.a. aufgrund des Spätaussiedler/innenstatus` - häufiger die deutsche Staatsbürgerschaft innehatten (68% der Frauen aus der ehem. UdSSR und 28% der Frauen türkischer Herkunft). Frauen türkischer Herkunft wählten – ebenso wie übrigens Frauen deutscher Herkunft – häufiger einen Partner mit demselben ethnischen Hintergrund (jeweils zu ca. 90%); Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR nur zu 73%. Der überwiegende Anteil der Frauen türkischer Herkunft (68%) war in Deutschland geboren oder lebte länger als 20 Jahre in Deutschland; dies traf nur für knapp 8% der Migrant/innen aus der ehemaligen UdSSR zu (siehe Folie 3).

Folie 3

Migrationshintergrund der Frauen

Tabelle: Dauer des Aufenthalts in Deutschland nach Herkunft

% von Herkunft_UdSSR-Türk-Deut		Herkunft		Gesamt
		"türkisch"	ehem. UdSSR	
Dauer des Aufenthalts in Deutschland	in D. geboren und/oder aufgewachsen	36,4%	5,9%	19,6%
	seit mehr als 20 Jahren in D.	32,0%	1,6%	15,3%
	11-20 Jahre in D.	14,8%	21,2%	18,3%
	6-10 Jahre in D.	8,0%	36,8%	23,9%
	5 Jahre und kürzer in D.	8,8%	34,5%	23,0%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%

Erwerbssituation

Die folgenden Tabellen (siehe Folie 4) zeigen auf, dass Frauen aus beiden Migrant/innengruppen im Vergleich zu den Frauen deutscher Herkunft seltener und in geringerem zeitlichem Umfang erwerbstätig waren. Über die Hälfte der Frauen mit Migrationshintergrund waren nicht erwerbstätig; das traf allerdings auch auf ein Drittel der Frauen deutscher Herkunft zu.

Hinsichtlich des Arbeitszeitumfangs waren Frauen mit türkischem Migrationshintergrund im Vergleich zu den beiden anderen Populationen seltener in Vollzeit und häufiger geringfügig beschäftigt bzw. unregelmäßig erwerbstätig (siehe Folie 4).

Folie 4

Erwerbssituation der Frauen

Tabelle: Erwerbssituation der Frauen. Fallbasis 2.

		Herkunft			Gesamt
		deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR	
Erwerbssituation	erwerbstätig	65,3%	40,9%	47,6%	63,1%
	nicht erwerbstätig	33,1%	57,1%	51,1%	35,3%
	im Ruhestand	1,6%	2,0%	1,3%	1,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle: Vollzeit-/Teilzeit-Erwerbstätigkeit. Fallbasis: Erwerbstätige Frauen.

	Herkunft			Gesamt
	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR	
vollzeit erwerbstätig	49,2%	36,5%	45,0%	48,6%
teilzeit erwerbstätig	38,3%	36,5%	42,4%	38,5%
geringfügig/unregelmäßig erwerbstätig	12,4%	26,9%	12,6%	12,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%

Folie 5

Erwerbssituation der Partner

Tabelle: Erwerbssituation Partner

		Herkunft			Gesamt
		deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR	
Erwerbssituation Partner	erwerbstätig	81,1%	72,3%	69,5%	80,0%
	nicht erwerbstätig	11,9%	18,0%	27,7%	13,2%
	im Ruhestand	7,0%	9,8%	2,9%	6,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Auch die Partner der Frauen mit Migrationshintergrund waren häufiger nicht erwerbstätig als die Partner der Frauen deutscher Herkunft; dies traf insbesondere für Partner der Frauen aus Ländern der ehem. UdSSR zu, von denen knapp 28% nicht erwerbstätig waren (vs. 18% bei Frauen türkischer und knapp 12% bei Frauen deutscher Herkunft; siehe Folie 5).

Schul- und Ausbildung

Eine Analyse der Schul- und Ausbildungssituation der befragten Frauen ergab, dass Frauen deutscher Herkunft und solche aus der ehemaligen UdSSR vergleichsweise hohe und Frauen türkischer Herkunft vergleichsweise niedrige Schulabschlüsse hatten. Problematisch war insbesondere der hohe Anteil von Migrant/innen türkischer Herkunft, die über keinen Schulabschluss verfügten (19% vs. unter 1% bei den anderen Gruppen); insgesamt 29% der Frauen türkischer Herkunft hatten keinen (verwertbaren) Schul- und Ausbildungsabschluss.³

Auch bei den Partnern der befragten Frauen türkischer Herkunft war der Anteil derjenigen ohne (verwertbaren) Schulabschluss/Ausbildungsabschluss (20%) höher als bei anderen Befragungsgruppen (unter 1%) und der Anteil derjenigen mit mittlerem/höherem Bildungsgrad (28%) geringer als bei den anderen Gruppen (44% bzw. 45%).

Diese Daten verweisen auf deutliche Benachteiligungen der türkischen Migrant/innen und Migranten in der Schul- und Ausbildungssituation, die auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen sein dürften. Zugleich zeigen sie aber auch, dass die überwiegende Mehrheit auch der Migrant/innen türkischer Herkunft durchaus über Schul- und Ausbildungsabschlüsse verfügt, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau als andere Vergleichsgruppen.

Etwa jede siebte Frau türkischer Herkunft (knapp 15%) verfügte über Abitur/Fachabitur oder über einen Meister - /Fachschulabschluss oder über einen Hochschul - /Fachhochschulabschluss und wurde somit den höher qualifizierten Bevölkerungssegmenten zugeordnet. Das traf auf 28% der Frauen deutscher Herkunft und auf immerhin 52% der Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR zu.

Soziale und Einkommenssituation

Hinsichtlich der sozialen und Einkommenssituation lässt sich zunächst feststellen, dass die Haushaltseinkünfte der Befragten mit Migrationshintergrund, unabhängig von der Herkunft, seltener nur durch berufliches Einkommen und häufiger mit (zusätzlicher) Inanspruchnahme von Arbeitslosen-/Sozialhilfe bestritten wurden. Insgesamt 80% der Befragten deutscher Herkunft, aber nur 58% der Befragten türkischer Herkunft und 61% der Befragten aus Ländern der ehem. UdSSR gaben an, das Haushaltsaufkommen würde allein durch eigene Einkünfte bestritten. Das liegt nicht zuletzt an der Höhe der Einkommen. So war das Haushaltseinkommen der Befragten deutscher Herkunft im Schnitt deutlich höher als das der Befragten mit Migrationshintergrund (siehe Tabelle 1), obwohl die Haushalte insbesondere der Befragten türkischer Herkunft größer waren (22% fünf und mehr Personen vs. 11% bzw. 12% bei den anderen Befragungsgruppen).

³ Einbezogen wurden hier Frauen, wenn sie entweder über keinen Schul- und Ausbildungsabschluss verfügten, oder wenn sie einen Schulabschluss aus der Kategorie „sonstige“ nannten, der nicht zu deutschen Abschlüssen kompatibel war und zugleich keinen Ausbildungsabschluss hatten. Dieser Kategorie waren nur 0,5% bzw. 0,6% der Frauen anderer ethnischer Herkunft zuzuordnen.

Tabelle 1: Höhe des Haushaltseinkommens. Spaltenprozentuiert.

		Herkunft			Gesamt
		„deutsch“	„türkisch“	ehem. UdSSR	
Höhe Haushaltseinkommen	bis unter 700 €	2,2%	5,4%	13,6%	3,1%
	700 bis unter 1.200 €	7,7%	19,7%	14,8%	8,7%
	1.200 bis unter 1.800 €	14,8%	23,6%	22,4%	15,7%
	1.800 bis unter 2.300 €	15,7%	16,2%	17,7%	15,8%
	2.300 bis unter 2.800 €	13,6%	5,0%	6,3%	12,8%
	mehr als 2.800 €	24,9%	7,7%	7,6%	23,0%
	keine Angabe	21,0%	22,4%	17,7%	20,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Ein Blick auf die Einkommen der befragten Frauen selbst (siehe Tabelle 2) zeigt auf, dass ein erheblicher Teil der befragten Frauen türkischer Herkunft über kein eigenes Einkommen verfügt (41%), was bei den anderen Befragungsgruppen seltener der Fall ist (15% bei den Befragten deutscher Herkunft und 23% der Befragten aus Ländern der ehem. UdSSR).⁴ Wie die folgenden Daten erkennen lassen, verfügte gut die Hälfte der Frauen türkischer Herkunft (51%) über kein Einkommen oder nur Einkünfte unter 300 €, das traf nur für 27% der Migrant/innen aus Ländern der ehemaligen UdSSR und für 22% der Frauen deutscher Herkunft zu und verweist auf durchaus erhöhte finanzielle Abhängigkeiten der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund (die allerdings auch für etwa jede 4. – 5. Frau nicht-türkischer Herkunft relevant sind.)

Tabelle 2: Einkommen der Frauen. Spaltenprozentuiert.

		Herkunft			Gesamt
		deutsch	türkisch	ehem. UdSSR	
Einkommen Frau	kein Einkommen	15,2%	40,9%	23,0%	16,9%
	unter 300 €	6,8%	10,4%	13,9%	7,4%
	300 - unter 700 €	23,4%	18,9%	27,8%	23,5%
	700 - unter 1.200 €	21,1%	12,4%	18,0%	20,5%
	1.200 - unter 1.800 €	13,4%	3,9%	6,0%	12,5%
	über 1.800 €	7,3%	0,8%	1,6%	6,6%
	keine Angabe	12,8%	12,7%	9,8%	12,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Wohnsituation und soziale Einbindung

Frauen mit Migrationshintergrund leben häufiger als Frauen deutscher Herkunft in eher beengten Wohnverhältnissen (ca. 18% vs. 9% der Frauen dt. Herk.) und in Wohngegenden, die sie selbst als eher anonym einstufen würden (44-48% vs. 24% dt.). Allerdings zeigt sich auch, dass die Mehrheit der Migrant/innen (über 80%) in mittelgroßen bis großzügigen Wohnungen leben und über die Hälfte ihre Wohngegend nicht als anonym beschreiben, sondern „als Wohngegend, in der die Menschen einander kennen und sich helfen“.

⁴ Inkonsistente Angaben zur Erwerbsbeteiligung und zur Einkommenssituation dürften darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der Frauen geringfügige Beschäftigungen nicht als Erwerbstätigkeit eingeordnet hat. Sie wurden nachträglich nicht bereinigt.

Der Migrationshintergrund allein ist also keineswegs so durchgängig in Zusammenhang zu bringen mit einer beengten und isolierten anonymen Wohnsituation, wie das häufiger in den Medien vermittelt wird.

Eine gute soziale Einbindung in Freundes- und Bekanntenkreise ließ sich bei der großen Mehrheit der Befragten in allen Befragungsgruppen (80- bis über 90%) feststellen; allerdings gab ein nicht unerheblicher Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund (ca. 20-30% vs. 7-11% bei Befragten deutscher Herkunft) ein Fehlen von engen und vertrauensvollen Beziehungen an; sowie Misstrauen in persönliche Beziehungen. Auf welche Problematiken dies konkret verweist, könnte Gegenstand weiter vertiefender Forschungen sein und ist auch für die gesundheitliche und psychische Situation der Frauen sowie die Gewaltprävention relevant.

Fazit soziale Lagen – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Wenn wir die Ergebnisse zur sozialen Lage der Frauen unterschiedlicher ethnischer Herkunft zusammenfassen, lässt sich feststellen, dass ein erheblicher Anteil, insbesondere der Migrant/innen türkischer Herkunft (der vorliegenden Studie nach ca. 30-40%), schlecht ausgebildet ist und/oder mit ihren Partnern in schwierigen, durch ein geringes Einkommen und/oder wohnliche Enge geprägten sozialen Situationen lebt.

Dies ist problematisch, aber nur eine Seite der Medaille. Zugleich wird nämlich sichtbar, dass das für die Mehrheit der türkischen Migrant/innen in Deutschland *nicht* zutrifft, denn ca. 70% der Frauen verfügen der Studie nach über qualifizierte Schul- und Ausbildungsabschlüsse, ein Siebtel sogar in den höheren Sektoren, und es zeichnet sich ab, dass die Anteile von Generation zu Generation - wenn auch sehr langsam - steigen; die Mehrheit der Haushalte ist *nicht* von staatlichen Hilfen abhängig und lebt *nicht* in räumlich beengten Verhältnissen; immerhin 40% der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund sind erwerbstätig, davon gut ein Drittel in Vollzeit. Das Klischee der schlecht ausgebildeten, in schwierigen sozialen Verhältnissen lebenden türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger entspricht also der Lebensrealität eines Teils, nicht aber der Mehrheit der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland.

Zugleich werden auch Defizite in der Erwerbsbeteiligung und Einkommenssituation von Frauen deutscher Herkunft sichtbar, wenn etwa ein Drittel der Frauen nicht (regelmäßig) erwerbstätig ist und gut ein Fünftel über kein eigenes Einkommen oder nur über Einkünfte unter 300 € verfügen. Auch hier besteht also noch deutlicher Emanzipations- und Gleichstellungsbedarf, der sich in den Debatten der letzten Jahre und Monate zu Unrecht nur auf Migrant/innen türkischer Herkunft fokussierte.

Soziale Isolation und Freizeitaktivitäten

Ich möchte hier noch kurz ein weiteres Klischee anhand von empirischen Daten beleuchten, das im Rahmen der massenmedialen Diskussion häufig bemüht wurde: das der sozial isolierten, an den Haushalt gefesselten und hinsichtlich ihrer Mobilität und der Freizeitkontakte stark eingeschränkten Frau türkischer Herkunft. Wir haben zu dieser Thematik Fragen gestellt, die sich auf die inner- und außerhäuslichen sozialen Kontakte und Freizeitaktivitäten der befragten Frauen beziehen und die vergleichende Auswertungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erlauben.

In den Ergebnissen zeigt sich zunächst hinsichtlich der engeren Sozialkontakte, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen den befragten Migrant/innen und Nicht-Migrant/innen in der Häufigkeit und Frequenz von Besuchen bei Verwandten/Bekanntem/Freund/innen bestehen: Der weit überwiegende Teil aller untersuchten Populationen (86-90%) gibt an, häufig oder gelegentlich Verwandte/Bekanntem/Freund/innen zu besuchen.

Signifikant seltener wurden allerdings von den befragten Frauen mit Migrationshintergrund andere Freizeitaktivitäten außer Haus unternommen, etwa die Mitarbeit in Organisationen, der Besuch von Kino, Theater und anderen kulturellen Veranstaltungen, der Restaurantbesuch oder Sport außer Hause, was mit Sprache, Lebensstilen, teilweise auch mit den finanziell eingeschränkten Möglichkeiten im Zusammenhang stehen kann: 35% der befragten Frauen türkischer Herkunft und 20% der Befragten aus der ehemaligen UdSSR gaben an, *nie* Theater, Kino oder sonstige kulturelle Veranstaltungen zu besuchen (vs. 12% der Befragten deutscher Herkunft); jeweils 18% gingen nie in ein Cafe oder Restaurant (vs. 5% der Frauen deutscher Herkunft). Insgesamt nimmt ein nicht unerheblicher Teil der Frauen türkischer Herkunft (38%) aber auch der Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR (26%) nie oder nur sehr selten über Freundes-/Bekanntebesuche hinaus an kulturellen und sonstigen Freizeitaktivitäten außer Haus teil (Frauen deutscher Herkunft 11%); diese Anteile sind auch noch bei den Frauen unter 35 Jahren hoch (29% türk., 19% UdSSR, 8% dt.). Die Ursachen hierfür konnten anhand der Daten bislang noch nicht eindeutig geklärt werden; es könnte aber durchaus sein, dass unterschiedliche Lebensorientierungen sowie Kombinationen von inneren und äußeren - auch finanziellen, sprachlichen und familiären - Einschränkungen dafür verantwortlich sind. Eine staatliche Aufgabe besteht vor allem darin, gezielte Freiheitseinschränkungen durch äußere Zwänge - deren Ausmaß bislang noch nicht ausreichend empirisch umrissen werden kann - zu verhindern.

Die aus der vorliegenden Studie beschriebenen Daten verweisen jedenfalls darauf, dass die massenmedial verbreiteten Vorstellungen der eingeschränkten Mobilität und Freizeitaktivitäten außer Haus für einen durchaus nicht unerheblichen Teil der Migrantinnen - verstärkt aber nicht nur der Frauen türkischer Herkunft - zutrifft, dass aber wiederum auch hiervon die Mehrheit der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund nicht betroffen zu sein scheint; ein Teil der Migrant/innen (etwa jede dritte bis vierte Frau mit türkischem Migrationshintergrund und mehr als jede dritte Frau aus Ländern der ehemaligen UdSSR) kann sogar als sehr aktiv bezüglich außerhäuslicher Freizeitaktivitäten beschrieben werden. Die empirische Datenlage legt demnach eher die Notwendigkeit der differenzierten Betrachtung der Unterschiede *innerhalb* der Populationen nahe denn eine pauschale Zuordnung anhand der ethnischen Zugehörigkeit, und sie stützt einseitige Klischees von „der“ türkischen Migrantin nicht ab.

Ähnlich verhält es sich, wie wir im Folgenden sehen werden, mit der Gewaltbetroffenheit von Frauen mit (türkischem) Migrationshintergrund. Ich beziehe mich in den weiteren Ausführungen vor allem auf Gewalt durch Beziehungspartner, da sich die vorliegende Tagung zentral mit häuslicher Gewalt in Paarbeziehungen auseinandersetzt und dies auch die Teile der Studie sind, die wir mit Blick auf Frauen unterschiedlicher ethnischer Herkunft bislang vertiefend ausgewertet haben.

Gewaltausmaße in Paarbeziehungen

Hinsichtlich des Ausmaßes bzw. der Verbreitung von Gewalt in Paarbeziehungen zeigen die Ergebnisse der Studie zunächst auf, dass häusliche Gewalt durch Beziehungspartner und auch Aspekte von Kontrolle und Dominanz in Paarbeziehungen nicht ausschließlich oder überwiegend Probleme von Migrant/innen in Deutschland sind, sondern dass auch Frauen deutscher Herkunft in nicht unerheblichem Maße davon betroffen sind. Allerdings lassen sich durchaus erhöhte Gewaltbetroffenheiten bei Frauen mit türkischem Migrationshintergrund feststellen.

Wie die folgenden Daten aufzeigen (siehe Folie 6), gab jede dritte bis vierte Frau unter 60 Jahren, die in einer Paarbeziehung lebt oder lebte an, körperliche oder sexuelle Übergriffe in unterschiedlicher Ausprägung durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner mindestens einmal erlebt zu haben, wobei die Werte bei den Frauen mit türkischem Migrationshintergrund mit 37% am höchsten bzw. signifikant höher als bei den anderen Befragungsgruppen waren.

Folie 6

Tabelle: Körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle und/oder frühere Beziehungspartner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch aktuelle und/oder frühere Beziehungspartner (16-59 Jahre)	29%	37%	28%
Nur unter 35-Jährige	31%	39%	29%

Diese Unterschiede zeigen sich noch ausgeprägter, wenn ausschließlich auf Gewalt durch den aktuellen Beziehungspartner fokussiert wird. Dann hat von den Frauen unter 60 Jahren etwa jede 7. Frau deutscher Herkunft, jede 6. Frau aus Ländern der ehemaligen UdSSR und jede 3. bis 4. Frau türkischer Herkunft mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch den aktuellen Beziehungspartner erlebt (siehe Folie 7).

Folie 7

Tabelle: Körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle Beziehungspartner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch aktuelle Beziehungspartner (16-59 Jahre)	14%	29%	17%
Nur unter 35-Jährige	16%	29%	16%

Damit waren Migrant/innen türkischer Herkunft etwa doppelt so häufig von Gewalt durch den aktuellen Partner betroffen wie Frauen deutscher Herkunft, was auch damit im Zusammenhang gebracht werden kann, dass die Frauen mit türkischem Migrationshintergrund sich seltener aus Paarbeziehungen durch Trennung oder Scheidung lösen.

Häufigkeit und Schwere der Gewalt in Partnerschaften

Frauen mit türkischem Migrationshintergrund erlebten entsprechend ihrer Angaben zu häuslichen Gewalterfahrungen nicht nur anteilmäßig häufiger Gewalt durch Beziehungspartner als die anderen Befragungsgruppen, sondern auch in höherer Frequenz und Schwere der Gewalt-handlungen. So gab gut ein Drittel der Frauen türkischer Herkunft (34%) an, bei der Gewalt durch den aktuellen Partner habe es sich um eine *einmalige* Handlung gehandelt (vs. 66% bei d. Frauen dt. und 52% bei Frauen aus d. ehem. UdSSR); 41% der gewaltbetroffenen Frauen türkischer Herkunft gaben aber an, die Übergriffe seien in der Partnerschaft gelegentlich oder häufig vorgekommen (vs. 12% der dt. und 18% d. Frauen aus d. ehem. UdSSR; vgl. Folie 8). Damit ist der Anteil derjenigen gewaltbetroffenen Frauen, die häufiger als selten solche Übergriffe durch den Partner angegeben haben, mehr als zwei- bis dreimal höher als bei den anderen Befragungsgruppen.

Folie 8

Tabelle: Häufigkeit körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch den aktuellen Beziehungspartner
(Fallbasis: gewaltbetroffene Frauen)

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
einmalig	66%	34%	52%
selten	23%	24%	30%
gelegentlich	8%	29%	9%
häufig	4%	12%	9%

Darüber hinaus hatten gewaltbetroffene Frauen türkischer Herkunft signifikant häufiger als die anderen Befragungsgruppen *schwerere* Formen von Gewalt durch den Partner angegeben, etwa verprügelt und gewürgt oder mit Waffengewalt bedroht worden zu sein. So gaben 8% der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund, 4% der Migrant/innen aus Ländern der ehemaligen UdSSR und 1% der Frauen deutscher Herkunft an, von ihrem derzeitigen Partner verprügelt oder mit Fäusten geschlagen oder mit Waffen bedroht oder von sexueller Gewalt betroffen zu sein.

Trotz der eindeutig häufigeren und schwereren Gewaltbetroffenheit von Teilen der türkischen Migrant/innen ist aus den Daten auch ersichtlich, dass auch bei den Befragten mit türkischem Migrationshintergrund insgesamt nur ein begrenzter Teil und keineswegs die Mehrheit der Frauen in den derzeitigen Partnerschaften von schwerer und häufiger auftretender Gewalt durch den Beziehungspartner betroffen war. Eine sehr viel größere Rolle spielen bei allen Befragungsgruppen leichtere Formen von physischer Gewalt sowie psychische Gewalt, Kontrolle und Dominanz in Partnerschaften.

Kontrolle, Dominanz und psychische Gewalt in Paarbeziehungen

Üben Männer türkischer Herkunft mehr Kontrolle, Dominanz und psychische Gewalt gegenüber ihren Beziehungspartnerinnen aus als Männer deutscher Herkunft? Dies zumindest entspricht den Vorstellungen, die über die Massenmedien mit Blick auf türkische Migrant/innen häufig vermittelt werden.

In der Studie wurden die Frauen gefragt, ob verschiedene Aussagen, die sich auf Kontrolle, Dominanz und psychische Gewalt in den Paarbeziehungen beziehen, auf den aktuellen Partner ganz/teilweise oder nicht zutreffen.

Dabei lässt sich zunächst in Bezug auf den Faktor „Kontrolle“ feststellen, dass die Befragten Frauen türkischer Herkunft mit Abstand am häufigsten über Formen von Kontrolle durch den Partner berichten (44%), dass dieser aber auch bei den Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR (33%) und bei Frauen deutscher Herkunft (19%) keine unerhebliche Rolle spielt (siehe Folie 9). Die Mehrheit aller Frauen – auch der türkischen Befragten – beschrieb jedoch keine kontrollierenden Verhaltensweisen durch den aktuellen Beziehungspartner.

Wenn kontrollierendes Verhalten benannt wurde, handelte es sich am häufigsten um Kontrolle der Außenkontakte, der außerhäuslichen Aktivitäten sowie der finanziellen Ausgaben.

Folie 9

Tabelle: Kontrolle durch den aktuellen Partner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Mein Partner ...			
ist eifersüchtig und unterbindet meine Kontakte zu anderen Männern/Frauen.	7%	27%	15%
hindert mich, Freunde zu treffen.	2%	4%	6%
kontrolliert, wohin ich gehe, was ich mache, wann ich zurückkomme.	7%	21%	17%
kontrolliert meine Post, Anrufe, emails etc.	3%	10%	10%
kontrolliert genau, wie viel Geld ich für was ausbe.	6%	16%	15%
lässt mich über Geld/Einkäufe nicht selbst entscheiden.	5%	10%	5%
Mindestens eines dieser Items	19%	44%	33%

Bei den Aussagen zu *Dominanz* durch den aktuellen Beziehungspartner (siehe Folie 10) zeigen sich ebenfalls deutlich erhöhte Werte bei den türkischen Migrant/innen (29%) gegenüber den Frauen deutscher Herkunft (14%), sowie vergleichsweise hohe Werte auch bei den Migrant/innen aus der ehemaligen UdSSR (21%).

Die Ergebnisse veranschaulichen, dass männliches Dominanzverhalten in Partnerschaften durchaus Frauen mit türkischem Migrationshintergrund in besonderer Weise zu betreffen scheint, sich die Problematik allerdings keineswegs ausschließlich oder überwiegend auf diese Bevölkerungsgruppe eingrenzen lässt, da immerhin auch jede 7. Frau deutscher Herkunft davon berichtet und zudem die Mehrheit der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund (71%) ihren Partner nicht in dieser Weise als dominant beschreibt.

Folie 10

Tabelle: Dominanz durch den aktuellen Partner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Mein Partner ...			
trifft Entscheidungen, die mich/uns betreffen alleine.	8%	18%	13%
schüchtert mich ein, wenn ich anderer Meinung bin.	5%	11%	6%
schüchtert mich ein durch wütendes/unberechenbares Verhalten.	2%	5%	4%
läßt mich spüren, dass ich finanziell von ihm abhängig bin.	4%	10%	7%
drängt mir seine sexuellen Bedürfnisse rücksichtslos auf.	1%	2%	3%
drängt mich psychisch/moralisch zu sexuellen Handlungen, die ich nicht will.	1%	3%	3%
bestimmt darüber, was ich zu tun oder zu lassen habe	2%	11%	6%
Mind. einer dieser Faktoren	14%	29%	21%

Folie 11

Tabelle: Psychisch-verbale Gewalt durch den aktuellen Partner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Mein Partner ...			
sagt, ich sei lächerlich, dumm, unfähig.	2%	5%	5%
ignoriert mich, antwortet nicht auf Fragen, tut so als sei ich nicht da.	4%	6%	5%
gibt mir an allem die Schuld und macht mir unablässig ein schlechtes Gewissen.	4%	10%	7%
macht mich vor anderen herunter.	3%	6%	6%
beschimpft und beleidigt mich und sagt absichtlich Dinge, die mich verletzen.	5%	9%	8%
zwingt mich, wach zu bleiben, wenn ich schlafen will.	1%	3%	5%
Mind. einer dieser Faktoren	11%	19%	15%

Hinsichtlich der psychisch - verbalen Aggressionen durch den aktuellen Partner ließen sich zwar erhöhte Werte bei den Migrant/innen beider Populationen feststellen (siehe Folie 10); es konnten allerdings bei den meisten Aussagen keine hoch signifikanten Unterschiede nachgewiesen werden, was auch mit den geringeren Fallzahlen bei den Migrant/innen zusammenhängen dürfte.

Drohungen durch den aktuellen Partner scheinen nach Aussagen der befragten Frauen insgesamt eine geringere Rolle zu spielen. Auch hier zeigen sich jedoch erhöhte Werte sowohl bei den Frauen türkischer Herkunft als auch bei Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR (siehe Folie 12); insgesamt ließen sich signifikante Unterschiede aber nur hinsichtlich der erhöhten Werte bei der Androhung von körperlicher Gewalt und Mord bei den Migrant/innen türkischer Herkunft im Vergleich zu den anderen Befragungsgruppen nachweisen. Die Auswertung zeigt zudem auf, dass die Mehrheit auch der Migrant/innen türkischer Herkunft (90%) nicht angab, durch den Partner verbal oder körperlich bedroht worden zu sein.

Folie 12

Tabelle: Drohungen durch den aktuellen Partner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Mein Partner ...			
droht damit, sich selbst etwas anzutun.	1%	3%	3%
droht damit, mir zu schaden, mir etwas wegzunehmen oder zu zerstören.	1%	1%	1%
droht damit, mir die Kinder wegzunehmen.	1%	2%	1%
droht damit, mir oder den Kindern oder anderen nahe stehenden Personen/Tieren etwas anzutun.	0,4%	0,5%	0,7%
hat mir ernsthaft gedroht, mich anzugreifen oder zu verletzen.	1%	5%	3%
hat mir ernsthaft gedroht, mich umzubringen.	0,4%	4%	1%
Mind. einer der Faktoren.	3%	10%	7%

Wenn wir nun in der Gesamtzusammenschau fünf häufig genannte und für den Zusammenhang von psychischer Gewalt, Drohung, Kontrolle und Dominanz in Paarbeziehungen relevante Aussagen zusammenfassen (siehe Folie 13), lässt sich erkennen, dass mehr als doppelt so viele Frauen türkischer Herkunft (44%) wie Frauen deutscher Herkunft (20%) von diesen Verhaltensweisen durch den aktuellen Beziehungspartner berichten, und zudem auch Frauen aus Ländern der ehemaligen UdSSR erhöhte Werte aufweisen (34%). Diese Differenzen können durchaus auch mit Blick auf den möglichen Einfluss sozialer und (sub-)kultureller Faktoren, sowie der Probleme im Zusammenhang mit Migration und Ausgrenzung interpretiert werden. Aufgrund der Datenlage kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass es sich um Phänomene handelt, die nur oder überwiegend einem bestimmten – dem islamischen – Kulturkreis zuzuordnen sind, sondern dass sie durchaus einen Bestandteil der westlich-christlich-abendländischen Kultur bilden, da auch Frauen deutscher Herkunft in relevantem Ausmaß (der Untersuchung nach zu mindestens einem Fünftel) davon betroffen sind.

Zugleich ist anzumerken, dass die Mehrheit auch der Migrant/innen mit türkischem Migrationshintergrund *nicht* über entsprechende Verhaltensweisen durch den aktuellen Partner berichten und sich vereinfachende bzw. pauschale Zuschreibungen deshalb verbieten.

Folie 13

Gesamtübersicht Betroffenheit durch Kontrolle – Dominanz – Drohung durch aktuellen Partner.

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Zustimmung zu mindestens einer der folgenden 5 Aussagen:			
- Ist eifersüchtig und unterbindet Kontakte zu anderen Frauen/Männern.	7%	27%	15%
- Kontrolliert, wohin ich gehe, was ich mache, wann ich zurück komme.	7%	21%	17%
- Kontrolliert genau, wie viel Geld ich für was ausgabe.	6%	16%	15%
- Trifft Entscheidungen, die mich/uns betreffen, alleine.	8%	18%	13%
- Hat ernsthaft gedroht, mich körperlich anzugreifen / zu verletzen.	1%	5%	3%
- Hat ernsthaft gedroht, mich umzubringen.	0,4%	4%	1%
Gesamt	20%	44%	34%

Interessant wären hier weitere mehrdimensionale Analysen, die neben kulturellen/religiösen Hintergründen auch den beruflichen/sozialen Status der Partner, Macht- und Statusunterschiede zwischen Partner und Partnerin, regionale Unterschiede, sowie Aspekte der Altersstruktur und Generationenzugehörigkeit einbeziehen.

Gesamtzusammenschau der Betroffenheit durch psychische, physische und sexuelle Gewalt durch den aktuellen Partner

Wenn in der folgenden Ansicht die Verteilungen in der Betroffenheit durch unterschiedliche und unterschiedlich schwere Formen von psychischer, physischer und sexueller Gewalt durch den derzeitigen Beziehungspartner zusammengestellt werden,⁵ dann zeigt sich noch einmal deutlich, dass der Anteil derjenigen, die von keiner der Formen betroffen sind oder waren, bei

⁵ Um einen Gesamtüberblick über die unterschiedlichen Dimensionen von Gewaltbetroffenheit durch den aktuellen Partner zu erhalten, wurden die Frauen in 5 Gruppen unterteilt:

1. Frauen, die weder psychische noch physische noch sexuelle Gewalt in dem oben definierten Sinne erlebt haben.
2. Frauen, die psychische Gewalt, Kontrolle, Dominanz und Drohungen aber keine körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt haben.
3. Frauen, die nur leichtere Formen körperlicher Gewalt wie wütendes Wegschubsen oder leicht Ohrfeigen erlebt haben, allenfalls selten oder einmalig (mit und ohne psychische Gewalt).
4. Frauen, die mäßige bis schwere Formen von körperlicher Gewalt (oder Gewalt häufiger als selten erlebt haben), aber keine sexuelle Gewalt.
5. Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, häufig auch in Kombination mit anderen Formen körperlicher oder sexueller Gewalt

Frauen deutscher Herkunft mit knapp 68% am höchsten und bei den Frauen türkischer Herkunft mit 43% am geringsten ist (siehe Folie 14).

Zudem wird sichtbar, dass sich relevante Unterschiede einer höheren Gewaltbetroffenheit der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund weniger ausgeprägt bei der psychischen Gewalt und bei leichteren Formen von Gewalt in Paarbeziehungen abzeichnen, von denen Frauen in allen untersuchten Populationen am häufigsten betroffen sind. Deutlich ausgeprägter zeigen sich Unterschiede hingegen bei schwereren und häufiger auftretenden Formen körperlicher Gewalt sowie bei sexueller Gewalt. Diese werden von den türkischen Migrant/innen anteilmäßig zwei- bis dreimal häufiger genannt als von anderen Befragungsgruppen (knapp 17% vs. 6% bzw. 8% bei den anderen Untersuchungsgruppen). Wenn auch hier wiederum nicht die Mehrheit davon betroffen ist, so verweist der Befund, dass jede 6. Frau mit türkischem Migrationshintergrund ernsthaftere Formen und Ausprägungen von körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch den aktuellen Partner erlebt hat, auf einen erhöhten Problemdruck und damit einhergehende besondere Hilfe- und Unterstützungsbedarfe bei einem Teil der Frauen; dies gilt allerdings auch für die von schwerer Gewalt betroffenen Frauen der anderen Populationen.

Folie 14

Tabelle: Gesamtübersicht Betroffenheit durch psychische, physische und sexuelle Gewalt durch den aktuellen Partner

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Keine der genannten Formen	67,8%	42,7%	57,5%
Psychische aber keine körperliche/sexuelle Gewalt	18,1%	26,9%	26,7%
Nur leichte/seltene körperliche Gewalt	7,6%	10,6%	7,9%
Mäßige bis schwere bzw. häufigere körperliche Gewalt (keine sex. G.)	4,6%	11,5%	4,8%
sexuelle Gewalt (häufig auch in Kombination mit anderen Formen)	0,9%	5,3%	2,7%
keine Angaben	0,9%	3,1%	0,3%
Gesamt	100%	100%	100%

Fazit und Impulse für die Diskussion

Wie können diese Ergebnisse nun eingeordnet und bewertet werden, welchen Beitrag können sie zur aktuellen Debatte zu Gewalt in Paarbeziehungen leisten?

Ein Hauptproblem der derzeitigen Diskussion über Gewalt gegen Migrant/innen in Paarbeziehungen besteht darin, dass diskursiv pauschale Zuordnungen auf der Achse modern / emanzipiert / gewaltfrei = deutsch / westlich / christlich - abendländisch und traditionell / rückständig / gewaltbelastet = türkisch / muslimisch erfolgen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Auswertung, aber auch anderer Studien zeigen, dass solche einseitigen Polarisierungen und Pauschalisierungen nicht zulässig sind und dass sie die Realität von Frauen in Deutschland mit und ohne Migrationshintergrund nicht adäquat beschreiben. In Bezug auf Frauen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland wird häufig ein Bild vermittelt, wonach die Mehrheit – im Gegensatz zu Frauen deutscher Herkunft-:

- zwangsverheiratet sind und/oder zum Zweck der Eheschließung aus der Türkei importiert wurden (Fakt ist dass über zwei Drittel der Frauen in Deutschland aufgewachsen sind oder mehr als 20 Jahre hier leben und sie zudem mehrheitlich den Partner selbst gewählt haben);
- sozial isoliert und von außerhäuslichen Freizeitaktivitäten ausgeschlossen sind;
- vom Partner dominiert/kontrolliert/gewalttätig behandelt/bedroht werden;
- in extrem traditionellen Paarbeziehungen leben;
- schlecht ausgebildet sind und in sozial schwierigen Verhältnissen leben.

Die empirische Analyse nicht nur der Daten der deutschen, sondern auch der französischen Studie zeigen auf, dass diese Einschätzungen nicht realistisch sind. Weder lebt die Mehrheit der Frauen türkischer Herkunft in extrem traditionellen und gewaltbelasteten Paarbeziehungen, noch die Mehrheit der Frauen deutscher Herkunft in modernen, gewaltfreien, durch eine gleichwertige Aufgabenteilung geprägten Paarbeziehung. Die Auswertungen zur Aufgabenverteilung zwischen den Beziehungspartnern, aber auch zur Kontrolle und Dominanz in Paarbeziehungen zeigen vielmehr auf, dass auch die Paarbeziehungen der Frauen deutscher Herkunft vielfach noch durch traditionelle Rollen- und Aufgabenverteilungen sowie entsprechende Verhaltensmuster geprägt sind und zentrale Haushaltsaufgaben wie Essen zubereiten, Wäsche waschen und Putzen weit überwiegend von den Frauen und nicht deren Beziehungspartnern verantwortlich übernommen werden (vgl. Folie 15).

Folie 15

Tabelle: Aufteilung der Haushaltsaufgaben

	deutscher HK	türkischer HK	ehem. UdSSR
Aufgabe wird stets/meistens von der Frau erledigt			
Essen zubereiten	73%	88%	73%
Einkaufen	52%	46%	23%
Reparaturen in Wohnung	7%	5%	3%
Wäsche Waschen	88%	90%	89%
Behördenkontakte	34%	17%	23%
Spülen/Aufräumen nach Essen	53%	79%	59%
Putzen	73%	86%	70%
Kinder versorgen	43%	63%	39%

Angemerkt sei hier noch, dass bezüglich der egalitären Aufgabenteilung im Haushalt unseren Analysen nach die Unterschiede zwischen Frauen deutscher und französischer Herkunft größer ausfallen als jene zwischen in Deutschland lebenden Frauen deutscher und türkischer Herkunft. Die Daten zeigen des Weiteren auf, dass auch ein erheblicher Teil der Frauen deutscher Herkunft Kontrolle, Dominanz und psychische/physische/sexuelle Übergriffe in Paarbeziehungen erlebt und diese Problematik keineswegs auf Frauen mit türkischem Migrationshintergrund zu reduzieren ist.

Zugleich müssen die erhöhten und massiveren Gewaltbelastungen von Frauen türkischer Herkunft, die immerhin jede sechste Befragte mit türkischem Migrationshintergrund in ihrer Partnerschaft betreffen, zur Kenntnis und ernst genommen werden, gerade mit Blick auf besondere Hilfe- und Unterstützungsbedarfe und das gesetzlich verankerte Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, sowie die gesundheitlichen und sozialen Folgen, die mit psychischer, physischer und sexueller Gewalt verbunden sind. Das Problem darf weder aufgebauscht und für andere Zwecke instrumentalisiert, noch bagatellisiert und ignoriert werden.

Die Ergebnisse der Sonderauswertung zeigen: Frauen türkischer Herkunft erleben häufiger und schwerere Formen von körperlicher und sexueller Gewalt durch den aktuellen Partner als Frauen deutscher Herkunft und Migrant/innen aus Ländern der ehemaligen UdSSR. Frauen die schwere und regelmäßige Formen von körperlicher Gewalt und Kontrolle, häufig in Verbindung mit psychischer und sexueller Gewalt erfahren, benötigen professionelle Hilfe und Unterstützung und es muss zum Schutz der Frauen von staatlicher Seite interveniert werden. Die Ergebnisse legen nahe, dass viele Frauen türkischer Herkunft aufgrund der schwierigeren sozialen Bedingungen und der erhöhten Abhängigkeitsverhältnisse in Paar- und Familienbeziehungen, teilweise auch aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, spezifischer und intensiver Unterstützung bedürfen. Dies gilt allerdings auch für Frauen anderer Herkunft, die sich in schwierigen sozialen Lebenslagen befinden.

Formen von Kontrolle, Dominanz, psychischer Gewalt und Drohung verdienen insgesamt mehr Beachtung. Sie werden in etwa jeder vierten bis fünften Partnerschaft auch ohne Anwendung von körperlicher/sexueller Gewalt verübt und können mit erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen einhergehen. Deren Ausmaß ist in den Partnerschaften der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund zwar höher als bei den anderen Gruppen, allerdings auch in den Partnerschaften der Frauen deutscher und anderer ethnischer Herkunft hoch. Hier besteht Handlungs- und Aufklärungsbedarf, der sich nicht nur auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger türkischer Herkunft beziehen sollte.

Das Ausmaß von leichteren und seltenen Formen von Gewalt in Partnerschaften ist bei Migrant/innen und Nicht-Migrant/innen vergleichbar hoch und betrifft etwa jede vierte bis fünfte Frau, die in einer Partnerschaft lebt. Bislang ist noch nicht ausreichend geklärt, wie dies auch mit Blick auf den Hilfe- und Unterstützungsbedarf zu bewerten ist, welche Folgen die Handlungen für die Betroffenen haben und wann bzw. unter welchen Umständen sie in Formen schwerer Gewalt übergehen. Auch hier wären - gerade wegen der hohen Verbreitung - weitergehende Untersuchungen und Analysen sinnvoll, die auch Ansatzpunkte für frühzeitige Prävention und Verhinderung von schwerer Gewalt bereits im Vorfeld ihrer Entstehung aufzeigen.

Gesellschaftliche Diskurse innerhalb und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft sind notwendig, um zu klären, welche Ziele Frauen und Männer hinsichtlich der Gleichstellung, Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern anvisieren und welche Einschränkungen und Zumutungen nicht mehr hinzunehmen sind. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in diesen Diskurs auch Migrant/innen und Migranten stärker als bisher als Akteurinnen mit eigener und durchaus vielfältiger Stimme in Erscheinung treten würden und nicht Objekte der Diskussion blieben.

Staatliche Instanzen haben die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen, und sie tragen Verantwortung für den Schutz und die körperliche und seelische Unversehrtheit aller in Deutschland lebenden Menschen. Dies schließt auch die Förderung, Unterstützung und den Schutz von gewaltbetroffenen Frauen mit Migrationshintergrund ein. Wie dieser Anspruch auch mit Blick auf die Unterstützungsbedarfe türkischer Migrant/innen bestmöglich umgesetzt werden kann, ohne in der Debatte zugleich diskriminierende Klischees über eine Bevölkerungsgruppe zu transportieren, das wird auch eine Herausforderung der heutigen Veranstaltung sein. Auf jeden Fall sollte sich die Debatte vorrangig auf die Interessen, Bedürfnisse und Bedarfe gewaltbetroffener Frauen konzentrieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe sehr, einen konstruktiven Impuls für die weitere Diskussion gegeben zu haben.

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Nadja Lehmann

Biographische Perspektiven und Bewältigungsstrategien gewaltbetroffener Migrantinnen – Schlussfolgerungen und Überlegungen für Theorie und Praxis

Ich werde in diesem Beitrag einige zentrale Ergebnisse einer Studie, die ich im Rahmen meines Promotionsvorhabens mit dem Titel „Migrantinnen im Frauenhaus – biographische Perspektiven auf Gewalterfahrungen“ durchgeführt habe, zusammenfassend vorstellen¹. An diesen Ergebnissen werde ich im Anschluss Überlegungen und Schlussfolgerungen für die Theorie und Praxis der Anti-Gewalt-Arbeit diskutieren. Vorab gehe ich jedoch auf meinen eigenen Zugang zu dem Thema ein.

Eigener Zugang

Hintergrund für die Durchführung der Untersuchung ist meine eigene berufliche Praxis als Sozialarbeiterin Mitte bis Ende der 90er Jahre in einem Berliner Frauenhaus. In diesem Frauenhaus war der Anteil von Migrantinnen unter den Bewohnerinnen sehr hoch, lag bei ca. 60-80%. Im „Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von Häuslicher Gewalt“ von 2002 wird der Anteil von Migrantinnen, die in den Anti-Gewalt-Projekten der Stadt Hilfe und Unterstützung suchen, in den letzten Jahren ebenfalls sehr hoch, das heißt mit bis zu 50% angegeben². Zunächst einmal bleibt festzustellen, dass Migrantinnen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, spezifische Probleme haben. Es werden Erfahrungen mit Ausgrenzung, Stigmatisierung und Rassismus gemacht, zum Beispiel innerhalb der Gewaltbeziehung³, durch aufenthaltsrechtliche Strukturen, durch institutionelle Diskriminierung und in der Gemeinschaft des Frauenhauses⁴. Häufig geht es darum, in aufwändiger Einzelarbeit, die weitere Perspektive der Frauen zu klären. Dabei gibt es viele Hindernisse zu überwinden.

Gewaltbetroffene Migrantinnen sind außerdem gefordert, sich mit Stereotypen über ihre „Kultur“, die in den öffentlichen Diskursen vorherrschend sind, auseinanderzusetzen, sich als Individuum darin zu verorten und eine Position zu beziehen.

¹ Es handelt sich dabei um Auszüge aus einer empirischen Studie, die bereits abgeschlossen ist und in den nächsten Monaten am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin als Dissertation eingereicht werden soll.

² Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin (2002:17).

³ Es sollte nicht vergessen werden, dass ein Großteil der gewalttätigen Männer, wegen derer Migrantinnen in ein Frauenhaus gehen, keinen Migrationshintergrund hat. Dies wird bei der Diskussion um gewaltbetroffene Migrantinnen in der Öffentlichkeit häufig ausgeblendet.

⁴ Vgl. Aktaş (1993), Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen i. Berlin (1995), Sellach (2000); Lehmann (2001); Glammeier/Müller/Schröttle (2004). Ein Ergebnis der aktuellen Prävalenzstudie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004) zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland ist hier hervorzuheben: 54% der türkischen und 46% der osteuropäischen Migrantinnen, die befragt wurden, teilten im Gegensatz zu nur 26% der „überwiegend deutschen“ Frauen aus der Hauptuntersuchung mit, dass sie sich aufgrund des Alters, des Geschlechts oder der Herkunft benachteiligt oder schlecht behandelt fühlen (Kurzfassung: S. 29). Ebenfalls gab die befragte Gruppe der Migrantinnen insgesamt mehr psychische Gewalterfahrungen durch fremde oder kaum bekannte Täter im Vergleich zu den Frauen der Hauptuntersuchung an. Die Forscherinnen vermuten, dass es sich hierbei um „rassistisch“ oder „ausländerfeindlich“ bedingte Gewalt handeln könnte (Kurzfassung: S. 28). (Zur Prävalenzstudie siehe auch der Beitrag von Monika Schröttle in dieser Dokumentation.).

Welchen Einfluss gesellschaftliche Diskurse auf die öffentliche Wahrnehmung und Problemdefinition von „häuslicher Gewalt“ haben ist sowohl in seinen positiven als auch negativen Auswirkungen bekannt⁵. Jedoch gibt es kaum Erkenntnisse darüber, wie sich unterschiedliche öffentliche Diskurse, zum Beispiel zu „Zwangsverheiratung“ und „Ehrenmorden“ auf das Erleben der Betroffenen auswirken⁶.

Für die Mitarbeiterinnen in der Frauenhausarbeit haben sich in der Beratung von Migrantinnen, die Schwerpunkte in der Arbeit immer mehr verschoben. Viele andere Probleme als die erlebte Gewalt sind drängender und existentieller. Die Auseinandersetzung mit der erlebten Gewalt kommt dabei häufig zu kurz. Viele der Migrantinnen haben zudem Gewalterfahrungen und Traumatisierungen in unterschiedlichen Dimensionen erlebt, die sich im Begriff „häusliche Gewalt“ nur unzureichend erfassen lassen⁷.

Für mich und andere stellte sich insbesondere in der Beratungsarbeit die Frage, wie sich diese vielfältigen biographischen Erfahrungen von Migrantinnen im Kontext von Herkunft, Migration und Aufnahmeland Deutschland, auf das Erleben in der Gewaltsituation auswirken.

Es stellt sich die grundlegende folgende Frage: Wenn wir im Frauenhaus die „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ als das zentrale Problem für die betroffenen Frauen definieren und vereinheitlichen, werden wir damit der realen Lebenssituation und vor allen Dingen den Perspektiven aller Frauen im Frauenhaus gerecht? Um sich mit dieser Frage weiter beschäftigen zu können, ist es zentral etwas über die subjektiven Sichtweisen gewaltbetroffener Migrantinnen zu erfahren.

Hier setzt meine Studie an.

Ergebnisse der Studie

Eine methodische Möglichkeit, sich mit solchen Fragestellungen zu beschäftigen, ist die Durchführung biographisch-narrativer Interviews.

Die vorgestellte Studie ist eine biographietheoretische Studie. Mit dem narrativen Interview als Methode der Datengewinnung soll erreicht werden, dass das Interview nicht einfach in einem vorstrukturierten Frage- und Antwort-Schema abläuft, sondern durch eine offen formulierte Eingangsfrage eine selbststrukturierte Erzählung der eigenen Lebensgeschichte bei den InterviewpartnerInnen erzeugt und aufrechterhalten werden kann. Das Forschungsinteresse bezieht sich auf die Selbstdeutungen und Relevanzsetzungen der InterviewpartnerInnen und es soll im Forschungsprozess so wenig wie möglich strukturierend eingegriffen werden.

Im Zeitraum von 1999-2004 wurden 15 biographisch-narrative Interviews mit Migrantinnen durchgeführt, die aufgrund psychischer und physischer Gewalterfahrungen in ein Frauenhaus gegangen waren. Es handelt sich um Frauen, die Gewalt in einer Beziehung mit einem Partner aus dem eigenen Herkunftskontext oder in der Beziehung mit einem Partner deutscher Herkunft erlebt haben. Die Frauen des Samples waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 21 und 50 Jahre alt, kommen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und haben einen unterschiedlichen Bildungsstatus. Die Auswahl der Interviewpartnerinnen erfolgte nicht nach formalen Zugehörigkeitskriterien, wie z.B. Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Migrationsstatus. Gemeinsam ist allen interviewten Frauen, dass sie einen Migrationshintergrund haben und in einem Frauenhaus waren.

Die forschungsleitende Frage bei der Durchführung der Studie war:

„Wie setzen sich die interviewten Migrantinnen mit der Gewalterfahrung im biographischen Kontext auseinander? Wie sprechen sie über ihre Erfahrungen?“

⁵ Das bezieht sich einerseits auf den Erfolg der Frauenbewegung gesellschaftliche Tabuisierungen brechen zu können, als auch auf die immer noch vorhandenen Stereotypen zu häuslicher Gewalt.

⁶ In der US-amerikanischen Gewaltforschung gibt es Veröffentlichungen, die sich mit der Frage nach den Auswirkungen von gesellschaftlichen Diskursen auf das Erleben und die Wahrnehmung von häuslicher Gewalt beschäftigen (z.B. Crenshaw 1994, Kanuha 1996).

⁷ Als Konsequenz aus den Erfahrungen in dieser Arbeit wurde das „Interkulturelle Frauenhaus“ in Berlin konzipiert und gegründet (vgl. Grubič/ Lehmann 2003, Lehmann 2002).

Aus dem Sample habe ich drei Interviews ausführlich rekonstruiert⁸ und diese im Rahmen meiner Dissertation in Falldarstellungen vorgestellt. Diese drei Interviews wurden deshalb ausgewählt, weil sie sich in der Art und Weise der Auseinandersetzung mit der Gewalterfahrung sehr stark voneinander unterscheiden lassen. In den anderen Interviews des Samples findet sich diese Struktur in unterschiedlich ausgeprägter Form wieder. Ich kann in diesem Beitrag nur Teile der Ergebnisse des umfangreichen Auswertungs- und Interpretationsprozesses vorstellen. Zunächst komme ich zu den Ergebnissen, die sich für alle Interviews übergreifend feststellen lassen.

Übergreifende Ergebnisse

1. Die erlebte Gewalt wird als extreme Erfahrung von Ausgrenzung und Unterdrückung thematisiert.

Dieses Ergebnis ist zunächst zu erwarten. Ich möchte jedoch kurz erläutern, worauf sich die Begriffe „Ausgrenzung“ und „Unterdrückung“ hier beziehen:

Besonders gravierend wird bei den Interviewpartnerinnen die Erfahrung von Gewalt in einer Beziehung zu einer Person wahrgenommen, von der angenommen wird, dass sie einem nahe steht. Hierbei spielte es nicht so sehr eine Rolle, ob die Beziehung oder Ehe auf gegenseitiger Liebe und Zuneigung begründet war. Auch bei Beziehungen, in denen es sich eindeutig um eine „arrangierte Ehe“ oder „Zwangsheirat“ handelte und die Frauen weniger emotionale Erwartungen mitbrachten, wurde die Gewalterfahrung als gravierende persönliche Demütigung und Verletzung erlebt, die als unterdrückende Handlung von den Frauen interpretiert wird. Von besonderer Bedeutung ist es dabei, dass alle Frauen über eine normative Vorstellung verfügten, wie sich ein guter und verantwortungsvoller Partner oder Vater ihrer Kinder zu verhalten und wie ein funktionierendes Familienleben auszusehen habe. Durch die erlebte Gewalt ist dieses Bild und die Hoffnung, diesem entsprechen zu können, zerstört worden. Der Weg ins Frauenhaus wird als Eingeständnis des zumindest bisherigen Scheiterns der Beziehung von der Frau selbst und eventuell von anderen interpretiert. Auf dieser Ebene findet das Erleben von Ausgrenzung statt. Es ist möglich, dass eine Frau bereits seit Jahren misshandelt wird, jedoch erst der Aufenthalt im Frauenhaus, das Scheitern der Beziehung für sie selbst oder andere sichtbar werden lässt.

2. Die Auseinandersetzung mit der erlebten Gewalt findet auf der Ebene von unterschiedlichen biographischen Erfahrungen von Unterdrückung und Ausgrenzung statt.

3. Die Perspektive auf die erlebte Gewalt ist komplex und individuell sehr unterschiedlich.

4. Es lassen sich drei „typische“ Ebenen der Auseinandersetzung mit der Gewalterfahrung im biographischen Kontext voneinander unterscheiden:

- Gesellschaft
- Herkunftsfamilie
- Die Gewalterfahrung als eine singuläre⁹ Erfahrung.

Ich möchte nun genauer auf diese „typischen“ Ebenen eingehen:

Gesellschaft

Frauen, die diese Form der Auseinandersetzung wählten, nehmen eine politisierte Perspektive auf ihre Biographie und auf ihre Gewalterfahrung ein.

⁸ Der Auswertungsprozess erfolgte als hermeneutische Fallrekonstruktion nach Rosenthal (1995).

⁹ Im negativen Sinne von unvergleichbar und einzigartig.

Gemeint ist damit, dass Erfahrungen von Ausgrenzung und Unterdrückung im gesellschaftlichen Kontext (wie zum Beispiel das Geschlechterverhältnis, ethnische Zugehörigkeit, soziale Klasse oder andere Formen sozialer Ungleichheit) direkt angesprochen und in Bezug auf die Gewalterfahrung thematisiert werden. Dies kann sich sowohl auf Erfahrungen im Herkunfts- als auch im Aufnahmeland beziehen.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass hier alle Frauen im Interview über Ausgrenzungs- und Unterdrückungserfahrungen als Mädchen und Frauen in der Herkunftsfamilie berichten. Hier könnte jetzt vermutet werden, dass die Perspektive auf Geschlechterverhältnisse in der Herkunftskultur oder allgemein im Zusammenhang mit der erlebten Gewalt besonders zentral ist und ausgebaut wird. Es gibt jedoch nur eine Frau, eine kurdische Frau aus der Türkei, die ihre Gewalterfahrung auf der Ebene eines „kulturell rückständigen“ Geschlechterverhältnisses der Herkunftskultur interpretiert.

Bei einer anderen kurdischen Frau aus der Türkei sind in ihrer Familiengeschichte viele Verweise auf die starke Diskriminierung, die Frauen in ihrer Herkunftsfamilie erlebt haben. Sie interpretiert ihre eigene Gewalterfahrung jedoch im Zusammenhang mit den politischen Strukturen von Unterdrückung als Kurd/innen in der Türkei und in Deutschland. Im Zentrum des Interviews mit dieser Frau steht allgemein das Vertrauen zu anderen Menschen (sowohl zu Männern als auch zu Frauen), das sie nicht hat. Diese Perspektive durchzieht das Interview.

Andere Frauen bringen ihre Gewalterfahrung in einen Zusammenhang mit dem Geschlechterverhältnis, jedoch geschieht dies immer im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Machtstrukturen. Eine Frau aus Westafrika berichtet über Unterdrückungserfahrungen von Frauen in ihrer Herkunftsfamilie durch den Vater und über ihre eigenen in der Gewaltbeziehung zu ihrem Ehemann. Sie betont aber im Zusammenhang mit der erlebten Gewalt auch sehr deutlich die Rassismuserfahrungen, die ihr gewalttätiger Ehemann in Deutschland gemacht hat, als sie gemeinsam mit ihm lebte. Sie bringt diese in einen Zusammenhang mit eigenen Rassismuserfahrungen, die sie mit Frauenhausbewohnerinnen, Mitarbeiterinnen eines Frauenhauses und zuständigen Behörden gemacht hat.

Bei zwei Frauen aus dieser Gruppe wird auch deutlich, welche Rolle intergenerationelle und damit ‚nicht-selbst-erlebte‘ Erfahrungen der Herkunftsfamilie bei der Auseinandersetzung mit der Gewalterfahrung einnehmen. Ein Beispiel ist die Biographie einer Armenierin aus der Türkei. Die Betroffenheit der eigenen Herkunftsfamilie vom Genozid der Armenier/innen in der Türkei bestimmt ihre Perspektive auf ihr Leben und auf die Gewalterfahrung maßgeblich mit. Sie schildert die Familiengeschichte aus der Zeit vor ihrer Geburt mit großer emotionaler Betroffenheit. Zugehörigkeit, Ausgrenzung und Unterdrückung sind die relevanten Themen. Die Loyalität mit ihrer Herkunftsfamilie führt in Deutschland zu einer arrangierten Ehe mit einem Armenier, den sie auf den Wunsch der Familie heiratet. Die Bitterkeit über die fehlende Unterstützung durch die Eltern bei der Gewalterfahrung in dieser Beziehung führt zu einer Distanzierung von der Familie, ohne jedoch die Loyalität mit der Herkunftsfamilie aufzugeben.

Ein weiteres Beispiel ist die Biographie einer Frau aus Rumänien, die Angehörige der Roma ist. Sie berichtet von familiären Ausgrenzungserfahrungen und geschlechtsgebundener Unterdrückung als Mädchen und Frau durch die Herkunftsfamilie und in ihrer ersten Ehe in Rumänien. Jedoch wird im gesamten Interview deutlich, wie stark tradierte, diskriminierende Diskurse der Herkunftsgesellschaft über Roma, und die auch in Deutschland zum Zeitpunkt der Migration wirksamen Diskurse über rumänische Roma, für das Erleben der Gewalt in der Beziehung zu einem deutschen Mann eine Rolle spielen.

Herkunftsfamilie

Die Frauen dieser Gruppe setzen sich mit der erlebten Gewalt im Kontext der Herkunftsfamilie auseinander. Der gesellschaftliche Kontext wird in der eigenen Biographie ausgeblendet, nur auf Nachfrage beschrieben und ist für die Auseinandersetzung mit der Gewalterfahrung nicht zentral.

Ein Beispiel dafür ist eine Frau aus Irakisch-Kurdistan. Die eigenen schweren Gewalterfahrungen in ihrer Ehe thematisiert sie nicht als „Gewalt im Geschlechterverhältnis“.

Sie setzt vielmehr das Verhalten des Ehemannes, mit dem Verhalten der Mutter ihr gegenüber gleich, mit den Worten „Mein Mann ist wie meine Mutter“. Alle anderen Kontexte, z.B. die Unterdrückung der Mutter als „ungebildete“ Frau in der Familie des Vaters, die politische Verfolgungssituation und die lebensgefährliche Flucht vor den Bomben Saddam Husseins, die auf ihr bisheriges Leben in vielen Bereichen faktisch Auswirkungen hatten, werden von ihr ausgeblendet. In der Fallrekonstruktion wird genauer herausgearbeitet, dass der Hintergrund dafür in ihrer eigenen emotional stark belasteten Beziehung zur Mutter zu suchen ist, von der sie sich abgelehnt fühlt und der sie die Schuld für ihr eigenes Schicksal zuschreibt. Im Frauenhaus nimmt sie zwar zunehmend eine politische Position nach außen als „Migrantin in Deutschland“ und als „von Männergewalt betroffene Frau“ ein. Jedoch überträgt sich dies in einem späteren Interview, zwei Jahre später, nicht auf ihre Sichtweise zur eigenen Familiengeschichte und zur Situation ihrer Mutter in dieser Familie.

Die Gewalterfahrung als singuläre Ausgrenzungs- und Unterdrückungserfahrung

Es handelt sich hier um Frauen, die die Gewalterfahrung als unverbunden mit der eigenen Lebensgeschichte thematisieren. Es werden hier im Unterschied zu den anderen Beispielen keine Zusammenhänge, Anknüpfungspunkte, Vergleiche und Kontinuitäten der aktuell erlebten Gewalterfahrung in Bezug zur gesamten Lebensgeschichte hergestellt.

Das Erleben der Gewalterfahrung wird jedoch bei einer genaueren Analyse von latenten ungelösten biographischen Konflikten bestimmt. Es stellt sich heraus, dass die Gewalterfahrung als eine Form des „biographisches Scheiterns“ interpretiert wird. Es handelt sich für diese Frauen um eine Form der Bewältigung, keine biographischen Zusammenhänge, keine Zugehörigkeiten herzustellen, die diese Befürchtung für sie bestätigen könnte.

Ein Beispiel ist eine Frau aus Polen, die die Gewalterfahrung zunächst als zentrale dramatische Lebensphase in ihrer Lebensgeschichte und das Leben vor der Gewalterfahrung als glücklich beschreibt. Die Erfahrung als Ehefrau und Mutter in einer langjährigen Gewaltbeziehung steht unverbunden zur eigenen Familiengeschichte im Raum. Jedoch wird durch ausführliche Nachfrageteile und die Auswertung des gesamten Interviews deutlich, dass in der Lebensgeschichte ausgesprochen viele biographische Kontinuitäten und sehr viele belastende Erfahrungen vorhanden sind, die in einem unmittelbaren thematischen und emotionalen Zusammenhang zur Gewalterfahrung stehen. Das Ausblenden dieser Zusammenhänge ist hier als ein Ausdruck der Befürchtung dieser Frau zu interpretieren, dass ihr Leben bereits schicksalhaft vorbestimmt ist und das „biographische Scheitern“ der psychisch kranken Mutter an die Tochter weitervererbt werden könnte.

Resümee

Ich komme in meiner Studie zu dem Ergebnis, dass es sich bei den drei Ebenen der Auseinandersetzung mit der erlebten Gewalt um Formen der Bewältigung und Verarbeitung im biographischen Kontext und um wichtige Ressourcen für die betroffenen Frauen handelt.

Ich werde darum die Ergebnisse nun konkret in einen Bezug zur Beratungsarbeit stellen und diskutieren.

Schlussfolgerungen für die Beratungsarbeit

Die Auswertung der Interviews beschäftigt sich mit Selbstdeutungen von gewaltbetroffenen Migrantinnen, die in einer Gesprächssituation, in diesem Fall einem Interview geäußert wurden. Es gibt darum einen direkten Bezug zu einer anderen kommunikativen Situation: der Einzelberatung.

Wie Praktiker/innen und Theoretiker/innen der Sozialen Arbeit wissen, ist das Sprechen über die Gewalterfahrung für die Verarbeitung und Bewältigung zentral.

Mündliches Erzählen bietet die Möglichkeit, das eigene Handeln oder das von anderen zu verarbeiten, zu deuten und zu bewerten. Über Erzählungen wird soziale Zugehörigkeit hergestellt und zum Ausdruck gebracht. Dies geschieht durch Zuordnungen, Kategorisierungen, Abgrenzungen. Da jeder Mensch verschiedenen sozialen Gruppen, wie zum Beispiel Frauen, Migrant/innen, Kurd/innen, Frauenhausbewohnerinnen, Müttern usw. angehört, stellt sich die Frage, in welcher Gesprächssituation welche Zuordnung oder welche Positionierung vorgenommen wird¹⁰. Diese Art der Zuordnung ist immer kontextabhängig und perspektivisch, insofern sie die Komplexität von Beziehungen und Zusammenhängen auf bestimmte Aspekte reduziert¹¹.

Diese Kategorisierungen, Positionierungen und ihre Thematisierungen sind jedoch auch ein Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Erzählen bietet die Möglichkeit sich mit negativen Kategorisierungen auseinander zu setzen, zum Beispiel mit verbalen Demütigungen in der Gewaltbeziehung, aber auch mit anderen Zuschreibungen wie negativen Stereotypen oder diskriminierenden Diskursen. Stereotypen können so zurückgewiesen werden oder es kann sich damit gegen erlittenes Unrecht nachträglich zur Wehr gesetzt werden. Das ist ein wichtiger Grund, warum das Erzählen bei der Konstitution sozialer Identität eine so wichtige Rolle spielt¹². Solche „Erzählungen über Zugehörigkeit“ zeigen, wie wir uns selbst in Begriffen von Differenzkategorien, wie z.B. Geschlecht, Ethnizität und Klasse verorten¹³.

Es zeigt sich in den vorgestellten Interviews, dass die Perspektiven auf „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ nicht einheitlich und universell sind und dies, obwohl alle Frauen längere Zeit in einem deutschen Frauenhaus gelebt haben, wo diese Definition der Gewalterfahrung im Vordergrund steht. Dies lässt sich zunächst damit erklären, dass die meisten Frauen, die interviewt wurden, vielfältige Formen von Gewalt und Unterdrückung auf unterschiedlichen Ebenen, nicht nur im Geschlechterverhältnis, erlebt haben. So wird in der vorgestellten Studie deutlich, dass hier sehr individuell und abhängig von der jeweiligen Lebensgeschichte der Frauen unterschiedliche Perspektiven auf die erlebte Gewalt besonders herausgestellt werden.

Festzuhalten ist die eigentlich banale Erkenntnis, dass die Gewalterfahrung nicht für alle Frauen dasselbe bedeutet. Für die Verarbeitung der Gewalterfahrung ist es ein Bedürfnis und eine Voraussetzung zur Verarbeitung, diese individuellen Bedeutungen und den genauen Kontext herauszuarbeiten. Die politische Perspektive als „Frau“ oder als „Migrantin“ kann eine wichtige Ressource werden oder sein, ersetzt jedoch nicht die individuelle Auseinandersetzung mit der eigenen Gewalterfahrung. Für die eine Frau mag es vorrangig wichtig sein, sich mit Geschlechterverhältnissen in ihrer Biographie auseinander zu setzen, für die andere aber geht es um die Folgen der psychischen Erkrankung der Mutter für das eigene Leben, für eine andere Frau um die Diskriminierungserfahrungen, die ihre Familie gemacht hat, um nur ein paar wenige Beispiele zu nennen. Grundsätzlich ist es für alle, die in der Beratungsarbeit tätig sind, wichtig, sich die Offenheit für Selbstdeutungen, Interpretationen und Sichtweisen der Betroffenen zu erhalten.

Die Bedürfnisse gewaltbetroffener Migrantinnen sind stark voneinander abweichend und dementsprechend vielfältig sind auch die Anforderungen an die Beratung. Einseitige Fokussierungen in der Beratungssituation auf Geschlechtszugehörigkeit, Status als Migrantin oder Kultur als Problemdefinition bei häuslicher Gewalt können also zur Folge haben, dass die komplexen Erfahrungen und die damit verbundenen Problemlösungsstrategien von gewaltbetroffenen Migrantinnen nicht wahrgenommen werden können. Und dies, obwohl es sich dabei möglicherweise um wichtige Ressourcen handelt.

¹⁰ Eine der Falldarstellungen der Studie, in der sich diese Art der Positionierung besonders deutlich nachvollziehen lässt, ist in einem Aufsatz, der bereits veröffentlicht wurde, nachzulesen (Lehmann 2004).

¹¹ Vgl. Czyzewsky u.a. (1995:34).

¹² Czyzewsky u.a. (a.a.O.:78).

¹³ Anthias (2003:22).

Wenn wir jedoch davon ausgehen, dass Perspektiven nicht statisch sind, sondern sich auch verändern können, wäre es ein sinnvoller Ansatz in der Beratung, die betroffenen Frauen nicht auf bestimmte Sichtweisen auf ihr Leben festzulegen, sondern ihnen vielmehr die Möglichkeit zu bieten, unterschiedliche Perspektiven auf die Gewalterfahrung einzunehmen. Ich gehe davon aus, dass alle diese Überlegungen auch für gewaltbetroffene Frauen gelten können, die keine Migrantinnen sind.

Ich komme nun zu weiterreichenden Überlegungen für Theorie und Praxis der Anti-Gewalt-Arbeit.

Allgemeine und weiterreichende Überlegungen für die Theorie und Praxis

Bei jeder wissenschaftlichen Studie stellt sich die Frage nach Reichweite und Begrenzungen in der Aussagekraft ihrer Ergebnisse. Eine kleine qualitative Studie, wie die hier vorgestellte, kann bestimmte Problemfelder herausarbeiten, sichtbar machen und neue offene Fragen aufwerfen. Sie kann am Beispiel von ausführlichen Einzelfalldarstellungen Zusammenhänge genau herausarbeiten und verweist damit auf das Allgemeine im Besonderen.

Welche Aspekte der vorgestellten Studie sind nun für eine allgemeinere Diskussion anschlussfähig?

Deutlich wird, dass es sich bei gewaltbetroffenen Migrantinnen um eine sehr heterogene Gruppe handelt. International vergleichenden Studien zufolge, handelt es sich bei Gewalt gegen Frauen um ein weltweites soziales Problem, jedoch mit großen Unterschieden zwischen Gesellschaften und gesellschaftlichen Subgruppen, die sich auf den kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Kontext beziehen, in dem die Gewalt stattfindet¹⁴. Bereits innerhalb einer einzigen Nation und Gesellschaft gibt es durch die Pluralität moderner Gesellschaften, insbesondere von Einwanderungsgesellschaften einen Differenzierungsbedarf.

Teile der Gewaltforschung im angelsächsischen Kontext haben sich schon seit längerem mit theoretischen und praktischen Überlegungen beschäftigt, die sich daraus ergeben, dass zwar jede Frau grundsätzlich von häuslicher Gewalt betroffen sein kann, es aber einen großen Unterschied macht, ob Frauen sich zum Beispiel neben einer intimen bedrohlichen Partnerschaft auch in einer bedrohlichen, das heißt riskanten gesellschaftlichen Position befinden¹⁵. Dies betrifft viele gewaltbetroffene Migrantinnen, aber auch andere Gruppen, die von gesellschaftlicher Marginalisierung und häuslicher Gewalt betroffen sind¹⁶.

Zu einer Differenzierung in der Sicht auf häusliche Gewalt haben z.B. in den USA unzählige Einzelstudien der letzten 20 Jahren beigetragen¹⁷, die sich häufig auch mit der Wirksamkeit und Akzeptanz des vorhandenen Hilfsangebots und mit Interventionskonzepten befassen¹⁸. Beispielsweise wird in den USA von Teilen der Anti-Gewalt-Bewegung kritisiert, dass die Überbetonung von gesetzlichen Maßnahmen gegen häusliche Gewalt für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen weit reichende negative Konsequenzen auf unterschiedlichen Ebenen hat¹⁹. Diese Kritik bezieht sich darauf, dass es für bestimmte Gruppen von gewaltbetroffenen Frauen große Vorbehalte und Hinderungsgründe gibt, diese Sanktionierungsformen in Anspruch zu nehmen, weil damit ganz andere Folgen und Konsequenzen verbunden sein können, zum Beispiel die Gefährdung des Aufenthaltsstatus. Ebenfalls müssen hier auch die konkreten Unterschiede z.B. von Migrantinnen in der Erfahrung mit Institutionen und die nicht zu bagatellisierende Realität institutioneller und rassistischer Diskriminierung mitgedacht werden.

¹⁴ Hier ist zunächst auf die „WHO Multi - country Study on Women’s Health and Domestic Violence against Women“ von 2005 zu verweisen, die das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen in 10 Ländern untersucht hat, denen die Durchführung einer eigenen nationalen Prävalenzstudie nicht möglich war. Vgl. ebenfalls Ayers Counts./ Campbell (1999) und Godenzi (1994)

¹⁵ Vgl. z.B. Crenshaw (1994), Dasgupta (1998)

¹⁶ z.B. Frauen, die von Armut, Wohnungslosigkeit oder Alkohol- und Drogenabhängigkeit betroffen sind.

¹⁷ Vgl. nur exemplarisch den Überblicksartikel von Asbury (1999)

¹⁸ Z.B. Gondolf (1998)

¹⁹ Richie (2000)

„Westliche“ Gesellschaften setzen beim Schutz vorrangig auf institutionelle Angebote wie Frauenhäuser und Beratung und bei der Sanktionierung auf Kriminalisierung und rechtliche Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. Jedoch zeigen international vergleichende Studien, dass es weitere wichtige Sanktionen und Schutzmassnahmen gibt, die wirksam sein können²⁰.

Es hat sich in den USA die Erkenntnis durchsetzen können, dass ein standardisiertes Hilfsangebot zu häuslicher Gewalt, das sich an vermeintlich alle Frauen richtet, Gruppen von gewaltbetroffenen Frauen ausschließt und dem Bedarf nicht gerecht wird²¹. Spezifische Unterstützungsangebote werden darum neben den standardisierten Angeboten als notwendig anerkannt. Hier engagieren sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen (z.B. Migrant/innenorganisationen). Zumindest in den angelsächsischen klassischen Einwanderungsländern, wie Großbritannien, Kanada, USA und Australien hat sich eine kritische und differenzierende Sichtweise auf das Thema „häusliche Gewalt“ neben dem „Mainstream“ mittlerweile interdisziplinär als eine Alternative etablieren können.

Was hat das mit unserer Diskussion hier und heute und in Deutschland zu tun?

Eine theoretische Ausdifferenzierung des Begriffs „häusliche Gewalt“ in Bezug auf andere gesellschaftliche Machtstrukturen steht in Deutschland noch aus. Die Auseinandersetzung mit der Lebenssituation gewaltbetroffener Migrantinnen führt nach wie vor ein Schattendasein, ist im besten Fall ein Sonderthema und wird nicht in allgemeine theoretische Überlegungen zum Thema „häusliche Gewalt“ oder „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ integriert. In vielen Veröffentlichungen zum Thema „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ wird nicht einmal angedeutet, dass unter den Bewohnerinnen der Frauenhäuser viele Migrantinnen sind und welche fachlichen und politischen Fragen sich daraus ergeben könnten. Für Deutschland als Einwanderungsland bleibt festzustellen, dass das Thema „Migrantinnen und häusliche Gewalt“ völlig unterforscht ist, obwohl es nachweislich und wie wir angesichts der aktuellen Diskussionen feststellen können, von großer gesellschaftspolitischer Relevanz ist²². Auch in der Praxis und in der Angebotsstruktur der Anti-Gewalt-Arbeit gibt es noch einen Nachholbedarf. In der Prävalenzstudie des Bundesministeriums wird deutlich, dass die bestehenden Hilfsangebote bei den untersuchten Migrantinnengruppen nur unzureichend bekannt sind und insbesondere dann nicht genutzt werden, wenn Sprachbarrieren vorhanden sind. So stellen die Forscherinnen in der Hauptstudie als Fazit ihrer Analysen fest, dass für gewaltbetroffene Migrantinnen ein deutlicher Hilfe- und Unterstützungsbedarf zu bestehen scheint. Hier wird explizit auf die Notwendigkeit mehrsprachiger Öffentlichkeitsarbeit und auf den Bedarf des Auf- und Ausbaus spezifischer Angebote für Migrantinnen unterschiedlicher Herkunft verwiesen²³.

Aus meiner eigenen Studie und der Auseinandersetzung mit dem nationalen und internationalen Stand der Forschung ergeben sich für mich einige zentrale Forderungen für die weitere Diskussion zum Thema „Migrantinnen und häusliche Gewalt“ in Deutschland:

Forschungsperspektiven

- Die Berücksichtigung internationaler Forschungsergebnisse zu differenzierenden Perspektiven auf „häusliche Gewalt“.
- Die Einbeziehung interdisziplinärer Perspektiven auf „häusliche Gewalt“ (z.B. Migrantinnenforschung, interkulturelle Familienforschung und Gewaltforschung).

²⁰ Vgl. Ayers Counts./ Campbell (1999)

²¹ Vgl. z.B. Kanuha (1996); Crenshaw (1994)

²² Sozusagen amtlich bestätigt wurde diese „gesellschaftspolitische Relevanz“ durch das Statistische Bundesamt, das im Mikrozensus 2005 ermitteln konnte, dass fast ein Fünftel der Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund hat und Deutschland damit unabhängig von politischen Wahrnehmungen und Verkündungen, faktisch ein Einwanderungsland ist.

²³ Langfassung der Prävalenzstudie (a.a.O.: 133).

Hilfsangebote und Interventionen

- Der Erhalt und der Ausbau von Frauenhäusern als wichtige unbürokratische Schutzangebote für gewaltbetroffene Migrantinnen und die Entwicklung von Standards, die unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Jedoch sollte dies nicht mit einer zunehmenden Bürokratisierung der Frauenhausarbeit verbunden sein, wie es aktuell geschieht, die durch einen hohen administrativen Aufwand personelle Ressourcen aus der konkreten Arbeit abzieht.
- Die Entwicklung und Finanzierung von spezifischen Hilfsangeboten mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen.
- Die strukturelle Einbindung von Migrantinnenprojekten in die Anti-Gewalt-Arbeit.
- Neben den bestehenden institutionellen Angeboten: eine stärkere Einbindung und Beteiligung von Migrant/innencommunities bei der Prävention und Intervention, bei alternativen Konzepten von Täterarbeit, die Kiez- und sozialraumorientiert sind, stärker auf soziale Kontrolle setzen und sich als zusätzliches Angebot bewährt haben, wie Erfahrungen aus anderen Einwanderungsländern zeigen.

Eine bessere Kooperation, Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Migrantinnenforschung und Gewaltforschung und zwischen Migrant/innenprojekten und Anti-Gewalt-Projekten können einseitige Problemdefinitionen verhindern, die sich auf die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten und bei der Bewältigung der erlebten Gewalt negativ auswirken können. Sie können mehr Sachlichkeit und Besonnenheit in der öffentlichen Diskussion bewirken. Die Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen kann ein guter Ansatz für einen gelungenen Brückenschlag zwischen den unterschiedlichen Perspektiven auf „Migrantinnen und häusliche Gewalt“ sein und helfen einseitige Polarisierungen zu verhindern.

Literatur

Aktaş, Gülşen (1993): „Türkische Frauen sind wie Schatten – Leben und Arbeiten im Frauenhaus“, in: Hügel, Ika/Lange, Chris/Ayim, May u.a. (Hg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung. Berlin. S. 49-60.

Anthias, Floya (2003): Erzählungen über Zugehörigkeit. In: Aitzsch, Ursula/ Jansen, Mechtild (Hg.): Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse. Münster. S.20-37.

Asbury, Jo-Ellen (1999): What Do We Know Now About Spouse Abuse and Child Sexual Abuse in Families of Color in the United States. In: Hampton, Robert L. (Ed.): Family Violence. Prevention and Treatment. California. Sage. 148-167.

Ayers Counts, D./ Brown, Judith K./ Campbell, Jacquelyn C.(Ed.)(1999): To have and to hit: Cultural Perspectives on Wife Beating. Illinois.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse. Download der Kurzfassung der Dokumentation unter:

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=20560.html>

Zugriffsdatum: 16.08.05

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Hauptstudie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Download der Langfassung der Dokumentation (S.4-366) unter: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=20560.html>

Zugriffsdatum: 16.08.05

Crenshaw, Kimberlé (1994): Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics and Violence against Women of Color. In: Albertson Fineman, Martha/ Mykitiuk, Roxanne (Ed.): The Public Nature of Private Violence. New York/London. Routledge. S.93-118.

Czyzewski, Marek/ Gülich, Elisabeth/ Hausendorf, Heiko/ Kastner, Maria (Hg.): Nationale Selbst- und Fremdbilder im Gespräch. Kommunikative Prozesse nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Systemwandel in Ostmitteleuropa. Opladen.

Dasgupta, Shamita Das (1998): Women's Realities: Defining Violence Against Women by Immigration, Race and Class. In: Kennedy, Bergen, Raquel (Ed.): Issues in Intimate Violence. Thousand Oakes/California: Sage. S.209-219.

Glammeier, Sandra / Müller, Ursula / Schrötle, Monika (2004): Unterstützungs- und Hilfebedarf aus der Sicht gewaltbetroffener Frauen. In: „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Download der Dokumentation (S.618-731)unter:

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=20560.html>

Zugriffsdatum: 16.08.05

Godenzi, Alberto (1994): Gewalt im sozialen Nahraum. Basel; Frankfurt a. M.

Gondolf, Edward (1998): Appreciating Diversity among battered Women. In: Gondolf Edward W. (Ed.): Assessing Women Battering in Mental Health Services. London: Sage. S. 113-131.

Grubič, Rada/ Lehmann, Nadja (2003): Interkulturelle Arbeit im Frauenhaus. In: Ev. Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V., Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision (EKFuL) (Hg.): Integration gestalten – Psychosoziale Beratung und Begleitung im interkulturellen Kontext: Kriterien - Konzepte - Kompetenzen. Dokumentation der Fachtagung vom 4.-6.11.2002 in Berlin-Mitte. Meckenheim. S. 54-68.

Kanuha, Valli (1996): Domestic Violence, Racism, and the Battered Women's Movement in the United States. In: Edleson, Jeffrey L. / Eisikovits, Zvi C. (Ed.): Future Interventions with Battered Women and their Families. Thousand Oaks/ London/ New Delhi. S. 34-50.

Lehmann, Nadja (2001): Migrantinnen in Misshandlungssituationen. In: Quer – denken, lesen, schreiben. Gender / Geschlechterfragen update. Hg.: Frauenrat und Frauenbeauftragte der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit/Sozialpädagogik und Pflege/Pflegemanagement. Berlin. Ausgabe 04/01. S. 10-13.

Lehmann, Nadja (2002): Projektvorstellung „Interkulturelles Frauenhaus“ In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hg.): Berliner Forum Gewaltprävention. Themenschwerpunkt: Häusliche Gewalt. Nr.1/2002. S.116-121.

Lehmann, Nadja (2004): Auf dem Weg von Ost nach West: Kontinuitäten, Relevanzen und Verbindungen von „Ethnizität“ und „Geschlecht“ am Beispiel einer rumänisch-deutschen Migrationsbiographie. In: Miethe, Ingrid / Kajatin, Claudia / Pohl, Jana (Hg.): Geschlechterkonstruktionen in Ost und West. Biographische Perspektiven. Münster. S.131-155.

Richie, Beth E. (2000): Black Feminist Reflection on the Antiviolence Movement. In: Signs 25 (4), S. 1127-1133.

Rosenthal, Gabriele (1995): Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Frankfurt a. M./New York.

Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen in Berlin (1995): Psychosoziale Versorgung ausländischer Frauen. Berlin.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin (2002): Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von Häuslicher Gewalt. (Zeitraum 2002-2006).

WHO (2005): Multi-country Study on Women's Health and Domestic Violence against Women. Initial results on prevalence, health outcomes and women's responses. Download der Langfassung unter:

http://www.who.int/gender/violence/who_multicountry_study/summary_report/en/index.html.

(Zugriffsdatum: 26.11.2005).

Irma Leisle

Anforderungen an die Interventions- und Präventionsarbeit aus der Perspektive der BIG Hotline gegen häusliche Gewalt an Frauen in Berlin

Vorweg eine kurzer Blick auf die strukturelle Einbindung der BIG Hotline. BIG e.V. (Berliner Initiative gegen Gewalt) ist der Träger sowohl der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt als auch der BIG Hotline. Während die BIG Interventionszentrale sich schwerpunktmäßig mit den strukturellen Bedingungen und deren Weiterentwicklung zum Thema häusliche Gewalt hier in Berlin beschäftigt, bietet die BIG Hotline ein konkretes Hilfe- und Unterstützungsangebot an. Mein Beitrag hier bezieht sich ausschließlich auf die Arbeit der BIG Hotline und gliedert sich in zwei zentrale Teile. Zunächst werde ich die Arbeit der BIG Hotline darstellen und anschließend der Frage nachgehen: Was ist bei Migrantinnen besonders oder anders und welche Anforderungen lassen sich daraus an die Unterstützungspraxis ableiten?

Das Angebot der BIG e.V. Hotline bei häuslicher Gewalt gegen Frauen

Die BIG Hotline ist seit ihrem Start 1999 jeden Tag in der Zeit von 9.00 bis 24.00 Uhr unter der Telefonnummer 6 110 300, per Fax unter 610 74 565 oder über E-Mail info@big-hotline.de erreichbar. Insbesondere in den Abendstunden, an Wochenend- und Feiertagen schließt sie mit ihrem Angebot eine Lücke in der Unterstützung für Frauen und deren Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Die BIG Hotline ist ein Unterstützungsangebot für alle Frauen und deren Kinder, die in ihrer Beziehung Gewalt erleben oder nach ihrer Trennung immer noch von ihrem Ex-Partner bedroht und belästigt werden oder Übergriffen ausgeliefert sind.

Darüber hinaus geben die Mitarbeiterinnen der BIG Hotline Personen, die in ihrem beruflichen oder privaten Umfeld mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind, umfangreiche und kompetente Auskünfte zu allen Fragen bei häuslicher Gewalt.

Nur auf der Basis der engen Vernetzung und Kooperation mit den fünf Frauenberatungsstellen in Berlin (Bora, Frauentreffpunkt, Tara, Frauenraum und Interkulturelle Initiative) ist die Arbeit der BIG Hotline zu leisten. Wissen und Ressourcen werden in diesem Kooperationsverbund optimal gebündelt und bestehende Angebote sinnvoll ergänzt bzw. erweitert. Die Mitarbeiterinnen dieser Einrichtungen leisten an fünf Wochentagen – via Rufumleitung – die Telefondienste der BIG Hotline von 9.00 bis 18.00 Uhr.

Im Vordergrund der Beratung bei der BIG Hotline steht der Schutz und die Stärkung der betroffenen Frauen und ihrer Kinder.

Über die telefonische Beratung (seit 1999) hinaus bietet die BIG Hotline ein Unterstützungs- und Beratungsangebot vor Ort im Rahmen einer Mobilien Intervention (seit 2001) an und realisiert seit Oktober 2005 das Konzept proaktives Arbeiten bei häuslicher Gewalt an Frauen.

Für alle drei Bereiche gilt, die jeweilige Frau mit ihrer Lebensgeschichte zu respektieren, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und bei der Beratung auf den vorhandenen Ressourcen der Frau aufzubauen.

Für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen ist es häufig wichtig zu wissen, dass sie unser Angebot anonym nutzen können. Das sehr niedrigschwellige Angebot der BIG Hotline kann unverbindlich und ohne sich persönlich zeigen zu müssen wahrgenommen werden.

Damit erreichen wir sicherlich auch viele Frauen, die sich sehr schwer tun – vor allem aus Scham – Hilfe für sich selbst in Anspruch zu nehmen.

Die Inhalte der Beratung und Unterstützung umfassen Folgendes:

- Psychosoziale Krisenintervention, wenn sich die von häuslicher Gewalt betroffene Frau in einer akuten Krise befindet.
- Klärung der aktuellen Situation, emotionale Entlastung der Anruferin sowie eine erste Orientierungshilfe.
- Entwicklung eines Sicherheitsplanes mit der betroffenen Frau für sich und ihre Kinder.
- Informationen über rechtliche und polizeiliche Möglichkeiten,
- Informationen über und Vermittlung von Schutzunterkünften,
- Informationen über weiterführende Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Was kann anders / besonders bei Migrantinnen sein?

Das bislang dargestellte Angebot gilt für alle gewaltbetroffenen Frauen, unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Wichtig ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass Migrantinnen eine sehr heterogene Gruppe bilden und die nachfolgend dargestellten Faktoren nicht bei allen Migrantinnen zu berücksichtigen sind. Bei zahlreichen Frauen mit Migrationshintergrund trifft keiner dieser Faktoren zu, bei anderen einer, bei wieder anderen mehrere gleichzeitig. Zentral ist hier, die jeweilige Frau mit ihrer persönlichen, individuellen Biographie wahrzunehmen und diese als Basis für die Beratungsarbeit zu berücksichtigen.

Faktoren, die bei Migrantinnen zusätzlich erschwerend hinzukommen können:

- nicht ausreichende, deutsche Sprachkenntnisse
- wenig Kenntnisse über rechtliche und gesetzliche Möglichkeiten bei Vorliegen von häuslicher Gewalt und damit verbunden geringe Kenntnisse über professionelle Unterstützungsmöglichkeiten
- unklarer Aufenthaltsstatus oder auch abhängiger Aufenthaltsstatus vom Gewalttäter
- bestehen der Gefahr von Zwangsverheiratung, sogenannten Morden im Namen der Ehre und / oder die Entführung von Kindern ins Ausland.

Aus diesen Faktoren ergeben sich für uns folgende **Anforderungen**:

- Sprach- und Kulturmittlung muss zur Verfügung stehen.

Um auch Migrantinnen mit dem Angebot der BIG Hotline zu erreichen, deren deutsche Sprachkenntnisse für eine Beratung nicht ausreichend sind, ist es möglich, eine Dolmetscherin zur Sprachmittlung hinzu zu ziehen. Bei der telefonischen Beratung geschieht das über eine 3-er-Telefonkonferenz-Schaltung, bei der Mobilen Intervention kommt eine Dolmetscherin mit vor Ort. Die BIG Hotline steht mit ca. 100 Dolmetscher / innen (in der Hauptsache Frauen) in Verbindung, die ca. 50 unterschiedliche Sprachen abdecken.

Im Jahr 2005 war bei der BIG Hotline in 433 Anrufen eine Sprachmittlung erforderlich. Dies entspricht einer Quote von 10% der erfassten Anrufe. Bei den mobilen Interventionen wurde in ca. 30% aller Einsätze Sprachmittlung realisiert.

Hier ein Überblick über die Verteilung der Sprachen, in die im Jahr 2005 bei den telefonischen Anrufen übersetzt wurde:

Sprache	Häufigkeit
Türkisch	147
Russisch	79
Arabisch	36
Spanisch	31
Polnisch	30
Englisch	26
Serbokroatisch	16
Französisch	7
Thai	7
Vietnamesisch	6
Portugiesisch	5
Litauisch	5
Persisch	4
Gebärdenspr.	4

Sprache	Häufigkeit
Kurdisch	4
Tamil	3
Albanisch	2
Suaheli	2
Panjabi	2
Mongolisch	1
Italienisch	1
Japanisch	1
Lettisch	1
Paschtu	1
Afrikanisch	1
Ukrainisch	1
Bulgarisch	1
unbekannt	1

Es wurden insgesamt 27 unterschiedliche Sprachen angefragt und damit zeigt sich, dass ein sehr breites Angebot an Sprachmittlungen vorgehalten werden muss.

- Unterstützungsangebote müssen bei den Migrantinnen bekannt gemacht und den Erfordernissen angepasst werden.

Um möglichst viele Personen zu erreichen, streben wir eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit an und nutzen unterschiedliche Medien und Formen. Die Basis sind unsere Faltblätter, die über das Angebot der BIG Hotline informieren. Sie liegen in sieben weiteren Sprachen (türkisch, polnisch, englisch, russisch, arabisch, spanisch und kroatisch) vor, um auch Migrantinnen besser zu erreichen. Über einzelne Medien bestimmter Communities (Hüriyet od. Deutsch-russische Zeitung) gelingt es uns, das Angebot der BIG Hotline in diese hineinzutragen und bekannt zu machen.

Wir sind auch ständig dabei, die bereits vorhandene Vernetzung mit migrantenspezifischen Einrichtungen auszubauen und zu vertiefen. Nur mit den dort, vor Ort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen gemeinsam ist es sinnvoll, weitere Strategien und Aktionen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu planen und durchzuführen.

Das Angebot der Mobilien Intervention wurde für Frauen konzipiert, die schwer traumatisiert sind, durch Einschränkungen das Haus schwer verlassen können oder durch andere Gründe gehindert sind, nach einer telefonischen Beratung selbständig weitere Schritte zu gehen. Die Mobile Intervention bietet Frauen ein persönliches Gespräch auf dem Weg der aufsuchenden Beratung an. Diese Beratung dient im Rahmen der Krisenintervention dem Abklären und Absprechen weiterer praktischer Schritte und der Unterstützung bei der Durchführung dieser Schritte (z.B.: Sachen packen und begleiten in ein Frauenhaus, notwendige Dokumente und Papiere zusammentragen für eine Gerichtsbegleitung, Begleitung zu einer Frauenberatungsstelle, in ein Krankenhaus o.ä.).

Mehr als die Hälfte (56 %) der mobilen Einsätze wurde für Migrantinnen durchgeführt. Wir schließen daraus, dass die Mobile Intervention für Migrantinnen ein besonders geeignetes Unterstützungsangebot ist. Dementsprechend ist auch die Quote an durchgeführter Sprachmittlung bei Mobilien Einsätzen mit 30 % weit höher als am Telefon. Dennoch darf daraus nicht geschlossen werden, dass alle Migrantinnen, die einen Mobilien Einsatz wollen, der Sprachmittlung bedürfen.

- Schneller Zugang zu kostenloser Rechtsberatung

Die Klärung des Aufenthaltsstatus ist für gewaltbetroffene Frauen mit Migrationshintergrund häufig von zentraler Bedeutung.

Vielfach drohen die Gewalttäter damit dafür zu sorgen, dass die Frau ausgewiesen wird und / oder dass ihr die Kinder weg genommen werden. Dies löst in vielen Fällen große Angst aus und wirkt sich als Hinderungsgrund für eine mögliche Trennung vom Gewalttäter aus. Daher erleben wir es in der Praxis als sehr wichtig, dass in den eng mit der BIG Hotline kooperierenden Frauenberatungsstellen Bora, Tara, Frauenraum, Frauentreffpunkt und Interkulturelle Initiative die Möglichkeit besteht, kurzfristig und kostenlos zu rechtlichen Fragen von Anwältinnen beraten zu werden, die in den Bereichen des Aufenthalts- und Familienrechtes spezialisiert sind. Die weitere psychosoziale Beratung hängt ganz überwiegend vom Ergebnis dieser Klärung ab.

- Notwendige Kenntnisse über spezifische Lebenssituationen von gewaltbetroffenen Migrantinnen.

Die Mitarbeiterinnen der BIG Hotline werden regelmäßig im Bereich interkulturelle Kompetenzen fortgebildet und einige Mitarbeiterinnen haben eigene Migrationserfahrungen. Diese können sie gewinnbringend für alle Mitarbeiterinnen in die konkrete Beratungsarbeit einbringen. In Fällen von drohender Zwangsverheiratung, sogenannten Morden im Namen der Ehre oder bei angedrohter Entführung von Kindern ins Ausland steht die Sicherheit der betroffenen Frau an erster Stelle. Die Mitarbeiterinnen verfügen in diesem Bereich über die notwendigen Kenntnisse und auch hier arbeiten wir eng vernetzt mit anderen, spezifischen Einrichtungen zum Wohle der gewaltbetroffenen Frauen zusammen. Trotz spezifischen Wissens ist es allerdings ebenfalls notwendig, dass es nicht zu Generalisierungen kommt und die Mitarbeiterinnen gegenüber allen Kulturen offen sind. Wie auch bei einheimischen deutschen Frauen gilt es, bei Migrantinnen ihre persönliche Biografie und aktuelle psychische Verfasstheit wahrzunehmen und in der Beratung und Unterstützung zu berücksichtigen.

Abschließend möchte ich noch einige Anforderungen formulieren, die über das bestehende Angebot hinaus reichen bzw. angemessen berücksichtigt werden sollten:

- Berlin braucht einen zentralen Sprachmittlungsdienst, der über entsprechend fortgebildete Dolmetscher / innen verfügt und kurzfristig sowie kostengünstig für alle Einrichtungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich nutzbar ist.
- Die unterschiedlichen Kulturen und Biografien von Migrantinnen müssen berücksichtigt werden. Der Fokus darf nicht allein auf Migrantinnen aus dem islamischen Kulturkreis gerichtet sein.
- Aus der Berücksichtigung der besonderen Lebenssituation von Migrantinnen ergibt sich immer wieder z.B. ein umfangreicherer Beratungsbedarf – schon alleine in den Fällen, wenn mit Übersetzung gearbeitet werden muss. Die Klärung des Aufenthaltsstatus braucht ebenfalls Zeit und das Ergebnis wirkt sich immer wieder sehr hemmend auf den weiteren Unterstützungsprozess aus, z.B. wenn der Aufenthaltsstatus der Frau vom Gewalttäter abhängt.

Die Umsetzung dieser Anforderungen setzt deren Finanzierung voraus. Der Anspruch, auch Frauen mit Migrationshintergrund fachlich kompetent und qualifiziert zu beraten, ist nicht zum Nulltarif zu leisten. Die dafür bereitzustellenden Finanzmittel mögen kurzfristig hoch erscheinen, die Folgekosten sind in der Regel jedoch weit aus höher.

Rada Grubic-Schölzel

Ausgangssituation für eine bedarfsorientierte Interventions- und Präventionsarbeit mit gewaltbetroffenen Migrantinnen

Aus der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Frauenhausbewohnerinnen Migrantinnen waren, und aus den damit verbundenen Erfahrungen in der täglichen Arbeit wurde ersichtlich, dass den Bedürfnissen der gewaltbetroffenen Migrantinnen und ihrer Kinder anders begegnet werden muss. Vor allem wurde ersichtlich, dass der Bedarf nach Einstellung der Migrantinnen als Mitarbeiterinnen mit interkulturellen Kompetenzen groß und eine Professionalisierung der Mitarbeiterinnen sowie Spezialisierung und Sensibilisierung nach innen und außen für Migrantinnenfragen ebenso wie die Organisation von Sprach- und Integrationskursen und die Schaffung von Möglichkeiten für eine längere Aufenthaltsdauer, notwendig sind. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden und ihnen politischen Nachdruck zu verleihen, haben wir das Interkulturelle Frauenhaus gegründet.

Anforderungen an die Arbeit

Migrantinnen, die sich entscheiden, Gewaltbeziehung zu verlassen, sind vor allem mit aufenthalts- und familienrechtlichen Fragen, ungeklärten finanziellen Situationen, mit dem Verlust des kompletten sozialen Netzes, wenigen Orientierungs- und Sprachkompetenzen und Bedrohungssituationen (nicht nur des Ehemannes) belastet.

Um diese Probleme und Bedürfnisse auffangen zu können, ist das Projekt aus drei miteinander eng verbundenen Teilprojekten entstanden:

- einer öffentlich zugänglichen Beratungsstelle als Anlaufstelle für betroffene Frauen, für Frauen die sich noch nicht entschieden haben, Gewaltbeziehung zu verlassen, für deren Angehörige, für Multiplikatorinnen aus anderen Einrichtungen, für nachgehende Beratung, kostenlose Rechtsberatung und Hotline Arbeit,
- einem relativ kleinen „klassischen“ Frauenhaus (niedrigschwellig, 24-Stunden Erreichbarkeit, eigenes Zimmer) ausschließlich für die vorläufige Aufnahme der Frauen und Kinder, das somit eine ruhigere Atmosphäre bei der Suche nach dem Ausweg aus der Krise sichert,
- Möglichkeit eines Umzuges in eine eigene, komplett ausgestattete Wohnung innerhalb des Projektes nach der ersten Krisenintervention (wegen Gewalterfahrungen, sexuellem Missbrauch der Frau und/oder der Kinder, Existenzängsten u.a..) und der Vorklärung der rechtlichen und sozialen Situation. Hier ist ein Aufenthalt bis zu zwei Jahren möglich und damit die Gelegenheit für die Verarbeitung der Gewalterfahrungen, Klärung der rechtlichen Fragen, pädagogische Arbeit mit Kindern, Organisation der Sprach- und Integrationskurse,

Auf die detaillierte konzeptionelle Ausrichtung würde ich hier nur auf Nachfrage näher eingehen wollen.

Aktuelle Entwicklungen als konzeptionelle Herausforderung

Ohne auf die kulturellen, sozialen, politischen oder soziologischen Hintergründe eingehen zu wollen, ist festzuhalten, dass aktuelle Diskussionen über sogenannte „Ehrenmorde“ dazu führen, dass Migrantinnen tatsächlich über die Angebotsstruktur mehr erfahren und diese auch nutzen. Ähnliche Auswirkungen hat auch die aktuelle Debatte über Zwangsverheiratung.

In unserem Projekt ist die Zahl der Frauen, insbesondere die der jungen Frauen, die die Anonymität der Großstadt und Zuflucht im Frauenhaus suchen, angestiegen, und zwar zunehmend auch durch Frauen aus anderen Bundesländern. Dies ist eine völlig neue Zielgruppe und die Bedürfnisse dieser jüngeren Frauen unterscheiden sich sehr von den Bedürfnissen anderer Bewohnerinnen (andere Beratung und Begleitung, Schwierigkeiten in Umgang mit Anonymitätsregelungen, Selbstständigkeit, Dienste).

Verbesserungen der Interventionsmöglichkeiten durch das Gewaltschutzgesetz, polizeiliche Wegweisungen, pro-aktiver Einsatz, führen andererseits dazu, dass neben der Anzahl die Bandbreite der Probleme der Frauen in der Beratung, im Frauenhaus und im Wohnprojekt viel größer geworden ist und nicht durch die soziale Arbeit aufgefangen werden kann. Nur die Professionalisierung der sozialen Arbeit ebenso wie Spezialisierung und Sensibilisierung für die Zielgruppe und die Behandlung der vielschichtigen Probleme kann dazu führen, dass unsere Arbeit einschließlich der notwendigen Vermittlung an andere Professionelle umfassend und erfolgreich gestaltet werden kann.

Neben den vielschichtigen Problemlagen gewaltbetroffener Migrantinnen kommen die eigentliche Krisenintervention, qualifizierte Beratung und Begleitung und Arbeit mit Kindern zu kurz.

Ein Problem ist die zunehmende Standardisierung der Hilfsangebote im Anti-Gewalt-Bereich. Die Entwicklung von Standards in der Qualität der Anti-Gewalt-Arbeit ist zwar ebenfalls wichtig, jedoch nicht auf Kosten einer inflationären Bürokratisierung verbunden mit immer weniger Spielräumen bei der Ausgestaltung der Arbeit. Diese Entwicklung ist keinesfalls Nutzerinnen orientiert.

Wohin diese Standardisierung und die einheitliche personelle und finanzielle Ausstattung der Zuwendungsverträge bei gleichzeitiger Erweiterung der Anforderungen führen kann, möchte ich an einigen Beispielen darstellen.

- Verpflichtung zur Aufnahme von 150 Personen im Jahr

Durch die Festlegung einer bestimmten Anzahl der aufzunehmenden Frauen und Kinder in den Zuwendungsverträgen kann hier kaum von bedarfsorientierter Arbeit mit Nutzerinnen gesprochen werden. Die Akzeptanzanalyse spricht dieses Problem explizit an.

Bei einer Kapazität von 25 Plätze und zeitweiser Vollbelegung der Frauenhäuser haben wir im Jahr 2005 218 Frauen und Kinder aus unterschiedlichsten Ländern aufgenommen / aufnehmen müssen. Davon sind 96% Migrantinnen!

Die durchschnittliche Verweildauer beträgt 40 Tage!

Wir versuchen, dem entgegenzuwirken durch den Umzug der Bewohnerinnen aus dem Frauenhaus ins Wohnprojekt, das jedoch nur über 10 Wohnungen verfügt!

- Begleitungen

Wenn man von der Situation ausgeht, dass die überwiegende Zahl der Bewohnerinnen, die zu uns kommt, über wenig oder keine deutschen Sprachkenntnisse verfügt und sich in Berlin und den Ämterstrukturen häufig nicht orientieren kann, ist die Begleitung bei Behörden- und Ämtergängen sowie Arztbesuchen zwingend notwendig.

Eine Begleitung der Bewohnerinnen ist jedoch mit der derzeitigen personellen Ausstattung des Projekts nicht leistbar.

Diesem Bedarf versuchen wir durch regelmäßige Beschaffung von ABM Stellen nachzukommen, was jedoch mit enormem bürokratischem Aufwand der Mitarbeiterinnen verbunden ist.

- Telefondienste im Frauenhaus

Ein weiteres Problem sind die Telefondienste, welche die Erreichbarkeit des Projektes gewährleisten sollen. Diese lässt die klassische Frauenhausarbeit von Bewohnerinnen durchführen.

In einem kleinen Frauenhaus mit einem großen Anteil von Migrantinnen unter den Bewohnerinnen, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, ist es sehr schwierig bis unmöglich den entsprechenden Vorgaben der Senatsverwaltung zur Erreichbarkeit nachzukommen.

Zur Zeit übernehmen Mitarbeiterinnen diese Aufgaben, wodurch wieder personelle Ressourcen abgezogen werden.

Damit einher geht das Problem, dass die Bewohnerinnen, die den Dienstleistungen sollen, selbst gerade erst angekommen, mithin selbst zu sehr in einer persönlichen Krise sind, um für andere Frauen zur Unterstützung zur Verfügung zu stehen.

Hier zeigt sich, welche Probleme sich aus einer Standardisierung ergeben, die nicht die Unterschiede unter den Nutzerinnen berücksichtigt.

Qualitätsentwicklung als besondere Herausforderung zur Gewährleistung einer auf die Bedürfnisse von Migrantinnen zugeschnittenen Interventions- und Präventionsarbeit

Um die konzeptionelle Ausrichtung des Interkulturellen Frauenhauses zu evaluieren und weiterzuentwickeln haben wir Ende 2004 beim Bundesministerium für Familien, Senioren und Jugend im Rahmen des Entimon Programms Mittel beantragt und das Projekt konnte am 01.04.05 starten. Das Projekt unter dem Titel „Qualitätsmanagement in der Arbeit mit gewaltbetroffenen Migrantinnen“ mit dem Unterprojekt „Konzept für Fortbildung der Multiplikatorinnen“ ist auf zwei Jahre angelegt und wird wissenschaftlich begleitet.

Wichtigster Bestandteil des Projekts ist die Partizipation und Einbeziehung der Zielgruppe gewaltbetroffener Migrantinnen bei der weiteren konzeptionellen Gestaltung der Arbeit des Interkulturellen Frauenhauses.

Dazu wurde eine Akzeptanzanalyse mit den Bewohnerinnen durchgeführt, bei der Stärken und Schwächen des bestehenden Projekts aus Sicht der Bewohnerinnen beschrieben wurden.

Ich möchte einige Punkte herausgreifen, die für die heutige Diskussion interessant sein könnten:

Prinzipiell hat sich die Idee der Differenzierung des Angebots innerhalb des Projekts durch die Aufteilung in Frauenhaus und Wohnprojekt bewährt. Dies trifft insbesondere auf das Wohnprojekt zu, in dem die Frauen zwar gemeinsam, aber in eigenen Wohnungen leben, in denen sie länger bleiben können und gleichzeitig von Sozialarbeiterinnen, Pädagoginnen und ABM Kräften vor Ort beraten, betreut und begleitet werden.

Aus der Akzeptanzanalyse ist eindeutig ersichtlich geworden, dass die Migrantinnen keine homogene Gruppe bilden und dass ein sehr differenziertes Angebot, an den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Nutzerinnen orientiert und organisiert werden muss.

Die Bewohnerinnen haben sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie eine für sie gute Beratung aussieht, ob sie sehr viel Unterstützung wollen oder aber viel Unabhängigkeit und wenig Beratung, stattdessen mehr andere Dienstleistungen, wie z.B. Sprachkurse, Kinderbetreuung zur Bewältigung ihrer Probleme wünschen.

Andererseits kann bei vielen gewaltbetroffenen Migrantinnen den Bedürfnissen nach intensiver Beratung, Verarbeitung der erlebten Gewalt und der emotionalen Entlastung nicht nachgekommen werden wegen der bürokratischen Anforderungen, die mit einem unsicherem Aufenthaltsstatus und dessen Folgeproblemen sowie wegen der geringen zeitlichen Ressourcen der Mitarbeiterinnen.

Hier müssen weitere konzeptionelle Überlegungen erfolgen.

Es gibt nicht „die Migrantinnen“. Genauso wenig gibt es – wegen der kulturellen, politischen und bildungspolitischen Unterschiede - Probleme, die einer durch Nationalität definierten Gruppe zu zuordnen sind.

Thema ist auch, wie Bewohnerinnen das Leben in einer Institution wie der unseren empfinden, welche Assoziationen das hervorruft (z.B. Asylbewerberheime usw.) Hier geht es auch um Frauenhäuser allgemein und die Strukturen, die sich entwickelt haben. Unserem Eindruck nach gehen die Bedürfnisse der Bewohnerinnen zu einer weniger typischen Form der Institution. Frauenhäuser sollten insgesamt ein Ort mit wenig Bürokratisierung bleiben.

In einem interkulturell ausgerichteten Frauenhaus gibt es ebenfalls Diskriminierungen und Rassismus unter den Bewohnerinnen. Unsere Mitarbeiterinnen benötigen hier grundlegende Kompetenzen und die besondere Sensibilität, die eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Strukturen von Dominanz erfordern und die ein selbstverständlicher Teil jeder Anti-Gewalt-Arbeit sind.

Das Projekt „Qualitätsmanagement in der Arbeit mit gewaltbetroffenen Migrantinnen“ und die damit verbundene inhaltliche Auseinandersetzung im eigenen Projekt dient vorrangig dazu, wirksame Qualitätskriterien zu entwickeln, das eigene Konzept zu überprüfen und diesen Prozess auch für andere nachvollziehbar zu machen.

Ausblick und Forderungen für die Arbeit

Es kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Trotz aller Individualität der einzelnen Frauen mit Migrationshintergrund ist eine Interventions- und Präventionsarbeit im interkulturellen Kontext erforderlich, die den geschilderten Problemlagen entspricht.

Ein viel zu wenig beachteter Bereich sind allgemein die Kinder aus Gewaltbeziehungen und hier insbesondere die Kinder mit Migrationshintergrund.

Wir werden darum im Rahmen des Entimon-Projekts den Unterstützungsbedarf von Kindern im Interkulturellen Frauenhaus genauer in den Blick nehmen und konzeptionell weiterentwickeln.

Schließlich möchte ich hier zwei Punkte ausdrücklich benennen, die wir in den Rahmenbedingungen benötigen, um unseren festgestellten besonderen Anforderungen nachkommen zu können:

- Größere Differenzierung bei den Auflagen durch die Senatsverwaltung und bei der Strukturierung der Angebote,
- Weniger Bürokratisierung bei gleichzeitiger Entwicklung von Standards, welche die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Bewohnerinnen berücksichtigen, z.B. durch die Anerkennung eines erhöhten Begleitungsbedarfes und größeren Personalschlüssels.

An der Situation gewaltbetroffener Migrantinnen zeigt sich, wie in anderen Bereichen, z.B. in der Bildung, dass die Versäumnisse in der Integrationspolitik sich in allen Lebenslagen auswirken. Hier sind grundsätzliche politische Entscheidungen zu treffen, ob mehr Gelder und Ressourcen für unseren Bereich zur Verfügung gestellt werden.

Jetzt schon ist klar, dass die aufgezeigten Schwierigkeiten nur durch ein koordiniertes Vorgehen und die Kooperation aller Beteiligten: der Anti-Gewaltprojekte, der Senatsverwaltungen, der Politikerinnen und Politiker und der anderen Organisationen und Institutionen angegangen werden können.

Ich würde mich freuen, wenn wir auch heute mehr von einander als über einander lernen würden.

**GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT**

Ergün Arslan, Gül Anna Minci, Klaus Eggerding

Täterarbeit mit türkischsprachigen Männern

Das Männerbüro Hannover

Das Männerbüro Hannover ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, gegründet 1996. Inzwischen sind 5 Mitarbeiter mit unterschiedlicher Stundenzahl beschäftigt, zusätzlich 5 Honorarmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Finanziert wird die Arbeit durch Beihilfen der Landeshauptstadt Hannover, der Region Hannover, Spenden, Bußgelder; Honorareinnahmen und einzelne Projektförderungen von Stiftungen und Sponsoren (Klosterkammer, Toto-Lotto-Stiftung). Die **Arbeitsbereiche** sind:

Lebensberatung (für Männer, männliche Jugendliche und Paare)

Täterarbeit

- Häusliche Gewalt / Täterarbeit im Rahmen von HAIP - Gewalt gegen die (Ex-)Partnerin, Gewalt gegen Kinder. Soziale Trainingsprogramme
- Täteransprache Häusliche Gewalt (NEU)
- Täterarbeit sexuelle Gewalt (sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder)
- Täterarbeit allgemeine Gewalt

Opferarbeit

- Beratungsstelle *Anstoß* (Beratung von sexuell missbrauchten Jungen und männlichen Jugendlichen, Beratung von Eltern und Bezugspersonen, Beratung von Fachkräften und Institutionen, Präventionsprojekte und Öffentlichkeitsarbeit, Selbsthilfegruppen)
- Beratung sexuell traumatisierter Männer (ausschließlich durch Spenden finanziert)
- Beratung und Unterstützung von männlichen Opfern Häuslicher Gewalt (geplant)

Vorträge, Seminare, Weiterbildung

- zu den Themen geschlechtsrollenspezifisches Verhalten, Sozialisation und Identitätsbildung von Jungen, männlichen Jugendlichen und Männern, Täterarbeit Häusliche Gewalt, Sexualisierte Gewalt gegen Jungen und männliche Jugendliche, Inzestuöse (Familien)Systeme.

Einer der Arbeitsschwerpunkte ist die Prävention von Gewalt, speziell die Arbeit mit Männern und männlichen Jugendlichen, die gewalttätig sind (sowohl im häuslichen Bereich als auch außerhalb). Das "soziale Trainingsprogramm für gewalttätige Männer" wurde 1994 im Auftrag der Stadt Hannover entwickelt und wird im Männerbüro Hannover e.V. durchgeführt.

Detaillierte Informationen unter www.maennerbuero-hannover.de

Hannoversches Interventionsprogramm gegen Männergewalt in der Familie (HAIP)

Die offizielle Umsetzung des HAIP - Programms fand nach einer entsprechenden Polizeiverfügung im Jahr 1997 statt. Seit dem arbeiten Vertreter und Vertreterinnen von Behörden aus den Bereichen „Justiz“, „Polizei“, und „Soziales“ sowie von freien Trägern institutionsübergreifend zusammen. Das Männerbüro ist mit seiner Täterarbeit in HAIP eingebunden, der Geschäftsführer des Männerbüro war an der Entwicklung von HAIP beteiligt und lange Jahre in der Koordination beschäftigt.

Zugang der Teilnehmer

Den Zugang zu uns finden die Männer / Täter über verschiedene Institutionen und Behörden. Diese sind:

Polizei, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht, HAIP – Bausteine, Interventionsstellen, Jugendamt, andere kommunale Institutionen, andere Beratungsstellen, Selbstmelder, Partnerin.

Evaluation und Statistik der Täterarbeit HG im Männerbüro

Die Evaluation der Täterarbeit wurde durch die Universität Osnabrück im Rahmen der „wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte“ (WIBIG) in den Jahren 2001 bis 2003 durchgeführt. Nach eigenen statistischen Erhebungen zwischen 1997 – 2005 haben folgende Kontakte und Beratungen stattgefunden:

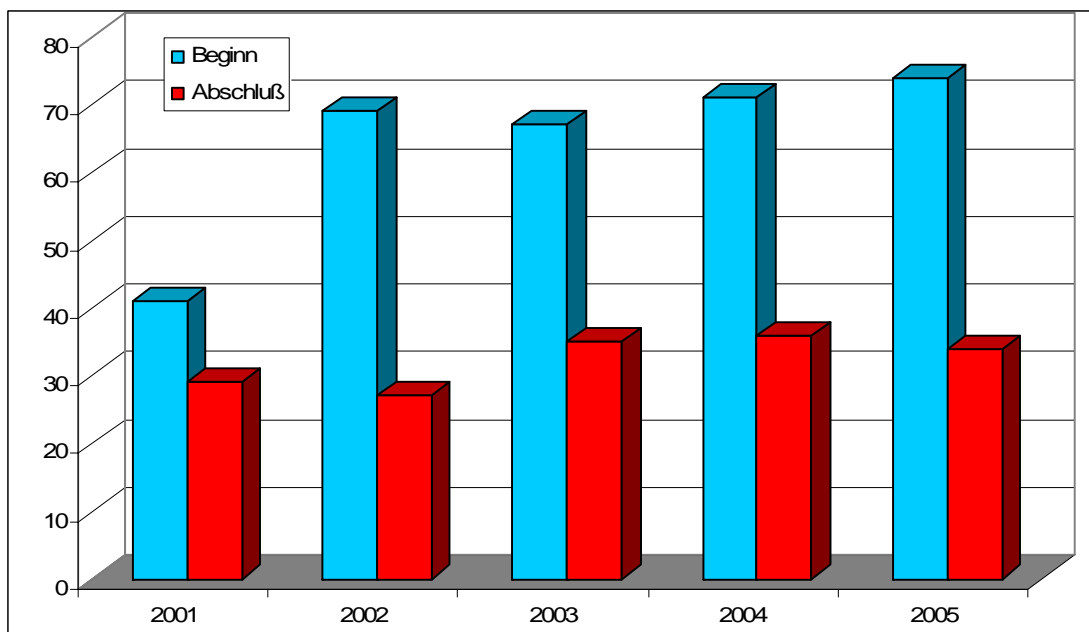
Täterarbeit Häusliche Gewalt

Überblick (1997 - 2005)

Erstkontakte Täterarbeit HAIP	
Kontakte (telef./pers.)	1175
Soziales Trainingsprogramm (Gruppe und Einzel)	
Beginner	494
Abschluß	269
Partnerinnenkontakte	
telefonische Kontakte mit Partnerinnen	501
Einzelberatung Partnerinnen	489
Paarberatung (1-10 Sitzungen)	365
Erstkontakte Täterarbeit HAIP	

Die Teilnahme der Klienten in den Gruppen- und Einzelprogrammen lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Diagramm: Klienten in Gruppen- und Einzelprogramm



Die Zusammensetzung nach **Nationalitäten** der Täter, die bis 2004 an dem Sozialen Trainingsprogramm teilgenommen haben, ergab folgendes Ergebnis:

74 % der Männer waren deutscher Herkunft,
11 % der Männer waren türkischer Herkunft
15 % der Männer waren anderer Herkunft (russisch, ehem. jugoslawisch, albanisch, spanisch, griechisch, persisch, etc.)

Entwicklung türkischsprachiger Gruppen

Die Entwicklung türkischsprachiger Gruppen fand in drei Phasen statt. Durch die Auswertung unserer Erfahrungen haben wir unser Konzept und unsere Methoden kontinuierlich weiter entwickelt und an den Bedarf und die aktuellen Bedingungen angepasst. Die genannten drei Phasen können wie folgt beschrieben werden:

1. Phase von Mitte 2000 – Ende 2003

In diesem Zeitraum fanden insgesamt 3 geschlossene Gruppen unter Leitung von Herrn Arslan in türkischer Sprache statt.

2. Phase in 2004

In dieser Phase wurden weitere 2 geschlossene Gruppen in türkischer Sprache unter Anleitung von Herrn Arslan und Frau Minci durchgeführt.

3. Phase ab Aug. 2004

Seitdem wird eine halboffene, fortlaufende Gruppe, unter unserer Leitung durchgeführt, an dem Täter in regelmäßigen Abständen als Quereinsteiger hinzukommen können.

Bisherige Erfahrungen in der Arbeit mit Migranten

In der Anfangsphase der Täterarbeit HG im Männerbüro bis ca. 2000 gab es kein spezielles Angebot für Migranten. Diese wurden, soweit eine sprachliche Verständigung möglich war, in die bestehenden deutschsprachigen Gruppen integriert. Sehr schnell bestätigte sich, dass mit Migranten zusätzliche Themen, Glaubens- und Verhaltensmuster bearbeitet werden müssen, womit die bisherigen Konzepte sowie die Gruppenleiter/innen überfordert waren.

So stellten wir - insbesondere nach den Erfahrungen mit türkischsprachigen Tätern - fest, dass diese Arbeit von besonderen Problemen betroffen war, für die es galt, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Neben Kommunikationsschwierigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen wurde uns zunehmend klar, dass die Männer spezielle Themen mit sich brachten, die in unserem bisherigen Programm nicht ausreichend berücksichtigt waren.

Ebene der Kommunikationsschwierigkeiten

Sprachliche Ebene

- Viele Männer konnten wegen nicht ausreichender Deutschkenntnisse in die deutschsprachigen Gruppen aufgenommen werden. Meistens fehlten ihnen auch finanzielle Mittel, um Einzelberatungsangebote in türkisch wahrzunehmen.
- Diejenigen, die trotz geringer Sprachkenntnis an einer Gruppe teilnahmen, hatten große Schwierigkeiten sich in den Gruppenprozess einzubringen. Dies führte zu Störungen, Verunsicherungen und Missverständnissen zwischen den Teilnehmern und den Kursleiter/innen. Beispiel: Duzen und Siezen.

Kulturelle Ebene

Die Männer haben unterschiedliche Kommunikations- und Beziehungsmuster. Z.B. Probleme werden nicht direkt angesprochen oder sie werden verallgemeinert und nicht „ich“ bin verantwortlich, sondern „wir“. Die Interessen der Familie werden vor den Interessen des Individuums gestellt.

Interpersonelle Ebene

Männer verhalten sich Kursleitern mit anderem kulturellen Hintergrund weniger aufgeschlossen.

Aufgrund dieser Erfahrungen wurde ein neues Programm entwickelt, in dem die o.g. speziellen Probleme und Themen zusätzlich Berücksichtigung finden.

Konzept der fortlaufenden Gruppe

Grundsätzlich wird der Standard der Täterarbeit HG im Männerbüro Hannover übernommen bzgl. Erstberatung, Gruppenleitung, Gruppendauer und Frequenz, Inhalte und Themen: 26 Termine a 2 Stunden pro Woche. Auch hier wird die Gruppe von einem Mitarbeiter und einer Mitarbeiterin geleitet, allerdings muttersprachlich (türkisch). Einstieg für neue Teilnehmer ist alle 4 Wochen möglich. Die Gruppengröße beträgt 7-10 Teilnehmer.

Je nach Bedarf werden auch hier unterstützende Maßnahmen eingeleitet, die sich aber in Umfang und Häufigkeit von denen der Standardgruppen unterscheiden. Erfahrungen, Inhalte und Themen werden kontinuierlich im Team reflektiert und dem Prozess angepasst.

Spezielle Themen in der Arbeit mit türkischen Männern

Die speziellen Themen fassen wir unter drei großen Gruppen zusammen:

- Migrationspezifische Themen
 - Arangierte „Import“ Ehen
 - Aufenthaltsrechtliche Abhängigkeiten
 - Finanzielle Abhängigkeit des Mannes
 - Flucht
 - Kompetenz- und Machtverlust des Mannes durch Migration
 - Diskriminierung / Rassismus
 - Vergleiche der Gesetze: Herkunfts- und Aufnahmeland

- Religionsspezifische Themen
 - Ehe und Familie im Islam:** Auseinandersetzung mit dem im Koran und Überlieferungen dargestellten Ansichten zu den Aufgaben und Pflichten der Eheleute, z.B. wer erzieht die Kinder?, Wer ist das Familienoberhaupt? Welche Rolle spielen die Schwiegereltern?
 - Die Rolle der Frau im Islam:** Sexualität im Islam? Was bedeutet Gehorsam gegenüber dem Ehemann und den Schwiegereltern? Mutterrolle?
 - Kritische Auseinandersetzung mit religiösen Ansichten und Einstellungen**

- Gesellschaftliche Themen
 - Zwangsehen
 - Interessen der Familie stehen vor persönlichen Interessen
 - Patriarchale Machtverhältnisse
 - Männlichkeitsideale
 - Jungfräulichkeit
 - Ehrverletzungen (Ehre, Würde, Stolz)
 - Eheschließungen unter Verwandten
 - Eheschließungen nach religiöser Rechtsprechung
 - Die Rolle von Polizei/Justiz/Jugendamt

Unterstützende Maßnahmen

- Ausführlicher Kontakt zu der Partnerin durch türkischsprachige Erstberatung.
- Einzelgespräche mit der Partnerin, falls Bedarf und der Wunsch von seitens der Partnerin besteht
- ggf. regelmäßiger Kontakt zur Partnerin insbesondere bei akuter Gefährdungssituation
- ggf. Begleitung der Partnerin zu speziellen Hilfseinrichtungen wie Beratungsstellen, Amtsgericht usw.
- Angebot von Paarberatungen, bei Bedarf mit der Bestärkungsstelle.

Erfahrungen mit dem neuen Konzept

Unsere bisherigen Erfahrungen mit den muttersprachlichen Gruppen sind positiv:

- Keine Missverständnisse auf sprachlicher Ebene
- Keine langen Wartezeiten für die Männer
- Hohe Zufriedenheit wegen muttersprachlicher Kommunikation
- Erweiterung der vorhandenen Kompetenzen

Abschließende Bemerkungen

Anforderungen an die Interventionsprojekte

Die Erfahrungen in der Täterarbeit HG mit Männern mit Migrationshintergrund zeigt uns, wie wichtig es ist, auf die Besonderheiten und den speziellen Bedarf entsprechend zu reagieren und einzugehen. Vor diesem Hintergrund stellen sich aus unserer Sicht folgende Anforderungen an die Interventionsprojekte:

- Bilinguales Personal
- Interkulturelles Team
- Gemischtgeschlechtliche Gruppenleitung
- Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter/nnen (kontinuierlich)
- Muttersprachliche Angebote und Veröffentlichungen.

Podiumsdiskussion

Eren Ünsal

Nun werden wir - wie es der Natur von Podiumsdiskussionen entspricht - ein wenig politischer. Wir haben uns das Thema: „Politische Handlungsperspektiven für einen wirksamen Opferschutz und eine nachhaltige Täterarbeit“ vorgenommen. Auch hierfür haben wir Gäste eingeladen, um gemeinsam eine politische Handlungsstrategie zu entwickeln, bzw. einen Blick auf folgende Fragen zu werfen: Wie ist der Status quo, wo stehen wir jetzt ? Welche Probleme gibt es ? Wo sind Anknüpfungspunkte und was können wir verbessern?

Ich möchte jetzt meine Gäste nacheinander aufs Podium bitten. Erlauben Sie mir, mit dem einzigen Mann in dieser Runde zu beginnen, mit Herrn Günter Piening, Beauftragter für Migration und Integration des Senats von Berlin. Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind. Guten Tag, Herr Piening. Dann darf ich weitermachen mit Azize Tank. Sie ist Migrations- und Integrationsbeauftragte des Bezirks Charlottenburg - Wilmersdorf und außerdem Mitbegründerin des türkischen Frauenvereins in Berlin, der 1975 gegründet wurde. Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind. Dann darf ich meine Kollegin Izabela Ebertowska hier auf dem Podium begrüßen. Schön, dass Sie hier sind. Sie ist Vorsitzende des Polnischen Sozialrates und Mitglied des Migrationsrates in Berlin-Brandenburg. Das ist der relativ neu gegründete Dachverband in Berlin für Migranten- und Migrantinnenorganisationen in Berlin und Brandenburg. Und natürlich, last but not least, ganz wichtig für uns als Ansprechpartnerin, Susanne Ahlers, Staatssekretärin für Arbeit und Frauen, bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.

Nun will ich auch gar nicht lange zögern und sofort mit Ihnen, Frau Ahlers beginnen. Ich möchte Sie zum Einstieg um eine allgemeine Einschätzung der Präventions- und Interventionsarbeit hier in unserer Stadt bitten. Was gibt es, insbesondere auch von der Senatsverwaltungsseite, dazu zu berichten?

Susanne Ahlers

Ich gehe davon aus, dass Sie heute morgen schon sehr viel gehört und erfahren haben. Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, werde ich versuchen, nur einen ganz groben Überblick zu geben und hoffe, dass Sie nachfragen. Das ist dann natürlich längst nicht alles, was wir machen und was wir anbieten. Also, wir haben in Berlin ein breites Angebotspektrum für Migrantinnen, zu dem neben der Interkulturellen Fraueninitiative und der BIG-Hotline auch 18 Migrantinnenprojekte in der Stadt gehören, die zwar nicht ausschließlich zu Gewalt beraten, aber z.T. da auch über eigene Kompetenzen verfügen, wie z.B. der türkische Frauenverein. Sie sind eng mit den Antigewaltprojekten vernetzt und können den ratsuchenden Frauen in jedem Fall weiterhelfen, indem sie an entsprechende Einrichtungen verweisen.

Ich bin überzeugt, dass wir auch mit dem „Runden Tisch zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt“ und mit unserem Aktionsplan, den wir jetzt noch mal bis zum Jahr 2008 verlängert haben, eine gute Basis und Struktur geschaffen haben. D.h. aber natürlich nicht, dass wir schon genug tun und dass das damit alles erledigt ist. Wir haben in diesem Aktionsplan zwei Schwerpunkte gesetzt, die wunderbar zu dieser Tagung passen. Das ist zum einen die Täterarbeit und zum anderen die Bekämpfung der von Gewalt betroffenen Migrantinnen. Das soll Schwerpunkt unserer Antigewaltarbeit am Runden Tisch in den nächsten zwei Jahren unseres Aktionsplans sein.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Frau Tank. Sie sind ja schon, wenn ich das mal salopp formulieren darf, länger im Geschäft, insbesondere was die Migrantinnenorganisationen, deren Netzwerke und Strukturen betrifft. Hier möchte ich direkt einsteigen. Wir haben heute Mittag sehr viel über bedarfsgerechte Angebote gesprochen, aber wissen wir eigentlich, was die Migrantinnen wollen, wissen wir überhaupt, wie ein wirksamer Opferschutz aussehen kann? Was sind Ihre Erfahrungen?

Azize Tank

Selbstverständlich wissen Migrantinnen, was sie wollen. Das zeigt sich nicht erst jetzt, sondern seit 1975 als sie einen eigenen Verein gegründet haben. Sie möchten, dass man nicht nur über sie redet, sondern sie wollen mitreden und ich denke dieser Wunsch ist heute noch stärker als gestern. Wir reden meistens über die Migrantinnen, wenn es um Frauenproblematiken geht, aber mit ihnen selbst zu wenig, es heißt dann, wir haben nicht entsprechende Multiplikatoren. Wenn ich mich aber so umgucke in meinem Arbeitsbereich, dann sehe ich die verschiedenen Frauen aus verschiedenen Herkunftsländern und sehe, dass sie eigentlich Multiplikatoren sind, auch über sehr gute Qualifikationen und noch dazu interkulturelle Kompetenzen verfügen, aber von der Mehrheit der Gesellschaft nicht entsprechend wahrgenommen werden. Diese interkulturelle Kompetenz muss wahrgenommen werden. Damit hat das Interkulturelle Frauenhaus angefangen und man kann diese Beispiele auch noch erweitern.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Die Kompetenzen der Frauen, der Migrantinnen wahrzunehmen ist das Stichwort. Frau Ebertowska, ich habe vorhin erfahren, dass der Polnische Sozialrat ein Frauenhaus mit dem Namen Ona gegründet hat. Ich will auf diese beiden Punkte näher eingehen: Zum einen möchte ich ein wenig mehr erfahren über das Frauenhaus, und zum anderen möchte ich Ihre Einschätzung zum Stichwort Kompetenzen der Frauen hören. Wie können wir die Kompetenzen der Frauen wahrnehmen und nutzen, um sinnvolle Strategien zu entwickeln?

Izabela Ebertowska

Ganz wichtig. Das ist in unserer Arbeit sehr wichtig und da verlassen wir uns vor allem auf die Vorrednerinnen von heute Vormittag. Es gibt so viele Expertinnen, da brauchen wir keine bei uns in den Communities zu suchen. Es gibt Leute, die sich hauptamtlich damit beschäftigen. Diese Frauen brauchen wir und die Kompetenzen müssen wir nutzen. Da schicken wir die Frauen hin. Der Polnische Sozialrat hat das Frauenhaus „Ona“, 1999 zusammen mit der damaligen Senatsverwaltung gegründet, im Rahmen eines Projektes, das der Polnische Sozialrat durchgeführt hat, das hieß „Zapo“, – Zentrale Anlaufstelle für Pendlerinnen und Pendler aus Mittel- und Osteuropa –. Da haben wir den Bedarf gesehen und zum ersten Mal erkannt, wie wichtig es ist, so ein Haus zu gründen; dass es immer noch existiert ist wahrscheinlich ein kleines Wunder. Wir haben damit nicht mehr soviel zu tun, außer, dass wir die Frauen, die bei uns Rat suchen, dorthin vermitteln.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Darauf werden wir sicherlich auch noch näher eingehen ebenso wie auf die Rolle der Verbände. Herr Piening, ich hoffe, dass ich das so salopp sagen darf, und sie mir deshalb nicht böse sind, aber fühlen Sie sich eigentlich fehl am Platz hier in der Runde als einziger Mann?

Günter Piening

Weder als Mann noch als Integrationspolitiker fühle ich mich hier falsch. Erstens ist Täterarbeit ohne die Männer nun mal nicht zu machen. Vor allem aber bin ich der festen Überzeugung, dass wir – und damit meine ich die Integrationspolitiker wie auch die Frauenpolitikerinnen und -politiker –, nur weiterkommen, wenn wir eine Art strategisches Bündnis schließen. D.h., wenn Integrationspolitik, Gleichstellungspolitik und Politik des Schutzes von Frauen gemeinsam überlegen: Was sind die Erkenntnisse, die Ausgangsbedingungen sowie die Anforderungen und Möglichkeiten der jeweiligen Arbeitsbereiche. Wir erleben z.Z. auch in der integrationspolitischen Debatte, dass sehr viele Vorschläge unterbreitet werden, was gegen Gewalt gegen Frauen getan werden kann. Das ist gut so, aber nicht alles ist geeignet, diesen Schulterchluss herzustellen und wirklich voranzukommen. Wenn ich von „strategischem Bündnis“ spreche, meine ich, dass man offen ist, wahrzunehmen wie die Gesprächsbereitschaft und die Befindlichkeit auf der jeweiligen Seite ist. Ich erlebe z.Z. mit einer gewissen Sorge, dass die Debatte um bestimmte Themen in den Communities wieder schwieriger wird, weil dort der Eindruck entsteht, hier gehe es gar nicht um den Schutz von Frauen, sondern hier werde dieses Thema in einer bestimmten Art besetzt, um Einwanderung und Einwanderer zu verteufeln. Manchmal liegt dieser Verdacht auch wirklich nahe. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Die Berliner Gesetzesinitiative zum Schutz vor Zwangsverheiratung enthält die Forderung, dass Frauen, die von Zwangsehe betroffen sind und ins Ausland verbracht werden, ein Rückkehrrecht bekommen. Jeder, der in der praktischen Arbeit tätig ist, weiß, wie wichtig das ist. Aber genau dieser Passus wird bisher von großen Teilen der Konservativen abgelehnt. Stattdessen soll das Familiennachzugsalter auf 21 Jahre erhöht werden. Ein anderes Beispiel: die Integrationsbeauftragten fordern seit langem, dass in den Orientierungskursen und in den Integrationskursen für Neuzuwanderer mehr Platz für das Thema Gleichstellung der Frauen und Frauenrechte eingeräumt wird. Die dazu nötige Erhöhung der Stundenzahl wird aber vom Bund bisher abgelehnt. Stattdessen wird jetzt vorgeschlagen: Frauen, die neu kommen, sollen schon im Ausland Deutsch lernen. Mein Eindruck ist also, und darüber würde ich heute gerne ausführlicher diskutieren, dass teilweise das Themenfeld Gewalt gegen Frauen integrationspolitisch besetzt wird, um etwas ganz anderes durchzusetzen: Eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts.

Besonders deutlich wird das in einer Regelung, die in der geplanten Überarbeitung des Aufenthaltsgesetzes vorgesehen ist: Künftig soll der Familiennachzug so geregelt sein, dass die Person, die als Familienangehörige nachzieht, nicht mehr die Niederlassungserlaubnis bekommen kann, wenn nicht gleichzeitig der, zu dem sie hinzieht, die Niederlassungserlaubnis hat. Ein ganz einfaches Beispiel: Eine Frau zieht zu einem Mann, der eine Aufenthaltserlaubnis hat; wird dieser straffällig, kann er keine Niederlassungserlaubnis bekommen. Das hat zur Folge, dass diese Frau ihr ganzes Leben lang keinen verfestigten Aufenthaltstatus erreichen kann. Wie passt dieses mit der immer wieder behaupteten Stärkung von Frauen zusammen?

Meine Bitte wäre darum, sehr genau hinzuhören und auch die Sorgen der Migrantinnenorganisationen ernst zu nehmen. Die Bereitschaft, hier gemeinsam mit den Frauenstrukturen wirklich zu Verbesserungen zu kommen, ist vorhanden, und dieses ist eine sehr große Chance für beide Seiten.

Eren Ünsal

Vielen Dank (Applaus). Ich denke, das waren wirklich eine Reihe von wichtigen Stichpunkten und Hinweisen, auf die ich auch gerne eingehen möchte, insbesondere auch noch mal auf das strategische Bündnis.

Aber zunächst zur Schiefelage in der Debatte. Ich möchte meine Fragen an Frau Ebertowska und Frau Tank richten: ich beobachte ebenfalls in den vergangenen Monaten, sogar Jahren, eine Wende und die zunehmende integrationspolitische Besetzung vieler Themen, über die wir auch sprechen sollten. Wie ist das, können Sie das aus Ihrer Sicht bestätigen und wie offen sind die Communities bzw. wie offen sind die Verbände für diesen Dialog und für dieses strategische Bündnis?

Izabela Ebertowska

Ich wäre hier fehl am Platz, wenn ich jetzt sagen würde: sie sind überhaupt nicht offen, sie schmoren in ihrem eigenen Saft. Wir öffnen uns immer mehr, wir sind immer mehr an strategischen Partnerschaften interessiert und nicht nur interessiert, sondern vor allem mit dabei. Die einzige Schwierigkeit, die sich aus diesen Vorstandsarbeiten ergibt ist, dass wir ehrenamtlich arbeiten und aus zeitlichen Gründen nicht an jeder Gruppensitzung, an jeder strategischen Partnerschaft teilnehmen können. Die Vereine haben immer weniger Geld und immer weniger Personal zur Verfügung so dass wir uns in der Beziehung fachlich nicht fortbilden können. Es ist sehr schwierig zur Zeit, nicht nur bei den kleinen Verbänden, sondern bei den Dachverbänden wahrscheinlich noch schwieriger, weil dort so viele unterschiedliche Themenfelder behandelt werden müssen. Wir haben mindestens einmal im Monat ein wichtiges Thema, um das wir uns kümmern müssen und ein Dachverband, der sich einmal in der Woche trifft, kann nicht jedes wichtige Thema fachlich so bearbeiten wie es andere Gremien tun würden.

Eren Ünsal

Ich will noch mal bei meinen anderen Gesprächspartnerinnen und -partnern nachfragen. Wir haben heute diverse Male von der Bedeutung gehört, die Migrant*innenverbände und Migrant*innenprojekte in einem strategischen Bündnis haben könnten. Herr Freise hat es auch heute Vormittag für die Senatsverwaltung für Inneres gesagt. Die Frage ist, was tun wir eigentlich dafür bzw. was tut die Senatsverwaltung dafür, auch Organisationen in ein solches Bündnis mit einzubeziehen?

Susanne Ahlers

Wir haben bereits im Jahr 2005 ein interdisziplinäres Gremium zu dem Thema, das uns heute hier beschäftigt, mit genau diesem Ziel beschlossen und eingerichtet. Sowohl der Migrationsbeirat als auch der Integrationsbeauftragte arbeiten dort mit und eine der zentralen Vorstellungen in diesem Gremium ist es, genaue Strategien zu entwickeln, wie wir mit den Communities nicht nur ins Gespräch kommen, sondern wie wir mit ihnen gemeinsam die Gewalt an Frauen, an Migrant*innen bekämpfen können. Ich denke, dass wir da noch eine Menge tun müssen, dass wir zwar ausreichend sensibilisiert sind, gebe aber Herrn Piening Recht, dass wir außerordentlich aufpassen müssen, damit die Debatte nicht eine falsche Richtung nimmt. Ich sage es mal verkürzt und vereinfacht: alle Türk*innen werden verprügelt und misshandelt. Das ist dann ein Grund mehr für die Mehrheitsgesellschaft der Deutschen, die Migrant*innen und Migrant*innen pauschal abzulehnen. Hier liegt eine Gefahr, die ich auch sehe. Sie ist vergleichbar mit dem Beginn der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Gewalt gegen Frauen; da waren in erster Linie die deutschen Frauen im Blick.

Ich spreche von der Zeit vor über 30 Jahren als auch versucht wurde, zu sagen, es sei z.B. ein soziales Problem und betreffe nur bestimmte Schichten. Aus meiner Sicht können wir da nur gegensteuern, indem wir tatsächlich gemeinsame Aktionen machen mit dem Gleichstellungs-, dem Antigewalt - bzw. Frauenbereich und den Migrant*innen, den Communities, der Integrationspolitik. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir das Thema nicht deswegen tabuisieren.

Das Thema Gewalt gegen Migrant*innen ist eine Gratwanderung und wir müssen z.B. auch noch mal in andere Länder gucken, in andere Staaten: was die machen, wie sie damit umgehen?

Wir hatten vor zwei Jahren auch Vertreterinnen aus London zu einer Veranstaltung in Berlin eingeladen, die sehr anschaulich berichtet haben, wie sie arabisch - englische Tagungen zum Thema Antigewaltarbeit organisiert und durchgeführt haben. Eine türkisch - deutsche Tagung schwebt mir zumindest auch für Berlin vor. Ich will keine Migrantinnengruppe unterdrücken oder diskriminieren, in Berlin ist die türkische Bevölkerung noch immer die größte Gruppe. Gemeinsam zu analysieren, wie das Gewaltproblem in der Türkei aussieht, wie damit auch umgegangen wird, das finde ich spannend. Ich hatte jetzt die Chance, mich mit Spanierinnen zu treffen und es war interessant zu erfahren, was die machen. Was gibt es in Spanien für Strategien, mit diesem Thema umzugehen? Da können wir auch immer wieder voneinander lernen, das ist ganz klar. Andere Möglichkeiten sind auch gemeinsame Infoveranstaltungen, um die unterschiedlichen Sichtweisen zu vermitteln. Aber ich denke, wir müssen das Thema, gemeinsam bearbeiten, und dürfen auch nicht verkennen, dass natürlich Widerstände da sind bzw. da sein werden. Es ist ja kein Thema, was bei uns, jetzt unter Deutschen, gelöst wäre, das ist ja Illusion. Deutsche Frauen werden auch misshandelt und verprügelt. Das darf dabei nicht aus dem Blick geraten. Das finde ich jedenfalls außerordentlich wichtig.

Eren Ünsal

Ich finde es ganz toll, dass wir jetzt schon mal konkrete Vorschläge haben für die weitere Diskussion, ich will aber zunächst noch mal auf das Stichwort eingehen „Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft“, d.h. nicht diskriminieren auf der einen Seite, aber auch nicht tabuisieren. Hierzu gibt es Widerstände sowohl in den Mehrheits - als auch Minderheitengruppen. Frau Tank, was sind Ihre Beobachtungen, was diese Widerstände betrifft? Frau Ebertowska sagt als die Repräsentantin einer großen Migrantorganisation: Die Verbände sind offen. Sie sagt, wir sind dabei, wir nehmen unsere Verantwortung wahr und wir möchten gerne mitmachen, aber es sind den Möglichkeiten eben auch Grenzen gesetzt. Lasten wir den Communities zu viel oder zu wenig auf?

Azize Tank

Ich denke, auf der kommunalen Ebene, wenn ich jetzt Charlottenburg - Wilmersdorf mit Neukölln oder Mitte vergleiche, haben wir sehr wenige Migrantorganisationen, das ist ein Fakt. Daher ist das Verhalten der Politikerinnen und Politiker auf der kommunalen Ebene sehr wichtig – inwieweit sie auf diskriminierende Art und Weise das Thema in eine Diskussion einbringen oder ein politisches Signal dafür setzen. Bei uns im Bezirk jedenfalls sagen wir: Gewalt hat keine Nationalität. Es ist egal, woher der Mann oder die Frau kommt. Die Männer üben ihre Gewalt gegenüber den Frauen in der gleichen Art und Weise aus und sehr viele Frauen nehmen sie in der gleichen Art und Weise hin. Einmal schämen sie sich darüber zu reden, sie gehen davon aus: es ist meine Schuld, er hat sich entschuldigt, er wird sich bessern – also es sind fast die gleichen Tendenzen und Argumente. Daher sage ich: Gewalt hat keine Nationalität.

Jedes Jahr versuchen wir im Bezirksamt Charlottenburg - Wilmersdorf am 25. November politische Signale zu setzen.

Ich glaube, wir haben vor drei Jahren mit dieser Aktion angefangen: Sowohl die Bezirksbürgermeisterin, aber auch andere Stadträte verkaufen an diesem Tag Brötchen bei den Bäckereien in Tüten, die die Aufschrift „Schau hin, Gewalt kommt nicht in die Tüte“, tragen. Sie versuchen dieses Thema, auch für die Migrantinnen und Migranten, zu öffnen, sie wollen Aufmerksamkeit dafür wecken, dass das nicht nur national bezogene Gewalt ist, sondern eine allgemein vorhandene. Es sollen auch Informationen verbreitet werden: wohin kann ich mich wenden, welche Stellen halten Informationen für mich bereit, wo kriege ich Unterstützung, wo sind die Frauenhäuser, BIG Hotline etc.... Sehr oft rufen die Frauen auch an: „Ich habe davon gehört, können Sie mir mal die Telefonnummer geben?“

Daher finde ich bei solchen Aktionen auch sehr wichtig, dass sie nicht nur von den Migrantenorganisationen kommen, sondern von den Stellen, die die politische Macht haben und sich dann auch neutral dazu äußern.

Eren Ünsal

Meine nächste Frage geht an Herrn Piening, genauso wie auch an Frau Ahlers. Noch mal zu den konkreten Herausforderungen für ein solches strategisches Bündnis, vielleicht auch als ein Berliner Bündnis. An dieser Stelle fehlt uns Frau Akgün als unsere Ansprechpartnerin auf Bundesebene. Sie ist leider kurzfristig erkrankt und konnte deswegen nicht teilnehmen. Das hindert uns aber nicht daran, zu überlegen: wo könnte Berlin, auch mit einem solchen strategischen Bündnis, Vorreiter sein bzw. auf welcher Ebene müssen wir uns auch die Bundespolitik noch mal genauer anschauen und vorantreiben?

Günter Piening

Berlin muss kein Vorreiter werden – Berlin ist Vorreiter. Wenn ich von einem strategischen Bündnis geredet habe, heißt das nicht, dass wir jetzt beim Punkt Null beginnen müssen. In den letzten Jahren wurde sehr viel angeschoben. BIG hat sich interkulturell geöffnet, die Verbindungen zu den Migrantenorganisationen haben sich erheblich verbessert. Die Migrantencommunities muss man nicht zu dem Thema treiben, sie sind längst dabei. Es sind auch viele praktische Kooperationen entstanden. Dieses ist wichtig, um konkreten Schutz zu organisieren. Das Thema ist in den öffentlichen Fokus gerückt. Ich war immer gegen irgendeine Form von Tabuisierung, von der ich übrigens nicht weiß, ob sie jemals stattgefunden hat. Ich finde die Debatte, die wir auch gerade in den letzten zwei Jahren in Berlin gehabt haben, über das, was in den Kiezen los ist, richtig und wichtig. In der Regel sind die Migrantenorganisationen auch auf gleicher Augenhöhe einbezogen, und das ist wichtig. Allerdings ist Berlin keine Insel der Glückseligen. Leider werden uns durch die Bundesdebatte immer wieder Konflikte aufgedrängt, die die Kooperationsbasis gefährden. Nehmen wir diese unselige Debatte um den Einbürgerungstest in Baden - Württemberg. Da kann ja wohl von gleicher Augenhöhe keine Rede sein, sondern es geht um einen Generalverdacht gegen bestimmte Einwanderergruppen. Das hat bei den Migrantenorganisationen wieder das Gefühl gestärkt: Aha, die Deutschen wollen uns nicht. Dieses hat auch Fernwirkungen in Berlin, weil der Zusammenhalt nicht gestärkt, sondern der Graben vertieft wird. Deswegen kann ich nur der Staatssekretärin zustimmen, dass wir unseren Weg in Berlin weiterhin sehr selbstbewusst gehen müssen, aber gleichzeitig auch bundesweit werben müssen für diesen Berliner Weg.

Eren Ünsal

Wir sind Vorreiter höre ich.

Susanne Ahlers

Ich würde Herrn Piening zustimmen, was unsere Bundesaktivitäten angeht. Die Justizsenatsverwaltung hat gemeinsam mit unserem Haus eine Bundesratsinitiative zur Zwangsverheiratung erarbeitet und eingebracht. Wir sind nur leider, man muss das einfach konstatieren, erfolglos, weil uns die Mehrheiten fehlen. Was wir aber natürlich machen, vielleicht noch verstärkter machen können, ist, unsere Aktivitäten noch mal bundesweit besser zu publizieren, um sie deutlicher zu machen. Im Antigewaltbereich ist es allgemein bekannt, dass Berlin da Vorreiter ist, aber ob es schon so deutlich ist, in bezug auf diese Art der Zusammenarbeit glaube ich eher nicht. Da können beide Seiten vielleicht noch mal nachlegen, unsere Seite, wie die der Communities bzw. der Integrationspolitik. Das glaube ich schon.

Frau Tank hat ja eben auch die Tütenaktion zum 25. November erwähnt, die auch auf türkisch läuft. In bestimmten Bezirken jedenfalls werden die Tüten auch auf türkisch bedruckt, es wird auf die Strukturen hingewiesen, die da sind für, nicht nur, aber eben auch für Migrantinnen und es wird auch mit türkischer Prominenz geworben. Ich finde es auch wunderbar, dass es immer wieder Prominente gibt, egal ob türkische oder deutsche - auch insbesondere wenn es Männer sind - die sich ganz eindeutig positionieren gegen Gewalt an Frauen. Weil ich glaube, dass uns das sehr hilft in Bezug auf die Ächtung von Gewalt, und um noch einmal ganz klar zu sagen: Gewalt ist etwas, was wir nicht wollen.

Ich hatte eben Gelegenheit kurz mit Frau Dr. Schröttle zu reden und sie hat für mich noch etwas sehr Interessantes gesagt. Umfragen unter türkischen Frauen haben ergeben, dass sie Gewalt eher akzeptieren. Ich denke, dass es das es ja auch bei Deutschen gibt, aber da der Prozentsatz bei der türkischen Bevölkerung wohl noch mal höher ist, finde ich es besonders wichtig, wenn türkische prominente Männer sagen: Wir sind dagegen und das ist nicht etwas, was man akzeptieren kann oder was mal passieren kann. Und das ist eine Sache, von der ich denke, da können wir noch viel mehr tun. Gestern durfte ich zusammen mit BIG den neuen Radiospot vorstellen gemeinsam mit prominenten deutschen Schauspielern, Tatortkommissaren, die jetzt auf diese Weise auf BIG aufmerksam machen. Da habe ich gleich gedacht – so was müssen wir auch noch mehr in den türkische Medien machen oder den Medien der Migrantinnen und Migranten überhaupt. Auch in den jeweiligen Sprachen mit den Prominenten, weil uns all diese Strukturen nicht helfen, wenn sie nicht bekannt sind. Und das ist es immer wieder, was mich schockt, nicht nur bei Migrantinnen, sondern auch bei den deutschen Frauen wie viele die Hilfsangebote nicht kennen. Ich halte es für wichtig, die Informationen immer wieder ganz ganz breit zu streuen und dabei spielt die Zusammenarbeit ebenfalls eine wichtige Rolle, damit es auch wirklich bei denen ankommt, bei denen es ankommen soll.

Eren Ünsal

Für eine breite Streuung brauchen wir entweder unendlich viel Geld, und das haben wir nicht oder ein unendlich großes Netzwerk, aber Frau Tank möchte darauf auf jeden Fall noch einmal eingehen. Und dann möchte ich Sie – meine Damen und Herren - auch schon mal einladen, sich an unserer Diskussion zu beteiligen. Frau Tank.

Azize Tank

Heute hier mehrere türkische Medien zu sehen hat mich sehr gefreut. Das zeigt, dass sie für solche Themen offen sind und darüber auch berichten. Das ist schon ein großer Schritt. Noch mal zu Integration und Gewalt, was sind die Zusammenhänge. Erstens: seit dreißig Jahren, seit der Frauenbewegung versuchen wir, das Selbstbewusstsein der Frauen für ihre eigene Situation zu stärken. Das ist sehr sehr wichtig. Das Zweite ist natürlich die Ausbildungs- und Chancengleichheit für Migrantinnen, die wichtig ist für ihre ökonomische Unabhängigkeit, aber gleichzeitig auch für die sozialen Kontakte eine große Rolle spielen. Das sind ein paar Beispiele, man kann das noch erweitern. Wir müssen die Frauen auch in die Richtung führen, dass sie erkennen, dass Gewalt nicht eine selbstverständliche Sache ist: weil meine Mutter die Gewalt erfahren hat, muss ich das auch.

Die Frauen müssen auch lernen, dass Gewalt nicht dazugehört, dass es Erziehungsalternativen gibt, was wiederum eher erfahrbar wird, wenn man soziale Kontakte zu anderen Menschen hat. Wenn eine Frau nur noch zu Hause ist, kann sie diese Erfahrungen nicht sammeln, daher ist auch ein Arbeitsverhältnis für eine Frau sehr wichtig.

Die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann ist einfach entscheidend. Nicht sehr wenige Frauen sagen: „Ja, was mache ich, wenn ich mich von dem Mann jetzt trenne, mit drei Kindern, wohin gehe ich dann?“ Es fängt schon an mit der Wohnung.

Sie trauen sich nicht in der Wohnung zu bleiben und zu sagen, dass der Mann dann raus muss, sondern sie müssen diese Wohnung dann wechseln. Und na ja, mit drei Kindern bleibt mir nichts anderes übrig, dann muss ich erst mal diese Gewalt hinnehmen. Also, da ist es für Frauen besonders wichtig eine Ausbildung, Arbeit und ökonomische Unabhängigkeit zu haben. Das sollte in den Vordergrund gestellt werden.

Eren Ünsal

Da ist wieder die Verknüpfung von Integrationspolitik und Genderpolitik angesprochen. Herr Piening, Sie haben im Vorgespräch gesagt: Die Integrationspolitik muss „gegendert“ werden und die Genderpolitik muss sich interkulturell öffnen. Aber, man muss auch sorgsam damit sein, Ihre Meinung dazu?

Günter Piening

Ich glaube, das erschließt sich aus sich selbst. Genderfragen werden immer mehr ein zentraler Bestandteil von Integrationspolitik. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Gewalt gegen Frauen, sondern auch um Fragen, wie die Stärken der Frauen zur Geltung kommen können. Es ist aber immer noch keine Selbstverständlichkeit, Migranten nicht nur als Opfer, sondern auch als Männer, als Täter zu sehen. Aber gerade die zweite, hier groß gewordene Generation, stellt hier die richtigen Fragen.

Auf der anderen Seite stellt dieses Zusammengehen auch die Frauenbewegung vor neue Anforderungen. Ein Beispiel aus meiner Praxis. Zu uns kommen auch junge Mädchen in die Beratung, die von Zwangsheirat betroffen oder bedroht sind. Da gibt es eine interessante Entwicklung. Früher sind die Mädchen gekommen, als sie wirklich unmittelbar Schutz brauchten, und wir mussten sie dann häufig schnell in eine sichere Wohnung bringen. Heute kommen die Mädchen früher und lassen sich beraten, wie sie sich verhalten können. Die aktuelle Diskussion ist also auch ein Ausdruck der Stärke dieser neuen Generation. Die Mädchen lassen bestimmte Dinge nicht mehr mit sich machen, die vor zehn Jahren offenbar selbstverständlich gewesen sind. Dieses wahrzunehmen ist wichtig.

Das zweite ist, dass die Lösungsstrategien dieser Mädchen andere sind als wir das aus dem klassischen, feministisch geprägten westeuropäischen Bereich kennen. Da ging Selbstständigkeit häufig über einen Bruch mit den Eltern. Die Mädchen heute suchen aber einen Weg, den sie gemeinsam mit den Eltern gehen können. Sie fragen, wie kann ich meine Eltern soweit kriegen, meinen Lebensweg zu akzeptieren, welche Strategien soll ich einschlagen. Diese Eigenständigkeit der Mädchen als Ressource zu begreifen, das würde ich unter interkultureller Öffnung der Gleichstellungspolitik, der Frauenpolitik betrachten.

Eren Ünsal

Erst mal vielen Dank. Zunächst soviel von uns aus auf dem Podium. Ich würde Sie jetzt gern einladen, sich zu beteiligen. Vielleicht haben Sie Fragen?

Publikum

Ja, ich möchte die Verknüpfung der Integrationspolitik und der Genderpolitik noch mal aufgreifen und betonen, wie wichtig das ist. Also, mir macht es auch sehr große Sorgen, wenn mit der Argumentation „Wir wollen Zwangsheirat verhindern, wir wollen Zwangsprostitution verhindern“ Gesetze restriktiver werden, wie z.B. die Änderung des Familiennachzuges und das dann die Begründung ist, also der Applaus dann von der falschen Seite eingeholt wird. Ich glaube, dass weder die Heraufsetzung des Nachzugesalters auf 21 Jahre ein Mittel ist, Zwangsverheiratung zu verändern, noch dass Deutschkenntnisse vorher im Herkunftsland erlernt werden sollen.

Ganz im Gegenteil, es ist eher eine Chance, gerade wenn die Frauen herkommen und aus der Isolation der Wohnung herausgeholt werden in die Orientierungskurse, ihnen dort Telefonnummern, Adressen vermittelt werden, viele Dinge überhaupt erst einmal gesagt werden und deshalb müssen wir da sehr aufpassen, was damit im Augenblick gemacht wird.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Wollten Sie jetzt zu dem Beitrag noch etwas ergänzen? Ansonsten würde ich nämlich noch mal zu Frau Ahlers zurückgehen. Eine Frage, die heute morgen sehr oft gestellt worden ist, ist die nach der Finanzierung von Projekten, da die Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote mit einer zusätzlichen Finanzierung verbunden sein wird. Und wie sieht es aus, nicht nur mit der Sicherung von bestehenden Angeboten, sondern möglicherweise auch mit der Ausweitung der Angebote?

Susanne Ahlers

Naja, das können Sie sich ja sicher denken, was ich dazu sagen muss. Im Moment jedenfalls sind die Haushalte für dieses Jahr und für 2007 ja auch schon verabschiedet. Es gibt eine Sicherung bestehender Angebote, aber nicht mehr Geld. Sie wissen ja, dass wir in den Jahren davor kürzen mussten. Was uns aber wichtig war, dass bei den Migrationsprojekten überhaupt nicht gekürzt wurde. Das war uns auch deswegen so wichtig, weil die ohnehin nicht viel bekommen und wir auf keinen Fall in diesem Bereich noch weitere Kürzungen vornehmen wollten.

Kürzungen sind immer ungerecht, das ist auch klar, dafür hat es dann den Antigewaltbereich getroffen und das ist, wie man sieht oder weiß, auch ein Stück kontraproduktiv. Dass wir noch mehr Mittel zur Verfügung haben werden, außer punktuell, kann ich mir im Moment schlecht vorstellen. Wir haben ja jetzt über eine Erbschaft, die wir letztes Jahr erhalten haben, den proaktiven Ansatz, den BIG initiiert hat, finanzieren können. Das ist, hoffe ich, natürlich auch ein gutes Angebot für Migrantinnen, mit dem wir vielleicht auch diejenigen erreichen können, die sonst von sich aus nie an eine Beratungsstelle herangetreten wären. Das trifft eben häufig auch auf Migrantinnen zu, natürlich auch auf andere, die wegen mangelnder Kenntnisse der Strukturen, den Weg ins Hilfesystem nicht oder nur schwer finden. Ich erhoffe mir davon, dass wir auch mit diesem Angebot insbesondere Migrantinnen unterstützen können. Ansonsten sehe ich - im Moment zumindest -, keine Chance einer zusätzlichen Finanzierung, aber ich würde das auch nicht generell ausschließen. Dinge verändern sich, sie entwickeln sich weiter, wenn wir den nächsten Haushalt für 2008 / 2009 beraten, würde ich nicht ausschließen, dass es auch immer wieder neue Möglichkeiten gibt. Ich finde es auch falsch, sich komplett „einschläfern“, zu lassen nach dem Motto: ist gar nichts mehr möglich. So ein Gefühl will ich auch nicht vermitteln, aber ich will auch keine Illusionen wecken nach dem Motto: kein Problem, wir finanzieren jetzt auch noch neue, bessere oder zusätzliche Angebote. Ich weiß es ja auch aus der Zusammenarbeit mit den Projekten, in der Antigewaltarbeit, dass sie eigentlich, noch mehr Personal brauchen, das in einer anderen Art auch auf ihr Klientel eingehen kann. Das ist mir ja bekannt. Und ich kann dazu sagen, dass in diesem und nächsten Jahr auf keinen Fall weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden können, aber wie sich das ganze weiterentwickelt, kann ich nicht sagen.

Es ist natürlich einfacher, für neue Dinge Geld zu bekommen, als bestehende Projekte zu verbessern. Obwohl ich das nicht unbedingt berechtigt finde, aber das ist von der Systematik her, von der Überzeugungskraft und von der Darstellung her einfacher. Ich will jetzt auch nicht alle aufrufen, neue Anträge zu formulieren, aber sich auch nicht von der momentan schlechten finanziellen Situation der Stadt vollkommen abschrecken zu lassen. Ich habe jetzt auch wieder irgendwo gelesen, dass in anderen Bundesländern in der Antigewaltarbeit noch einmal, gekürzt worden ist. Ich glaube, es war Nordrhein - Westfalen.

Das haben wir, das kann ich definitiv sagen, nicht vor und wir haben Zweijahresverträge eingeführt, was bedeutet, dass die Projekte nicht nur dieses Jahr und nächstes Jahr, sondern durch Verpflichtungsermächtigung etc. bis zum Ende des Jahres 2008 abgesichert sind, also über den Haushalt 2006/2007 hinaus. Man kann definitiv sagen, dass die Projekte nichts zu befürchten haben.

Eren Ünsal

Das hört sich doch viel besser an als ein kategorisches „Nein“. Ich denke, darauf kann man etwas aufbauen. Aber ich sehe es gibt eine Frage. Bitte schön.

Publikum

Ich würde gerne noch eine Frage zur Prävention stellen, die heute morgen ein paar Mal angesprochen worden ist, aber wie ich finde zu wenig. Ich arbeite mit Jugendlichen zusammen. An unserer Schule gibt es viele Migranten, aber hauptsächlich Mädchen, von daher ist das Problem auf dem Schulhof oder in den Stunden nicht so akut. Aber ich wohne in Moabit und da erlebe ich z.B. auf den U-Bahnhöfen ein vielfach machistisches Verhalten von türkischen oder arabischstämmigen Jugendlichen Mädchen gegenüber, die sich das vielfach gefallen lassen. Ich denke, wir sollten nicht erst warten bis die Frauen Gewalt in ihren Beziehungen erleben, sondern früher anfangen, eine Erziehung zur Gleichberechtigung zu propagieren, die die Unterwerfungsgesten usw. ablehnt. Ich finde, das wird durch die Einsparung von Sozialarbeitern im Jugendbereich zu wenig verfolgt.

Ich glaube, wir warten da zu lange bis was passiert ist, anstatt im Vorhinein eine Erziehung für die Menschenrechte, für gleiche Rechte für Mädchen und Jungen früh zu fundieren. Und da hätte ich gern die Jugendzentren in der Arbeit gegen solche Einstellungen besser unterstützt, damit die Jungen nicht was machen können, was die Mädchen nicht dürfen. (Applaus)

Eren Ünsal

So, ich nehme an, das ging jetzt an das ganze Podium. Möchte jemand von Ihnen, sich dazu äußern?

Günter Piening

Der Beitrag hat noch einmal deutlich gemacht, dass wir, wenn wir Veränderungen wollen, auf sehr vielen Baustellen gleichzeitig arbeiten müssen. Eltern müssen gestärkt werden, Erziehungsberatung bekommt eine neue Bedeutung, Schulen müssen Konzepte entwickeln, auch die Jugendzentren. Wenn nicht überall neue Prioritäten gesetzt werden, werden die Erfolge an einer Stelle sehr schnell wieder zunichte gemacht. Erfreulich ist, dass in Berlin in den letzten Jahren dieses Thema doch in vielen der einzelnen Zuständigkeitsfelder auf der Agenda nach oben gewandert ist. Das 2005 verabschiedete Integrationskonzept zeigt, wie stark Frauenrechte Teil von Integrationspolitik geworden sind, nicht nur im Kapitel Gleichstellungspolitik. Für mich ist etwa der Ethikunterricht eine große Chance, um über diese Fragen zu reden. Ich glaube, dass in den letzten ein, zwei Jahren in Berlin die Weichen richtig gestellt worden sind. Aber wir brauchen einen langen Atem. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass viele der heute diskutierten Fragen auch davon abhängen werden, wie sich die soziale Situation entwickelt. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 40 - 45 % unter der ausländischen Wohnbevölkerung. Man kann also davon ausgehen, dass jede Familie mit Migrationshintergrund betroffen ist. Teilweise sind die Familien zehn Jahre in Arbeitslosigkeit. In diesem Milieu werden die Kinder groß. Jeder weiß, was das auch für Haltungen, für Verrohung, für delinquentes Verhalten heißt.

In der Integrationspolitik besteht immer die Gefahr, dass integrationspolitische Erfolge durch eine Verschlechterung der sozialen Situation wieder zunichte gemacht werden.

Eren Ünsal

Eine Frage aus dem Publikum, bitte schön.

Publikum

Ja ich habe noch was zu den Projekten zu sagen. Kreative Köpfe denken sich halt immer neue Überschriften für ihre Projekte aus, um ums Überleben zu kämpfen. Wir haben viele Töpfe, da gibt es schon eine Menge Geld. Das sind Bezirkstöpfe, Landestöpfe, Bundestöpfe, EU-Töpfe. Mir fehlt manchmal ein wenig Bündelung. Ich staune immer, was es so für Projekte gibt, die man nicht kennt und staune wie viele Projekte, das ist nicht nur im Frauenbereich oder im Migrationsbereich, sondern auch im Jugendbereich so, auch gegeneinander arbeiten und um die Mittel kämpfen. Ich würde mir da mehr Bündelung, mehr Koordination und mehr Kooperation wünschen und das auch auf politischer Ebene. Nämlich da auch zu bündeln, wo die Mittel hingehen. (Applaus)

Susanne Ahlers

Wenn ich dazu etwas sagen darf. Ich behaupte, im Antigewaltbereich, im Frauenbereich wird das getan. Die Frauenprojekte können sich dazu ja selber noch einmal äußern, aber m.E. besteht dort eine gute Kooperation und ich sehe diese Aufgabe nicht nur bei der Politik, sondern auch bei den Projekten. Und da stimme ich auch Herrn Piening zu, dass der Blick nicht nur auf einzelne Projekte gerichtet sein darf.

Auch ich setze Hoffnungen auf den Ethikunterricht, halte aber die Arbeit der Projekte für ebenso wichtig, da sie oft Impulse geben, indem sie etwas Neues anfangen. So hat z.B. im Grundschulbereich ein neues Projekt begonnen. Es gibt Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen und das halte ich auch für wichtig. Wir müssen uns aber im klaren sein, dass all diese Dinge im Grunde genommen auch Flickwerk sind, weil sie nicht im Lehrplan verankert sind. Deswegen brauchen wir bestimmte Projekte, die das Fehlende in der Schule implementieren. Wenn der Idealzustand sozusagen verwirklicht wäre, würden wir diese Projekte nicht brauchen oder diese zusätzlichen Angebote. Aber sie sind wichtig, weil sie auch immer wieder Schneisen schneiden, Erfahrungen sammeln, die ausgewertet werden und neue Akzente setzen, die wir brauchen, weil wir uns auch alle weiterentwickeln.

Wir sind nicht mehr in der gleichen Situation, egal ob Integration oder Antigewaltarbeit, wie vor 20 Jahren. Ich finde, dass sich ungeheuer viel verändert hat, auch wenn es mir überhaupt nicht ausreicht.

Sie müssen nur mal irgendetwas lesen zum Thema „Zusammenarbeit Frauenhäuser und Polizei“, was vor 20 Jahren geschrieben wurde. Das ist, jedenfalls kann ich das für Berlin sagen, ein Unterschied wie Tag und Nacht. Ich glaube auch, dass mir die Mitarbeiter/innen in den Projekten da uneingeschränkt zustimmen werden. Das müssen wir auch wahrnehmen. Dass das alles viel zu langsam geht, das sehe ich genauso, aber ich glaube nicht, dass wir jedenfalls in der Lage sind, es immens zu beschleunigen. Wir sind in der Lage, es voranzutreiben oder bestimmte Richtungen einzuschlagen, Akzente zu setzen, je nachdem in welcher Funktion oder Position wir uns befinden. Und ich bin davon überzeugt, dass die Signale einer Regierung von entscheidender Bedeutung sind; das sind in Berlin, behaupte ich mal, andere Signale als, um ein einfaches, klassisches Beispiel zu nehmen, in Baden-Württemberg. Oder, dass es problematisch ist, wenn die Falschen raufspringen. Mich hat schon immer sehr gewundert, wenn engagierte CSU - Politiker, die noch nie durch irgendwelche gleichstellungsrelevanten Äußerungen aufgefallen sind, auf einmal in bezug auf Migrantinnen und Migranten, dieses Thema für sich entdecken, z.B. Herr Stoiber.

Das ist etwas, was mich schon immer sehr verblüfft hat und aus meiner Sicht, ganz klar Missbrauch ist – weil sie sich sonst noch nie für die Beseitigung dieses Missstandes hervorgetan hätten, in bezug auf deutsche Frauen jedenfalls nicht. Ich finde, dass eine Wachsamkeit da sein muss und eine Verantwortung, aber nicht nur von Seiten der Politik, sondern von allen. Das deutlich auszusprechen und entsprechend zu agieren, das zu thematisieren, halte ich für ungeheuer wichtig, aber natürlich auch von unserer Seite aus.

Eren Ünsal

Zu Fragen der Veränderung in den letzten Jahren möchte ich noch einmal Frau Tank und Frau Ebertowska die Gelegenheit geben, ihre Eindrücke zu schildern. Zunächst möchte ich ein persönliches Beispiel von mir nennen: ich habe im Jahre 2000 eine Studie durchgeführt, in dem Zusammenhang habe ich Migrantinnen zu ihren Gewalterfahrungen interviewt. Ich musste damals das türkische Regionalfernsehen wochenlang bekneien, damit ich die Gelegenheit bekam, dort etwas über das Thema häusliche Gewalt in türkischen Familien zu sagen. Das war hoch brisant und musste über diverse Amtswege bestätigt werden. Mittlerweile leben wir in einer Zeit, in der die großen türkischen Zeitungen Kampagnen veröffentlichen, in der im türkischen Regionalfernsehen regelmäßig Aufklärungs- und Sensibilisierungssendungen zum Thema häusliche Gewalt ausgestrahlt werden. Also zumindest auf dieser Ebene sehen wir schon Veränderungen. Sehen wir sie noch auf anderer Ebene, Frau Tank?

Azize Tank

Früher war es nicht einmal denkbar, dass sich eine Frau beraten lässt oder bestimmte Informationen haben wollte. Wenn man den Vorschlag gemacht hat: „Wie sieht es denn aus, kann ich mal mit Ihnen und mit Ihrem Partner oder Ehemann gemeinsam ein Gespräch führen?“ – haben sehr viele gesagt: „Ach, um Gotteswillen, er darf nicht mal wissen, dass ich hier war oder hier bin“. Heute geht das eher in die Richtung, dass sie sagen: „Meinen Sie, dass er kommen wird? – Wir können es ja mal probieren.“ Ich habe einfach mal so einen amtlichen Brief aufgesetzt, der nach Hause geschickt wird und in dem ich den Ehemann bitte, zu mir zu kommen, weil ich gern bestimmte Sachen besprechen würde – und sie kommen; sie nehmen das wirklich sehr ernst, das fand ich sehr gut. Natürlich, das möchte ich auch sagen, hat der ein oder andere den Termin nicht wahrgenommen, sondern hat angerufen und gefragt, worum es geht. Ich habe dann gesagt, dass ich das nicht gern am Telefon besprechen würde, sondern wenn er da ist. Ich möchte auch nicht sagen, dass bei jedem Gespräch alles hundertprozentig geklappt hat, aber sie sind dann gekommen.

Sie haben es also ernst genommen und das, fand ich, ist schon ein Schritt weiter, dass man mit ihnen ein Gespräch führen konnte. Oder als ich ein Gespräch mit beiden vorgeschlagen habe, da kam meistens auch von den Frauen: „Ich will ja mit ihm weiterleben.“ Es ist jetzt nicht so, dass die Frauen sich vorgenommen hatten:

„Ich kann mit diesem Mann nicht mehr leben oder mit dieser Situation“, sondern: „Wir haben ein Problem und ich würde gern irgendwas dafür tun, diese Beziehung weiterzuführen“. Und auch nicht wenige Männer haben sich bereit erklärt, bei bestimmten Stellen professionelle Beratung oder professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auf der Männerseite ist also schon etwas Fortschrittliches da und auch auf der Frauenseite. Sie haben nicht mehr immer diese Angst, dass er ihnen noch etwas Schlimmes antun könnte. Also, sie sind auch selbstbewusster und versuchen schon im Vorfeld, wie Herr Piening gesagt hat, Information und Beratung zu suchen. Ich finde auch, dass sie sich in dieser Richtung sehr emanzipiert haben – nicht wie vor 10, 20 Jahren, als sie davon keine Ahnung hatten.

Eren Ünsal

Danke. Frau Ebertowska.

Izabela Ebertowska

Ich kann jetzt nicht von einer großen Community sprechen, ich kann von meiner Community sprechen und da ist es auf jeden Fall so, da stimme ich Frau Tank vollständig zu, dass die Leute vorher kommen. Das ist schon so. Wir betreuen z.B. z.Z. drei große Sinti und Roma - Familien. Das bedeutet, dass das so an die 100 Leute sind, die zu uns zur Beratung kommen und da sehe ich es auch – Frauen kommen gemeinsam mit Männern und Kindern in die Beratungen. Vorher war das nicht der Fall. Und verstärkt sehe ich, dass die Frauen lesen können und die Männer nicht und das ist auch ein Punkt, der mich freut, vor zehn Jahren wäre es wahrscheinlich anders gewesen. Die Männer sind heute einfach auf die Hilfe der Frauen angewiesen.

Eren Ünsal

Ja, das ist nicht schlecht. Ein bisschen Schadenfreude gehört, glaube ich, dazu, aber ich denke wir haben die Botschaft verstanden. Frau Ahlers.

Susanne Ahlers

Wir müssen sehen, dass Migrantinnen eine sehr heterogene Gruppe sind, nicht nur von der Nationalität her, sondern von dem, was sie machen, woher sie kommen. Mangelnde Sprachkenntnisse, fehlendes Wissen über Strukturen unserer Gesellschaft trifft nur auf einen Teil zu, aber längst nicht für alle, da es auch zunehmend mehr erfolgreiche Migrantinnen gibt. Also Frauen, die erfolgreich ihren Job machen, eine positive Ausstrahlung haben und Vorbilder sind. Ich persönlich nehme sie häufiger wahr. Ich finde, dass häufiger auch Migrantinnen in unserer Öffentlichkeit eine Rolle spielen, obwohl es mir immer noch nicht genug sind. Ich weiß nicht wer sich noch daran erinnern kann, als es die erste Tagesschausprecherin mit schwarzen Haaren gab. Wenige Jahre ist das her. Daran sieht man, wo wir leben. Vorher waren immer alle blond. Dies wurde wahrgenommen und kommentiert, dass es die erste Deutsche mit dunklen Haaren war. Ich muss aber zugeben, dass mir das vorher nicht so aufgefallen ist. Und wenn ich, an so eine selbstverständliche Präsenz von Migranten und Migrantinnen in den Medien denke, dann sind wir noch weit davon entfernt. Also, ich freue mich auf die erste türkischstämmige Tagesschausprecherin, meinerwegen auch noch Tagesschausprecher – Sprecherin wäre mir aber lieber.

Eren Ünsal

Ich hoffe, dass wir davon nicht allzu weit entfernt sind und nehme das als Stichwort für eine kurze Zusammenfassung, um so langsam zum Abschluss zu kommen.

Ich darf ganz kurz noch mal die entscheidenden Stichwörter nennen, die bei mir in Erinnerung geblieben sind. Als wichtigstes Ergebnis, ich glaube da sind wir einer Meinung, brauchen wir ein strategisches Bündnis, in das natürlich auch die Akteure der Communities und die Migrantenverbände gehören. Wir sehen aber auch, dass es Schwierigkeiten gibt, weil wir im Moment auf eine Stimmung treffen, mit der wir sehr sensibel umgehen müssen. Das hat etwas mit der allgemeinen Entwicklung in der Integrationspolitik zu tun. In dem Zusammenhang tragen wir eine wachsende Verantwortung dafür, eine gemeinsame Sprache zu finden, die nicht diskriminiert und gleichzeitig in der Lage ist, Themen offen anzusprechen. Auf dieser Grundlage müssen wir gemeinsam entsprechende Angebote oder Strategien entwickeln.

Das ist hier ein Schritt von vielen, die noch getan werden müssen. Ich möchte mich bei Ihnen allen, insbesondere bei meinen Podiumsgästen, herzlich bedanken. Es freut mich sehr, dass wir diesen Schritt heute zusammen gegangen sind und wir, wie heute morgen angekündigt, viele Eindrücke und Ideen mitnehmen. Und ich hoffe, dass Sie in Ihren Netzwerken, von denen wir wissen, dass es sie gibt, aber von denen wir auch wissen, dass wir sie weiterentwickeln müssen, das Thema weiter bearbeiten werden und dass wir bald wieder zusammenkommen, um weiter zu diskutieren. Vielen Dank. Kommen Sie gut nach Hause.

(Applaus)

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Autor/innen

Susanne Ahlers

Staatssekretärin für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Kontakt: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen,
Martin-Luther-Str. 105
10825 Berlin
Tel.: (030) 9013 - 8105.

Ergün Arslan

Pädagogischer Mitarbeiter und Vorstandsmitglied Männerbüro Hannover e.V.
Schwerpunkt: Täterarbeit bei häuslicher Gewalt: Einzel-, Paarberatung und Gruppenleitung;
Arbeit mit türkischsprachigen Tätern
Kontakt: Männerbüro Hannover e.V.,
Ilse-ter-Meer-Weg 7
30449 Hannover
Tel.: (0511) 21978595 (Mo. 17:30-18:30 h),
e-Mail: erguen.arslan@maennerbuero-hannover.de

Renate Augstein

Ministerialdirigentin, Unterabteilungsleiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesfrauenministerium,
Kontakt: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Alexanderstr. 3
10178 Berlin
Tel.: (030) 206551205
e-Mail: renate.augstein@bmfsfj.bund.de

Dr. Christine Bergmann

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a.D.
Kontakt: Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Landesverband Berlin
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: (030) 4692-0, Fax: (030) 4692-164
e-mail: spd@SPD-Berlin.de

Izabela Ebertowska

Projektleiterin, Vorstandsvorsitzende des Polnischen Sozialrates in Berlin / Mitbegründerin des Migrationsrates Berlin / Brandenburg
Kontakt: Polnischer Sozialrat e.V.,
Oranienstr.31
10999 Berlin
Tel.: (030) 6151717, Fax: (030) 61659288,
e-Mail: izabela.ebertowska@op.pl

Klaus Eggerding

Männerbüro Hannover e.V.
Kontakt: Männerbüro Hannover e.V.,
Ilse-ter-Meer-Weg 7
30449 Hannover
Tel.: (0511) 21978595, Fax: (0511) 21978598; Tel. Sprechzeiten: Mo, Do 10 - 12 Uhr
e-Mail: klaus.eggerding@maennerbuero-hannover.de oder info@maennerbuero-hannover.de
Internet: www.maennerbuero-hannover.de

Ulrich Freise

Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Kontakt: Senatsverwaltung für Inneres und Sport,

Klosterstraße 47

10179 Berlin

Tel.: (030) 9027-111 (zentrale Vermittlung)

e-Mail: Ulrich.Freise@seninn.verwalt-berlin.de

Rada Grubic-Schölzel

Koordinatorin interkulturelles Frauenhaus

Kontakt: Interkulturelles Frauenhaus,

Martin – Buberstr.12

14163 Berlin

Tel.: (030) 80195980

e-Mail: interkulturelleinitiative@t-online.de

Nadja Lehmann

Sozialarbeiterin, Promotion Soziologie, Vorstandsfrau im Interkulturellen Frauenhaus.

Kontakt: Interkulturelle Initiative e.V.,

Martin-Buber-Str.12

14163 Berlin

Tel.: (030) 80195980

e-Mail: Nadja_Lehmann@t-online.de

Irma Leisle

Dipl. Sozialarbeiterin, Leiterin der BIG Hotline bei häuslicher Gewalt gegen Frauen seit 5 Jahren

Kontakt: über BIG Hotline,

Postfach 610 435

10927 Berlin

Tel.: (030) 61074564

e-Mail: irma.leisle@big-hotline.de

Gül Anna Minci

Dipl. Sozialpädagogin, Schwerpunkt: Täterarbeit bei häuslicher Gewalt: Gruppenleitung; Arbeit mit türkischsprachigen Tätern

Kontakt: Männerbüro Hannover e.V.,

Ilse-ter-Meer-Weg 7

30449 Hannover

Tel.: (0511) 21978595

e-Mail: info@maennerbuero-hannover.de

Günter Piening

Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration

Kontakt:

Tel.: (030) 90172351, Fax: (030) 2625407

Internet: <http://www.integrationsbeauftragter-berlin.de>

Dr. Monika Schröttle

Sozialwissenschaftlerin (Dr. rer. soc.), Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Bielefeld; Projektleitung der Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland (gemeinsam mit Prof. Dr. Ursula Müller, s. <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=20560.html>); Subnetwork-Koordinatorin bei CAHRV (Coordination Action on Human Rights Violations, www.cahrv.uni-odnabrueck.de).

Kontakt über IFF Bielefeld

Tel.: (0521) 1064574

e-Mail: monika.schroettle@uni-bielefeld.de

Azize Tank

Migrantenbeauftragte Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Kontakt:

Tel.: (030) 9029-13329, Fax: (030) 9029-12647

e-Mail: migrantenbeauftragte@charlottenburg-wilmersdorf.de

Eren Ünsal

Sprecherin des Türkischen Bundes in Berlin - Brandenburg

Organisationsberaterin und Moderatorin, Firma P.O.P.-Consulting

Kontakt: P.O.P.-Consulting,

Obentrautstraße 72

10963 Berlin

Tel.: (030) 23 60 75 90, Fax: (030) 23 60 75 91

e-Mail: uensal@pop-consulting.de

**GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT**

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin
Telefon 90 26-52 53 Fax 90 26-50 03

Bestellcoupon

Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
(Bestellung nur schriftlich unter Beifügung der Briefmarken.
Bei gleichzeitiger Bestellung mehrerer mit Briefmarken zu entgeltenden Veröffentlichungen sind nur einmalig 1,45 € in Briefmarken beizufügen.)

- Adressen gegen Gewalt, 2004 (1,45 € in Briefmarken)
- „Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002 (1,45 € in Briefmarken)
- Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? (1,45 € in Briefmarken)
 Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
- Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ (1,45 € in Briefmarken)
 Ein zuständigkeitübergreifendes Präventionsmodell, 1995
- Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996 (1,45 € in Briefmarken)
- Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997 (1,45 € in Briefmarken)
- Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997 (0,55 € in Briefmarken)
- Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998 (1,45 € in Briefmarken)
- Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 - Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen (1,45 € in Briefmarken)
- Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998 (1,45 € in Briefmarken)
- Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999 (1,45 € in Briefmarken)
- Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003 (1,45 € in Briefmarken)
- Flyer: Elterinformation zum Thema „Schuldistanz“, (0,55 € in Briefmarken)
 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch, 2003
- Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene - (1,45 € in Briefmarken)
 Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
- Empfehlungen der von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (1,45 € in Briefmarken)
 eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
- Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005 (1,45 € in Briefmarken)
- Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005 (1,45 € in Briefmarken)
- Flyer: Elterninformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2005 (0,55 € in Briefmarken)
- Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter (0,55 € in Briefmarken)

Berliner Forum Gewaltprävention

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000- „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000 (1,45 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 - Dokumentation des (1,45 € in Briefmarken)
 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000
Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend - Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der

- Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen*
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 - Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6. Juli 2000 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Binationalität
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 - Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000 (1,45 € in Briefmarken)
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 - Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Häusliche Gewalt
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Schuldistanz
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommission Berlin gegen Gewalt
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien vom 29.04. bis 30.04.2004 (1,45 € in Briefmarken)
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte (1,45 € in Briefmarken)
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich - Ebert - Stiftung und der Landeskommission Berlin gegen Gewalt „Erziehen für’s Leben - Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, *Schwerpunkt: Elternkurse* (1,45 € in Briefmarken)
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23. November 2004 in der Friedrich - Ebert - Stiftung *Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus* (1,45 € in Briefmarken)
 - Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 (1,45 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezir-

ke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, Soziales Lernen in der Berliner Schule - Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme (1,45 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“ (1,45 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24. November 2005
Schwerpunkt: Männlich Sozialisation und Gewalt (1,45 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen am 22.2.2006“ (1,45 € in Briefmarken)
- Gutachten der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin (veröffentlicht 1994)**
Die Gutachten zu verschiedenen Themen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind bei der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt auf Anfrage erhältlich.

Alle Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de heruntergeladen werden.

Ich/wir bitte(n), bestellte Veröffentlichung(en) an folgende Anschrift zu senden:

Name: _____

Anschrift _____

Unterschrift: _____

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT